

TAGESSCHAU

POLITIK

Stenerreform: Im Falle ihres Wahlsieges 1987 will die SPD an der zweiten Stufe der Steuerreform 1988 mit einer Entlastung von fast zehn Milliarden Mark festhalten, aber dabei die Bezieher von kleineren Einkommen stärker entlasten. (S. 9)

Berlin: Ein Parteiausschlußverfahren gegen den wegen Verdachts der Bestechlichkeit inhaftierten früheren Baustadtrat Wolfgang Antes und zwei weitere CDU-Mitglieder hat der Landesvorstand der Berliner CDU gestern in Gang gebracht.

Kernkraft: In der Beurteilung der besseren Kernkraftwerke und der Hanauer Nuklearkette bestehen noch große Unterschiede zwischen dem DGB-Landesvorsitzenden Richard und Umweltminister Fischer (Grüne). Diese seien auch in absehbarer Zeit nicht aus der Welt zu schaffen, hieß es nach ihrem Treffen.

Atomwaffen: Der türkische Staatspräsident Evren hat die Vorschläge des rumänischen Staatschefs Ceausescu zur Schaffung einer atomwaffen- und chemiewaffenfreien Zone auf dem Balkan abgelehnt, verlautete aus Ankara.

Terrorismus: Die österreichische Regierung will für alle Diplomaten arabischer Länder, mit denen kein ausdrückliches Übereinkommen aus Visumfreiheit besteht, die Visumpflicht einführen. Die Maßnahme richtet sich vor allem gegen libysche und syrische Diplomaten. (S. 2)

Libyen: Staatschef Khadhafi hat nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Jana Anweisung erteilt, „Selbstmordkommandos“ für Einsätze im Ausland auszubilden. Die libyschen Volksversammlungen hatten die Kommandos als Antwort auf eine mögliche militärische Aktion der USA gefordert.

Indien: Ministerpräsident Gandhi hat sein Kabinett gestern auf vier Posten umgeändert, nachdem er am Montag seine engsten Mitarbeiter in der Regierung für Parteiaufgaben abgestellt hatte.

Lesotho: Die Regierung des von Südafrika umschlossenen Königreichs Lesotho unter Ministerpräsident Jonathan ist nach Angaben des staatlichen Rundfunks gestürzt worden. Der Oberbefehlshaber der paramilitärischen Truppen, General Lekhanya, habe die Macht übernommen.

Nichts weiter als ein anderer Staat?

Das Kulturabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin wirft wieder eine Frage auf, die seit dem Grundlagen-Vertrag hinter den Kontakten steht: Ist die Bundesrepublik nur eine gleichrangige „Vertragspartei“, oder muß das unterschiedliche Wertesystem Einfluss auf die Verhandlungen nehmen? Wolfgang Seiffert, bis 1978 Vertrauter Honeckers und jetzt Rechts-Professor in Kiel, versucht, eine Antwort zu geben. Seite 4

WIRTSCHAFT

Existenzgründungen: Auch bei der Inanspruchnahme von Existenzgründungshilfen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein Süd-Nord-Gefälle. Von den 1985 bewilligten Krediten (725 Millionen Mark) gingen allein 20 Prozent nach Baden-Württemberg und 16 Prozent nach Bayern, teilte die Lastenausgleichsbank (LAB) gestern in Bonn mit. (S. 9)

Schiffbau: Eine schwedische Reederei will Polen vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verklagen, weil die Werften des Landes ihre Lieferverpflichtungen nicht eingehalten haben. Die polnische Schiffbauindustrie hat Schwierigkeiten, ihre Produktionspläne zu erfüllen. (S. 10)

KULTUR

Film: Regisseurin Doris Dörrie, die schon mit „Mitten ins Herz“ und „Im Innern des Wals“ Hoffnungen weckte, schließt bei ihrem ersten Ausflug aufs glatte Komödien-Parkett nicht nach billigem Lacherfolg. Ihr neuer Streifen „Männer“, der die Geschichte des von seiner Paula betrogenen Julius erzählt, entpuppt sich als geistreich und glänzend unterhaltend. (S. 17)

SPORT

Tennis: Claudia Kohde (Saarbrücken) erreichte durch einen 6:3, 8:4-Erfolg über Kathy Rinaldi (USA) das Finale in Worcester (Massachusetts). Dort trifft sie auf Martina Navratilova. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Geldautomaten: Ein „Computer-Freak“ aus Köln hat gestanden, zusammen mit einem Komplizen Geldautomaten in NRW geplündert zu haben. Der Schaden wird auf etwa 80 000 Mark geschätzt. Der 32-jährige will nach eigenen Angaben durch eine Fernsehsendung über Manipulationen mit Geldautomaten zu „Experimenten“ angeregt worden sein.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Im Gespräch: Gerhard Fischer - Zu den Aussätzigen - Von E. Nitschke S. 2
- Nepal:** Im Reich der Riten, Farben und Feste - Eine Reportage aus dem Hindu-Königreich S. 3
- Landesbericht Bayern:** Mit Wackelschreck London nicht - Nachwahl als Barometer S. 5
- Nordirland:** Ein Nein aus Ulster schreckt London nicht - Nachwahl als Barometer S. 5
- Umwelt - Forschung - Technik:** Das „Schiff der Zukunft“ wird staatlich gefördert S. 6
- Schleswig-Holstein:** WELT-Interview mit SPD-Landeschef Björn Engholm - Von Georg Bauer S. 8
- Forum:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8
- Buch des Tages:** „Das gebremste Lachen“ - Kabarett in der „DDR“ - Frontberichterstattung S. 16
- Fernsehen:** Selbst Technik erotisch angehaucht - Video-Zeitschriften unter der Lupe S. 16
- Erstaufführung:** „Ein Sommerstag“ von S. Mrozek - Dame zwischen Wohl und Wehe S. 17

Botschaft Husseins an Peres bringt Bewegung in die Politik

Chancen für Nahost-Konferenz unter Dach der UNO / Murphy in Den Haag

HELMUT HEITZEL, Den Haag
Das Zustandekommen einer Nahost-Friedenskonferenz unter dem Patronat der UNO scheint einen Schritt nähergerückt zu sein. Nach einem Gespräch, das der israelische Premierminister Shimon Peres in Den Haag mit dem amerikanischen Nahost-Experten Richard Murphy führte, war aus gut unterrichteten Kreisen zu entnehmen, daß Murphy den israelischen Regierungschef über Einzelheiten der UN-Initiative für den Nahen Osten unterrichtet hat.

Murphy hatte zuvor in London mit König Hussein von Jordanien konferiert. An den von Hussein favorisierten Gesprächen soll indirekt auch die Sowjetunion als Mitglied des UN-Sicherheitsrats beteiligt werden. Das UN-Friedensforum soll als Garant für Zustandekommen und den reibungslosen Ablauf von direkten Gesprächen zwischen Israel, Jordanien und Palästina sorgen, jedoch keinen direkten Einfluss auf die Verhandlungen nehmen.

Murphy soll Peres eine Botschaft des jordanischen Monarchen überbracht haben. Ihr Inhalt: Hussein halte nicht mehr an der von ihm lange Zeit erhobenen Forderung nach einer Teilnahme der PLO an einer solchen

Nahost-Friedenskonferenz fest. Der jordanische Herrscher sei vielmehr enttäuscht darüber, daß die PLO dem Terror öffentlich nicht abgeschworen habe und nach wie vor nicht bereit sei, Verhandlungen als einzige mögliche Lösung der Nahost-Frage zu betrachten. Genau dies hatte Hussein zur Bedingung für eine PLO-Beteiligung an Friedensgesprächen erhoben. Im Gegenzug zur jordanischen Verzicht einer PLO-Beteiligung soll Peres seinerseits der indirekten Teilnahme der Sowjetunion an diesen Friedensverhandlungen zustimmen. Viel hängt auch davon ab, wie das übrige arabische Lager auf diese offensichtlich bei Hussein vorhandene Verhandlungsbereitschaft reagieren wird.

Das Eingehen auf die Bedingung, die UdSSR an einer Friedenskonferenz zu beteiligen, wäre für Peres mit enormen innenpolitischen Problemen und Schwierigkeiten verbunden. Der israelische Premier ließ daher inzwischen verlauten, ein solch wichtiges israelisches Zugeständnis müsse dann auch unmittelbar zu einer Anerkennung des Staates Israel durch Moskau und damit zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern führen. Be-

reits vor seinem Treffen mit Murphy hatte Peres in Den Haag öffentlich die Meinung geäußert, der jordanische König Hussein sei ernsthaft an einer friedlichen und dauerhaften Lösung des Nahost-Problems interessiert.

Peres sagte vor der Presse in Den Haag weiter, man habe Den Haag als Ort für diese Nahost-Gespräche und die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Spanien unter anderem deshalb gewählt, weil die Niederländer sich in der Vergangenheit dem jüdischen Volk gegenüber so generös verhalten hätten. Vor allem vor und während des Zweiten Weltkrieges hätten sie unzähligen Juden Aufnahme und Hilfe gewährt. Auch habe das Land seine Vermittlung bei dem israelischen Bemühen um Ausreise von in der Sowjetunion lebenden Juden angeboten.

In einer Rede vor der jüdischen Gemeinde in Amsterdam erklärte Peres, der Dialog mit Jordanien und die Versuche, mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation ins Gespräch zu kommen, sollten auf eine Lösung der Palästinafrage gerichtet sein. Israel vertraue darauf, daß es zu einem Abschnitt neuer Beziehungen zwischen Israel und Jordanien kommen werde.

DRK: Afrika droht von neuem Gefahr

Äthiopien bleibt Schwerpunktland der deutschen Hilfe / Dämme zur Wasserkonservierung

EBERHARD NITSCHKE, Bonn
Genau ein Jahr nach dem „Tag für Afrika“, an dem die Deutschen am 23. Januar 1985 rund 120 Millionen Mark für den Durch- und Hungersnöte gepeinigten Kontinent in die Sammelbüchsen steckten und auf Spendenkonten überwiesen, hat das Deutsche Rote Kreuz auf die trügerische Beruhigung der Lage in den Notgebieten aufmerksam gemacht.

In Äthiopien, schon immer der Schwerpunkt für Hilfe aus der Bundesrepublik Deutschland, sind nach offiziellen Angaben weiter insgesamt 5,8 Millionen Menschen betroffen; für sie müssen jährlich 1,3 Millionen Tonnen Nahrungsmittel eingeführt werden. Entgegen weitverbreiteter Vorstellung, so ein DRK-Sprecher in Bonn, seien die Auswirkungen der langen Dürre noch lange nicht beizulegen. Es sei klar abzusehen, daß in sechs bis acht Monaten die internationalen Hilfsleistungen wieder verstärkt einsetzen müßten.

Im Jahre 1984 wurden vom Deut-

schen Rote Kreuz (einschließlich Bundeszuwendungen) 36,8 Millionen Mark für Äthiopien eingesetzt. 1985 waren es - bis einschließlich November - 19,3 Millionen Mark. Der langsame Regen, so das DRK, sei zwar 1985 wieder einigermaßen normal, jedoch nur sehr ungleichmäßig verteilt. Der jetzt herrschende Trend bei den eigenen Agrarleistungen werde nicht umkehrbar sein, vor allem wegen des Bevölkerungswachstums und des Unverzögens, eine ausreichende Agrarproduktion sicherzustellen.

Um zu verhindern, daß zukünftig ausbleibende Niederschläge ähnlich verheerende Folgen haben, fördert das DRK Geländeterassierungen, Wiederaufforstung und die Anlage einfacher Dämme zur Wasserkonservierung. In Bonn hieß es dazu: „Das Projekt geht auf eine Initiative des Äthiopischen Rotes Kreuzes zurück, was eine Garantie dafür ist, daß dem geplanten Projekt das Schicksal vieler anderer, ähnlicher Versuche

erspart bleibt: daß nämlich durch Planung am grünen Tisch in Europa vorbei an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Bevölkerung gearbeitet wird.“

Das DRK betont, daß der Aufwand für Afrika in den Jahren 1980 bis '85 genau 49 Prozent der Auslandshilfe der Organisation betrug. Das Internationale Komitee vom Rote Kreuz (IKRK) hat für Hilfsaktionen in Konfliktregionen Afrikas in diesem Jahr 337,8 Millionen Mark festgesetzt. Das Gesamtvolumen liegt damit über ein Drittel niedriger, als im Vorjahr. Die „Liga der Gesellschaften vom Rote Kreuz und Rote Halbmond“, die im Vorjahr innerhalb der „größten Hilfsaktion seit dem zweiten Weltkrieg“ 315 Millionen Mark für „Dürrehilfe“ aufbrachte, hat dem DRK mitgeteilt, daß die Situation „weiterhin sehr schwierig“ sei. Die Hilfe müsse vor allem in Geldzuwendungen bestehen, damit Nahrungsmittel in Nachbarstaaten eingekauft werden könnten.

Bonn lehnt Hilfe für Neue Heimat ab

Bangemann vermisst Sanierungskonzept / Landtag in Düsseldorf befaßt sich mit Affäre

p.p./Py, Bonn
Es soll dabei bleiben: Die Neue Heimat und ihre Eigentümer müssen sich aus eigener Kraft helfen. Bundeswirtschaftsminister Bangemann hat gestern - nach der Sitzung des FDP-Präsidiums - unterstrichen, daß es für die Koalition, auch „aus ordnungspolitischen Gründen, keinen Anlaß gibt, öffentliche Mittel einzusetzen“ zur Sanierung der Neuen Heimat. Mit Blick auf die gegenläufigen Aktivitäten der Hamburger CDU fügte er an: „weder im Bund noch in den Ländern“. Die Probleme müßten von den Eigentümern, nämlich DGB, Einzelgewerkschaften und Bank für Gemeinwirtschaft, gelöst werden, der Staat helfe auch den kleinen Baunternehmen nicht, die in Schwierigkeiten seien.

Bangemann: Wenn die Neue Heimat wollte, daß ihr geholfen werde, müsse sie im übrigen erst einmal ein tragfähiges Konzept vorlegen. Der Minister räumte ein, daß sich die Situation anders darstellen könnte, falls

es darum gehe, mit öffentlichen Geldern die Übernahme von NH-Wohnungen durch die Mieter zu erleichtern. „Dann würde ja nicht dem Unternehmen geholfen.“ Aber auch hier steht er die Neue Heimat und die Gewerkschaften in der Vorhand.

Die vom „Spiegel“ verbreitete Meldung, die Sanierung solle durch den Verkauf der gewerkschaftsgegenüber Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge sowie durch den Gang der Bank für Gemeinwirtschaft an die Börse finanziert werden, ist von allen angeblich Beteiligten als „völlig gegenstandslos Gerücht“ beiseite geschoben worden. Die Skala der Demagogen gegenüber der WELT reicht von „absurd“ über „unmöglich“ bis zu „schwachsinig“. In diesem Sinne äußerten sich die Vorstände der als eventuelle Käufer ins Gespräch gebrachten Allianz, Karlsruhe und Hamburg-Mannheimer Versicherung, der Volksfürsorge selbst, aber auch Sprecher der gegebenenfalls befaßten Behörden Bundeskartellamt

und Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen. Der Volksfürsorge-Vorstand stellte klar: Man habe in diese Richtung weder Gespräche geführt, noch sei man vom DGB etwa darauf angesprochen worden. Aber es wurde gegenüber der WELT der Verdacht geäußert, daß NH-Chef Dieter Hoffmann vielleicht einen „Versuchsballon“ gestartet haben könnte.

In Nordrhein-Westfalen ist inzwischen von der CDU-Opposition eine Sonderstudie von Finanz- und Städtebauausschuß des Landtags beantragt worden, um die Verbindlichkeit des angeschlagenen Konzerns gegenüber Westdeutscher Landesbank (700 Millionen) und Wohnungsbauförderungsanstalt (995 Millionen) zu beleuchten. Wie das berichtet, soll außerdem die Stadt Dorsten-Wülfen 1980 für 12,4 Millionen Mark 156 leerstehende Sozialwohnungen erstehen lassen und anschließend an die NH für 11,2 Millionen Mark weiterverkauft haben - mit zinslosem Überbrückungskredit von 2,5 Millionen Mark.

Der Gewinn, die unbekannte Größe

Über die Frage, wieviel Reingewinn ein Industrieunternehmen „üblich“ behält, haben die Deutschen eine irrwitzig unrealistische Vorstellung. Neun von zehn Bürgern schätzen die Gewinne auch nicht annähernd zu treffend ein, sie vermuten sie zehnmal so hoch wie sie wirklich sind. Eine Umfrage von Marplan im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft brachte andererseits das kuriose Ergebnis, daß die Befragten den Betrieben gleichwohl dennoch höhere Gewinne durchzuschlagen zustehen.

Was schätzen Sie, bleibt als Gewinn übrig, wenn ein Industrieunternehmen für hundert Mark Waren verkauft - und zwar nach Abzug aller Kosten und Steuern? lautete die Frage. 23 Prozent antworteten, es blieben 50 Mark als Gewinn übrig, 34 Prozent schätzten 20 Mark, 21 Prozent tippten auf zehn Mark Gewinn, zehn Prozent glaubten, die Unternehmen behielten fünf Mark übrig. Nur knapp fünf Prozent der Befragten kamen der Realität nahe: rund zwei Mark verbleibt den Betrieben als Nettorendite.

Diese Fehleinschätzung zieht sich mit Abstufungen quer durch alle Bevölkerungsschichten. Leitende Angestellte bewiesen noch am meisten Realismus. Zuerst fünfte von ihnen gar einen zutreffenden Tip ab. Allerdings vermutet auch die knappe Hälfte der Leitenden den Gewinn in utopischen Größenordnungen von

SEITE 2:
Die wundersamen Legenden
zehn bis 50 (statt zwei) Prozent. Beamte und andere Angestellte stuft das Institut noch als einigermaßen gut informiert ein; denn etwa jeder Siebte traf zumindest die wirkliche Größenordnung.

Die Arbeitnehmererschaft wird von den Demoskopos als „äußerst gering informiert“ eingestuft. Nur knapp vier Prozent gaben die richtige Antwort, 65 Prozent dagegen vermuten extrem höhere als die tatsächlichen

Gewinne. Auch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft bietet keine Gewähr für bessere Information.

Als bemerkenswert bezeichnet es das Institut, daß die Mehrheit dennoch den Unternehmen höhere Gewinne gönnt. Fast ein Drittel billigt den Firmen eine Nettoumsatzrendite von 20 Prozent zu - zehnmal mehr, als tatsächlich erwirtschaftet wird. Ein Zehntel meint gar, die Betriebe könnten am Jahresende ruhig 30 Prozent Gewinn abzwängen. 12 Prozent der Befragten halten dagegen die tatsächlichen zwei Prozent für ausreichend. Dies lasse darauf schließen, „daß die breite Öffentlichkeit den Unternehmen durchaus angemessene Gewinne zugestieht.“ kommentiert das unternehmerische Institut.

Angaben über den Nettogehaltsüberschuß der Industrie-Aktienbesitzer liegen für 1985 noch nicht vor. Das Institut vermutet jedoch, daß sich die Gewinne seit 1983 (1,2 Prozent) deutlich auf etwa zwei Prozent erhöht hätten.

DER KOMMENTAR

Leistungsschau

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Internationale Grüne Woche in Berlin, diese Leistungsschau der Land- und Ernährungswirtschaft, die am Donnerstag eröffnet wird, war immer auch Anlaß zur Positionsbestimmung. Immerhin stellen die Landwirte ein erhebliches Wählerpotential dar. Bis vor einigen Jahren drehte sich alles - die Klagen über die Einkommen der Bauern gehören dazu - nur um das Ausmaß der nächsten Preiserhöhung, wozu die Brüsseler EG-Kommission in diesen Tagen ihre Vorschläge auf den Tisch legen muß. Auf der Messe konnten noch Forderungen präsentiert werden.

Das Wort Reform fiel zwar in den zahlreichen Reden auch ständig, denn die wachsenden Überschüsse und die explodierenden Kosten waren und sind nun einmal ein Faktum. Aber sie dienten mehr zur Garnierung, als Alibi; ein Handlungszwang folgte daraus nicht.

Das hat sich geändert. Jetzt, da immer mehr unverkäufliches Getreide - nur ein Beispiel -

angehäuft wurde, geht es allenfalls noch darum, ob überhaupt höhere Preise sinnvoll sind. Denn primär soll die Überproduktion gedrosselt werden. Darüber besteht Einigkeit. Gestritten wird darum, wie dies erreicht werden kann, ob nicht sogar niedrigere Preise wie in anderen Bereichen, wo das Angebot die Nachfrage übersteigt, notwendig sind.

Bauern-Präsident Heeremans und Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle haben in dieser Frage zum Schlußschluß gefunden. Sie lehnen Preisreissen kategorisch ab. Die Mehrzahl der Bundesländer und auch die EG-Kommission wünschen dies zwar auch nicht, aber sie wollen die Preise stärker an dem orientieren, was auf den Märkten absetzbar ist. Dafür sollen die Bauern einen Ausgleich erhalten - bis hin zu direkten Einkommenszahlungen. Und zwar so, daß davon kein Anreiz auf eine immer höhere Produktion ausgeht, die keine Käufer mehr findet. Dies ist ein adäquater Ausweg.

Entscheidung für den Kanaltunnel ist gefallen

DW, Lille

England soll bis Mitte der 90er Jahre durch einen doppelten Eisenbahntunnel mit dem europäischen Festland verbunden werden. Auf dieses Projekt für rund zehn Milliarden Mark einigten sich gestern der französische Staatspräsident François Mitterrand und die britische Premierministerin Margaret Thatcher in Lille. Mitterrand kündigte an, später könne eine weitere Verbindung für den Autoverkehr hinzukommen.

Die Verwirklichung des alten Traumes eines Tunnels zwischen den britischen Inseln und dem Kontinent wurde dem französisch-britischen Konsortium France Manche - Channel Tunnel Group (FMCTG) übertragen. Sein Projekt sieht einen 50 Kilometer langen Doppeltunnel vor, in dem Passagier- und Güterzüge sowie Pendelzüge für Personenauto, Busse und LKWs verkehren sollen.

Seite 2: Ende eines Inselasiums

Abrüstungsappell in Warschau löst Verwunderung aus

DW, Warschau

Mit einem umstrittenen Appell zur Abrüstung ist gestern in Warschau der General Jaruzelski inspirierte Intellektuellen-Kongreß „für die friedliche Zukunft der Welt“ zu Ende gegangen. Der Beschluß wurde überraschend und ohne Abstimmung bei der Schlußsitzung des Kongresses verlesen und schließt sich im wesentlichen den jüngsten Vorschlägen des sowjetischen Parteiführers Michail Gorbatschow an. In der Erklärung wird Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen, die Aufgabe der Projekte für Weltraumwaffen und Abschaffung der Atomwaffen vor Ende dieses Jahrhunderts gefordert. Westliche Teilnehmer zeigten sich erstaunt über die Art und Weise, wie die „Botschaft“ zustande kam. Sie erfuhr den Text erst, als er in der abschließenden Plenarsitzung vorgelesen wurde. Ursprünglich war keine Abschlusserklärung vorgesehen.

Heereman fordert aktive Preispolitik

Mk, Bonn

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman, sieht in direkten Einkommensübertragungen an die Landwirte keinen Ersatz für eine aktive Preispolitik. Gegenüber der WELT sagte er, es komme jetzt darauf an, die Überschüsse auf den europäischen Agrarmärkten zu beseitigen. Rasch gehandelt werden müsse bei Getreide. Hier seien die Preise besonders unter Druck geraten. Nur bei angemessenen Preisen lasse sich die bäuerliche Landwirtschaft auf die Dauer erhalten. Für das laufende Wirtschaftsjahr erwartet Heereman wegen der für die Bauern ungünstigen Entwicklung der Preise Rückschläge bei den Einkommen.

Seite 2: Änderung abgelehnt

Wieder Krawalle um Startbahn West

DW, Frankfurt

Eine Gruppe von sechs bis acht verummten Personen hat am Sonntagabend in der Nähe der umstrittenen Startbahn West des Frankfurter Flughafens Molotow-Cocktails auf einen vollbesetzten Mannschaftswagen der Polizei geworfen. Das Fahrzeug ging in Flammen auf. Die Beamten konnten sich nur mühsam in Sicherheit bringen. Die Urheber des Brandanschlags entkamen im Schutz der Dunkelheit in den angrenzenden Wald. Bevor ein herangerufener Wasserwerfer der Polizei die Flammen löschen konnte, war der Wagen bereits völlig ausgebrannt. Bereits am Nachmittag hatten gewalttätige Demonstranten auf der Westseite der Startbahn Kanonenschläge auf Einsatzfahrzeuge geworfen.

Rumänien hält Ungarn die Horthy-Verbrechen vor

Dokumentation erinnert an Schicksal Nord-Siebenbürgens

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Als Antwort auf ungarische Klagen über die Unterdrückung der ungarischen Volksgruppe in Siebenbürgen hat das rumänische kommunistische Regime eine Dokumentation mit dem Titel „Der Horthy-faschistische Terror in Nordwest-Rumänien 1940-1944“ veröffentlicht. Gleichzeitig hat die Bukarester Wochenzeitung „Contemporanul“ die Volksrepublik Ungarn beschuldigt, das „Horthy-Regime“ (also die rechtsautoritäre Regierung Ungarns vor 1944) rehabilitiert und von den „Verbrechen und Grausamkeiten gegen das rumänische Volk und andere Nachbarvölker“ reinwaschen zu wollen.

Das Buch ist in den Medien Rumäniens ausführlich rezensiert worden. Dabei werden die Ungarn bezichtigt, gegen die rumänische Bevölkerung des abgetretenen Gebiets ein „Terrorregime“ errichtet zu haben. Die rumänische Darstellung spricht von Massakern der „Horthy-Truppen“ (also der Ungarn) gegen eine Reihe rumänischer Ortschaften in Transsilvanien (Siebenbürgen).

Nachdem die Ungarn inoffiziell wie offiziell gegen eine angebliche Zwangsassimilierung und Diskriminierung der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen in der Gegenwart protestiert hatten, schlägt jetzt das Rumänien Ceausescus mit Argumenten aus der Vergangenheit zurück. Demnach habe der ungarische Staat während der Zeit der Annexion Nord-Siebenbürgens 1940 bis 1944 eine systematische Vertreibung und Massenverschleppung der rumänischen Bevölkerung durchgeführt. Das Buch spricht auch von „Horthys hitleristischer Politik der Ausrottung der siebenbürgischen Juden“.

In kaum verdeckter Polemik gegen Budapest heißt es, angesichts der Grausamkeiten, die in den rumänischen Gebieten des Nordwestens geschehen seien, stellten die immer wieder unternommenen ungarischen Versuche, die Politik des faschistischen Regimes zu „verschönern“, die Schuld auf andere abzuwälzen, oder die Schuldigen zu entlasten, eine Herabwürdigung der „Hunderttausenden von Opfern dar“.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zins und Markt

Von Leo Fischer

Die vollmundige Ankündigung von Wirtschaftsminister Bangemann, die fünf größten Industrienationen – kurz G 5 genannt – wollten am Wochenende in London eine konzertierte Aktion zur weltweiten Senkung der Zinsen beschließen, erwies sich als leeres Versprechen. Das einzige, was der Minister durch sein Vorpreschen erreichte, war ein kurzfristiger Anstieg des Goldpreises und ein zwischenzeitliches Anziehen der Anleihennotierungen in den USA.

Zwar waren sich alle Teilnehmer in London darüber klar, daß die Zinsen fallen sollten, um den nachlassenden Aufschwungskräften der Weltkonjunktur neue Impulse zu verleihen und das Schuldenproblem zu entschärfen. Für die Amerikaner kam die sehr eigennützige Absicht hinzu, auf diese Weise die Finanzierung des horrenden Budgetdefizits zu erleichtern. Geblendet von dem Erfolg, den die G 5 mit ihren am 22. September beschlossenen Interventionen zur Herunterschleusung des Dollarkurses hatten – der Dollar fiel seither gegenüber dem Yen um 16 und gegenüber der D-Mark um 14 Prozent –, haben sich die Fünf überheblich; sie mußten sich wohl überlegen. Man kann zwar, zumal wenn die Zeit für eine Neubewertung einer Währung reif ist, mit Interventionen etwas bewegen. Gegen die Marktkräfte kann aber eine Abwertung des Dollar nicht gelingen.

Die Finanzierung eines bis auf 227 Milliarden Dollar geschätzten Defizits im US-Haushalt läßt weltweit keinen Spielraum für Zinssenkungen, wollte man nicht die Notenpresse betätigen und damit die Gefahr eines neuen Inflationsschubes heraufbeschwören. In der Bundesrepublik ist durch eine erfolgreiche Antinflationspolitik, an der die Bundesbank das Hauptverdienst hat, und durch die Regierungsbemühungen um die Konsolidierung des Haushalts vorexerziert worden, wie der Kapitalmarkt sich seit 1981 um mehr als fünf Prozent gesenkt werden konnte. Eine konzertierte Aktion, wie die Pöhl und Stoltenberg in der Bundesrepublik durchführten, wäre auch weltweit die beste Zinssenkungspolitik.

Wien zieht eine Lehre

Von Carl Gustaf Ströhm

Unter dem Eindruck des Terrorüberfalls auf dem Wiener Flughafen hat die österreichische Regierung Maßnahmen getroffen, um den Reiseverkehr von Arabern an die Donau in den Griff zu bekommen. Innenminister Karl Blecha (SPÖ) gab bekannt, daß die bisher bestehende Visa-Freiheit für tunesische Staatsbürger zumindest zeitweise aufgehoben wird. Tunesien ist das einzige arabische Land, dessen Bürger keinen österreichischen Sichtvermerk benötigen. So ist es nicht verwunderlich, daß die Attentäter von Wien-Schwechat mit gefälschten tunesischen Pässen nach Österreich kamen: Mit Pässen, die ursprünglich „echt“ waren und tunesischen Bürgern in Libyen abgenommen worden sind.

Ebenso kündigte der Innenminister an, daß Diplomaten jener arabischen Staaten, mit denen keine Gegenseitigkeit der Visa-Freiheit für die Inhaber von Diplomatenpässen besteht, in Zukunft ebenfalls einen Sichtvermerk bei der Einreise nach Österreich besitzen müssen. Betroffen wären davon Syrien und Libyen, jene Länder, die besonders im Verdacht stehen, dem Terror Vorschub zu leisten. Eine Frage allerdings mußte der österreichische Minister negativ beantworten: Eine Kontrolle des Diplomatenpäckchens könne es nicht geben – auch die Schweiz sei dazu nicht bereit. Damit kann auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden, daß Terroristen mit diplomatischen Kurieren an den Tatort transportiert werden.

Österreich hat aus dem Versuch, sich mit den gemäßigten (oder auch nicht ganz so gemäßigten) Arabern gut zu stellen, um so den Terror von den eigenen Grenzen fernzuhalten, bittere Erfahrungen gemacht. Die pro-arabische Politik ist seinerzeit von Kreisky begonnen worden – sowohl Arafat wie Khadafi als auch Syriens Staatspräsident Assad schienen Freunde Österreichs zu sein. Jetzt zeigt es sich, daß diese Freundschaften nicht viel geholfen haben. Die Attentate in Rom und vor allem in Wien haben bewiesen, daß die Terroristen nicht durch guten Willen allein ferngehalten werden können. Schon fragt man sich in Wien, ob es nicht doch sinnvoller gewesen wäre, im Nahen Osten weniger Profil und Entgegenkommen zu zeigen. Vielleicht wäre dann die Wahl der Terroristen nicht gerade auf Wien gefallen.

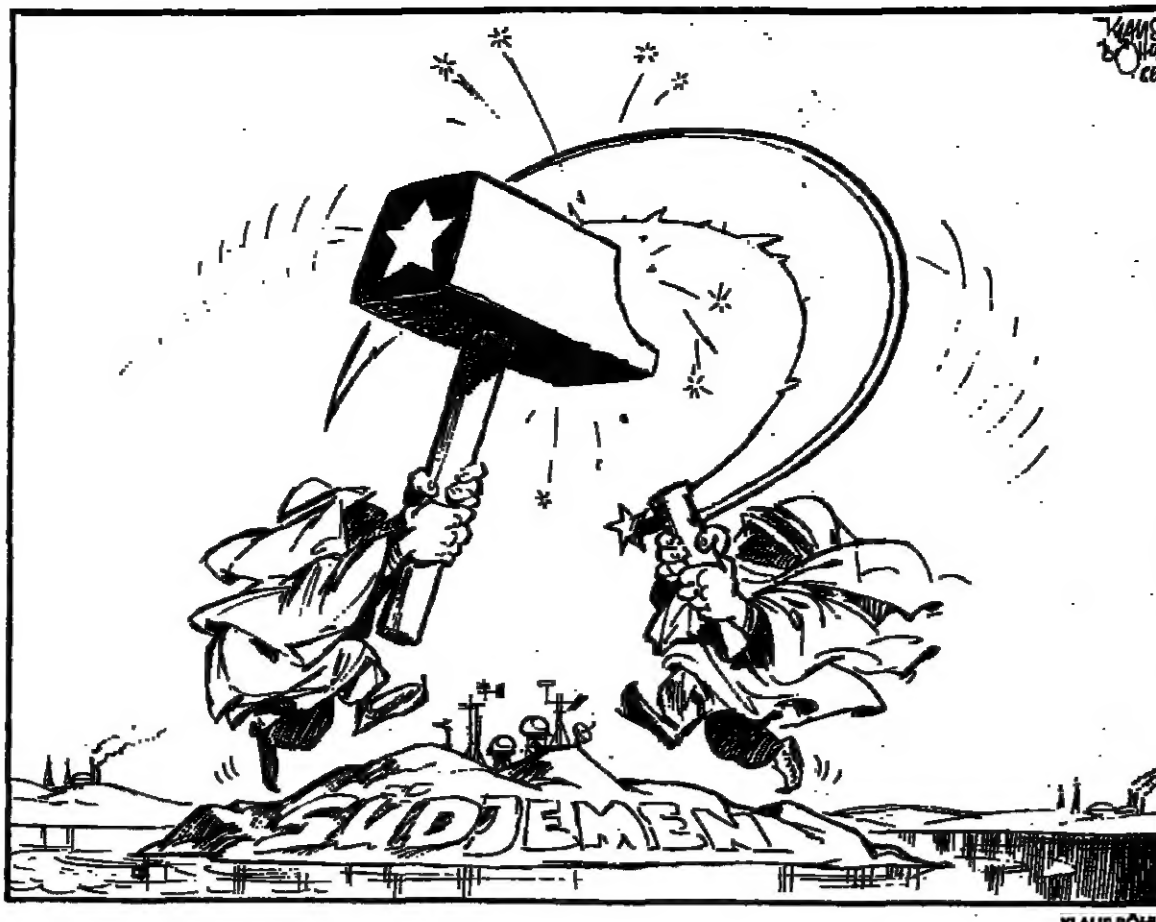
Wiedersehen in Kabul?

Von Peter Dittmar

Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden“, hat Breschnew gesagt, oder Andropow, oder Gorbatschow. Darum halten sich auch alle die kleinen Breschnews, Andropows, Gorbatschows an diese Parole und lassen die Kirche im Dorf und den Kreml in Moskau. Nur General Jaruzelski wollte sich extra ein Fleißkärtchen als Friedenskämpfer verdienen und lud deshalb zu einem „Kongreß von Intellektuellen für die friedliche Zukunft der Welt“ nach Warschau ein. Sechshundert Einladungen soll er verschickt haben. Etwa hundertfünfzig wurden angenommen. Deutschlands berühmteste Namen waren nicht dabei, aber Heimer von Dittfurth und Dieter Lattmann kamen, denn schließlich gibt es nichts Wichtigeres als den Frieden.

So palaverte man drei Tage lang und sah sich am letzten Tage plötzlich mit einer Resolution konfrontiert, die wortreich wiederholte, was Breschnew usw. gesagt haben. Freiheit und Menschenrechte kamen, da von den Kommunisten als sekundär und peripher erklärt, nicht vor. Kann sein, daß das jemand störte, aber da vorsichtshalber darüber nicht abgestimmt wurde, fiel es nicht auf und nicht ins Gewicht. Die deutschen Teilnehmer, gut erzogen und in Kenntnis des schlechten Eindrucks, den Kritik im Ausland am Ausland hervorruft – außer in den USA natürlich, das walte Grass – versagten sich jeglichen Protest. Sie brachten auch nicht aufs Tapet, daß am Donnerstag die Miliz die polnischen Intellektuellen (und Oppositionellen) Kuron und Onyszkiewicz festnahm, um eine Pressekonferenz zu verhindern, bei der den Gästen einiges über den inneren Frieden in Polen erzählt werden sollte.

So konnten Dittfurth, Lattmann und all die anderen klugen Friedensfreunde mit dem Gefühl nach Hause reisen, etwas für das Wichtigste getan und den lieben Frieden nicht gestört zu haben. Und nur der böse Zufall kann es wollen, daß sie unter ihren vielen Papieren plötzlich den Brief entdecken, den Michnik, Lis und Frasnyski aus dem Frieden des politischen Gefängnisses geschmuggelt und den Konferenzteilnehmern zugeacht hatten. Er schließt mit dem Satz: „Wir wünschen angenehme Beratungen und hoffen, daß der nächste Kongreß entweder in Johannesburg oder in Kabul stattfindet.“



Ende eines Inseldaseins

Von Wilhelm Furler

Mit gewohnter Gelassenheit hat Premierministerin Margaret Thatcher neunhundert Jahre britischer Geschichte, neunhundert Jahre der „splendid isolation“, der uneinnehmbaren Insel, benedict durch eine gemeinsame Erklärung mit Frankreichs Staatspräsident Mitterrand. Das Bauprojekt des Jahrhunderts soll spätestens 1993 fertiggestellt sein. An der Entschlossenheit beider Regierungen, nach so vielen vergeblichen Anläufen den Kanaltunnel für eine durchgehende Bahnverbindung und zu einem späteren Zeitpunkt auch einen Straßentunnel unabhängig von allen Wetterwidrigkeiten und Streikneigungen britischer wie französischer Seeleute und Hafnarbeiter endlich wahr zu machen, kann kein Zweifel bestehen.

Vor neun Jahrhunderten hat England zum letzten Mal eine erfolgreiche feindliche Invasion erlebt, als Wilhelm der Eroberer im Sommer 1066 englischen Strand betrat, stolperte, geistesgegenwärtig wider das böse Omen ausrief: „So ergreife ich dich, England!“ und bei der Schlacht von Hastings seine Anklündigung wahr machte. Seither haben die stürmischen dreißig Meilen zwischen Insel und Festland dafür gesorgt, daß die Engländer vor feindlichen Besatzungen verschont blieben, wenn auch eigene Thronbewerber manchmal erfolglos (Heinrich VI. Sohn Eduard), manchmal aber erfolgreich (Eduard von York, nachmalig König Eduard IV.; zuletzt Heinrich von Richmond, nachmalig König Heinrich VII., dieser vor fast genau einem halben Jahrtausend im August 1485) landeten.

Die „splendid isolation“ versetzte das Land in die Lage, sich voll auf den Ausbau der Flotte zu konzentrieren und die Landstreitkräfte eher zu vernachlässigen, während Frankreich beides ausbauen mußte und folglich zu Lande manchmal, zur See so gut wie immer scheiterte. Folgerichtig wurde England zur Seemacht überhaupt; das von ihm postulierte (und meist diktierte) Gleichgewicht der Kräfte bestimmte jahrhundertlang die europäische Politik. Wind und die eigene Flottenstärke machten die Engländer unschlagbar. Philipp II. und seine „unbesiegbare Armada“ haben es erfahren, Ludwig XIV., zuletzt Napoleon und Hitler. Auf dieser Flottenmacht wurde wiederum

ein Weltreich begründet. Die Gründung Belgiens wurde von den Briten betrieben als eine Sicherung des Sprungbretts vor ihrer Haustür; als deutsche Truppen im Ersten Weltkrieg dort einmarschierten, griffen die Briten ein, um es in dieser Rolle zu bewahren.

Wenn in sieben bis acht Jahren erstmals Züge und Autos vom europäischen Festland durch den Kanaltunnel sozusagen trocken Rades auf die Insel rollen, bedeutet dies für die Briten das Ende einer Tradition. Warum hat sich die gegenwärtige Regierung in London für eine feste Kanalverbindung so stark gemacht? Denn einegeleichte Insulaner sind die Briten ja immer noch. Nicht von ungefähr bezeichnen sie das europäische Festland unverändert als „Übersee“. Und eine Reise dorthin ist psychologisch immer noch mehr als das Passieren von Grenzkontrollen, das etwa uns Deutschen bei Besuchen in den Nachbarländern selbstverständlich ist.

Noch immer gibt es im britischen Parlament und in der Öffentlichkeit Stimmen zuhauf, die vor den Gefahren einer festen Kanalverbindung warnen: vor Überfällen in Krisenzeiten, vor terroristischen Anschlüssen, vor tollwütigen Tieren und vor luftverschmutzten Lkw-Kolonnen, die das Land mit minderwertigen Konkurrenzprodukten überschwemmen werden. Doch die übergroße Mehrheit der Briten denkt heute, hundertsechzig Jahre nach dem tatsächlich erfolg-



Der Tunnel wird gebaut: Frau Thatcher, Mitterrand. FOTO: AP

ten ersten Spatenstich, anders, was immer auch ihr Gefühl sagen mag.

Die Insel stellt den mit Abstand größten Teil des Verkehrsaufkommens über den Kanal, sowohl im Personenverkehr als auch bei der Fracht. Immer mehr britische Unternehmen erkennen den erheblichen Wettbewerbsnachteil, der ihnen durch unsichere und zeitraubende Schiffs- und Frachttransportwege aufgebürdet wird. Britische Urlauber, die ihre Ferien zunehmend auf dem europäischen Festland verbringen – sei es beim Skiurlaub in den Alpen oder beim Sommerurlaub in Südfrankreich – und die dabei lieber Bus, Bahn oder den eigenen Wagen als das Flugzeug benutzen, haben keine Lust mehr, streik- oder wetterbedingt stundenlang an den Kanalkisten ausharren zu müssen.

Ebenso wichtig ist das „umgekehrte“ Tourismus-Argument. Der Besuch von Ausländern im Vereinigten Königreich zeigt ein Wachstumspotential wie kaum ein anderes Wirtschaftszweig. Ein Land, das immer noch derart stark unter industriellen Strukturrisiken leidet, kann sich die Chance, mit Hilfe eines Kanaltunnels zum Tourismus-Wachstum erheblich beizutragen, gar nicht entgehen lassen.

So ist denn die gestrige Vereinbarung von Lille zwischen Frau Thatcher und Staatspräsident Mitterrand, schon im kommenden Jahr und damit rechtzeitig vor den britischen Parlamentswahlen mit dem ersten Spatenstich zu einem gemeinsamen Kanaltunnel die gesamteuropäische Politik zu verstärken, ein wohlüberlegter Schlußpunkt für ein neunhundertjähriges Kapitel der britischen Geschichte. Künftig werden vom Festland her durchgehende Züge und auf ihnen huckepack Lkw-, Pkw- und Caravan-Kolonnen ungehindert einziehen.

Natürlich ruft das Ende der „splendid isolation“ seit Wilhelm dem Eroberer bei manchen Wehmüt, vielleicht gar ein Gefühl der Unsicherheit hervor. Der Tunnel ist ein Eingriff, gegen den sich die Briten lange zur Wehr setzten. Doch diesmal sind sie es, die zu diesem Eingriff drängen, um zwei Welten miteinander zu verbinden.

IM GESPRÄCH Gerhard Fischer

Zu den Aussätzigen

Von Eberhard Nitschke

Sein Kampf gegen ein biblisches Vorurteil gibt seinem Leben eine neue Richtung. Gerhard Fischer, bis vor wenigen Tagen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Schweiz, verließ seine Residenz in Bern, um künftig in einer indischen Aussätzigen-Station zu arbeiten.

Nach 35 Jahren als Diplomat, darunter in Äthiopien, Hongkong, als Botschafter in Irland und in den Niederlanden, ein Jahr vor der Pensionierung, beschloß Fischer, sich den Ausgestoßenen unter den Kranken zu widmen. Er will, solange seine Kräfte reichen, dreihundert Kilometer südwestlich von Madras in Süddien in einer unter deutscher Leitung stehenden Lepra-Kolonie arbeiten. Vor allem mit Früherkennung ist der Krankheit erfolgreich entgegenzutreten, gegen die das Alte Testament nur die Aussetzung weit von den Wohnstätten der Gesunden entfernt empfahl. Rund drei Millionen Menschen, darunter auch etwa achttausend in Europa, leiden an der Krankheit.

Gerhard Fischer hat keine Angst, sich zwischen den hundert Betten zu bewegen, in denen die Patienten der Ärztin Elisabeth Vormstein liegen. Er lernte sie während seiner Tätigkeit als Konsul in Madras 1960 kennen. In einem Gebiet von fünfzehnhundert Quadratkilometern betreibt sie noch fünfzehn Lepra-Außenstellen der Provinz Tamil Nadu.

Fischer wurde 1921 als Sohn eines Diplomaten und späteren deutschen Gesandten in Peking in Oslo geboren. Zusammen mit seinem Bruder, dem heutigen Botschafter der Bundesrepublik in Peking, Per Fischer, besuchte er in China die Schule und bereite sich auf ein medizinisches Studium vor. Der Krieg kam dazwischen. Gerhard Fischer rückte als Soldat zur Wehrmacht ein und geriet 1945 in französische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1947 entlassen wurde. Nach dem Studium der Jurisprudenz und Sinologie trat er 1952 ins Auswärtige Amt ein, wo er zwischenzeitlich auch ein Referat in der Poli-



Ein alter Diplomat geht den Weg der Nächstenliebe: Fischer. FOTO: DPA

schen Abteilung leitete. Freunde des Botschafters wissen, daß sein „ungeheures Organisations-talent“ inmitten äußerster Zivilisation nach „Herausforderung“ verlangte. Das „Element der Hilfeleistung für Kranke in den Tropen“ habe ihn eigentlich nie verlassen. Die Erkenntnis, für wie viele Lepröse eine Institution wie das „Settipatty“ genannte Krankenhaus der Frau Dr. Vormstein Fels der Hoffnung sei, habe gegen jede Bedenken gestanden.

Der Botschafter a. D. Gerhard Fischer besitzt ein Haus am Chiemsee, in das er auch zunächst nur heimkehren wird, wenn die indischen Sommermonate eine Arbeit der von ihm gedachten Art für Europäer unmöglich machen. Seine Frau Ann, eine geborene US-Amerikanerin, trägt den Gedanken mit, auch wenn sie in Deutschland bleibt. Die beiden Kinder des Ehepaares sind seit langem erwachsen.

Wenn Fischer in Europa ist, will er für die Aussätzigen die Sammelbüchse schwingen. Erstes Ergebnis anlässlich seiner Verabschiedung von Schweizer Industriellen in Bern: 20 000 Schweizer Franken für eine Wasserleitung im „Settipatty“.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDKURIER

Die Stuttgarter Zeitung kommentiert die Lage der neuen Bundesländer:

Was sich als Folge unternehmerischer Mißwirtschaft zu einem handfesten Skandal auswuchs, soll jetzt nach mancher Ansicht mit Steuerzählern „saniert“ werden. Doch hier hat Finanzminister Stoltenberg mit vollem Fug und Recht einen Riegel vorgeschoben. Die Bundesregierung ist danach nicht bereit, für die Folgen von Fehlplanung – und man kann fast sagen Größenwahn – im Management dieses riesigen Unternehmens aufzukommen. Eine Ungeheuerlichkeit am Rande dieser Glanzstücke der Finanzakrobatik ist das Beispiel Bremen: Die Hansestadt, ausgesprochen finanzschwach, verwendet Steuermittel zum Kauf von Wohnungen der „Neuen Heimat“. Um diese zu sanieren, wie es so schön heißt. Doch der Bürger fragt sich, wo hier die Legitimation gegeben ist.

WZ Westdeutsche Zeitung

Der Düsseldorfer Blatt beschäftigt sich mit Wahlen in der Türkei:

Das Thema Staatsbeihilfe ist für den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeidler, eine sehr kontroverse Materie. Dem kann man nicht widersprechen. Doch wenn er formuliert, das Thema stehe im Spannungsfeld der juristischen Diskussion, dann ist dies eine zumindest stark verkürzte Sicht der Dinge. Denn kaum eine Streitfrage der letzten Jahre ist so wenig ein ausschließlich juristisches Problem wie der sensible Themenkomplex Staatsbeihilfe. Sowiegen man den Kirchen das Recht

bestreiten kann, zu Fragen der Zeit ihre Meinung zu sagen, kann man einem hochrangigen Juristen den Mund verbieten. Doch immerhin ist Zeidler Präsident eines Verfassungsorgans. Das gebietet, daß er sich sachlicher und ausgewogener zu Fragen äußert, die für viele Bürger die Grenzen von Tabus erreichen.

Offener Tag

Es schreibt zur Freiheit:

Die Grünen wollen in diesem Vorwahljahr die Regierung in massenhaftem Protest regelrecht ertränken lassen. Vor den Wohnhäusern von Abgeordneten der Regierungsparteien stehen Gewerkschaftler, die gegen die sozialpolitischen Entscheidungen der Koalition demonstrieren. Das wird „Mahnwachen“ genannt. Die Grenzen zwischen demokratischer Mitwirkung aller und dem Meinungssturm von Minderheiten beginnen unscharf zu werden.

DER BUND

Die Berliner Zeitung meint vor amerikanischen Präsidentschaftswahlen:

Wenige Wochen vor den Wahlen auf den Philippinen beginnt sich die amerikanische Regierung auf einen Sieg Präsident Marcos einzurichten. Gleichzeitig jedoch suchen die USA nach Möglichkeiten, um ihre beiden Basen Clark und Subic zu ersetzen. Als neuer Ort könnte Palau, zu Mikronesien gehörend, in Frage kommen. Die Haltung der Regierung Reagan gegenüber Marcos erinnert an die Politik früherer Regierungen gegenüber dem Schah von Iran und Diktator Somoza in Nicaragua.

Die wundersamen Legenden vom Unternehmensgewinn

Viele glauben an Umsatzrenditen bis zu 50 Prozent / Von Peter Gillies

Über die Behandlungsmethoden von Professor Brinkmann in der Schwarzwaldklinik oder über Passierschlagmethoden von Boris Becker ist man hierzulande glänzend informiert. Nur über ökonomische Zusammenhänge scheinen wir allenfalls laienhaft Bescheid zu wissen – aber selbst das wäre schon geschmeichelt, wenn man die jüngste Marplan-Umfrage über die Einschätzung von Unternehmensgewinnen heranzieht. Die Qualität wirtschaftlicher Information wird offenbar nur von ihrer Seltenheit übertroffen.

Seit Jahren ist demoskopisch stabil, daß die Deutschen über die Gewinne, die ein Unternehmen netto erwirtschaftet, aberwitzig utopische Vorstellungen haben. Nur bestenfalls ein Zehntel der Bürger trifft auch nur annähernd die Größenordnung. Rund neun Zehntel dagegen hegen Vorstellungen, die um etwa das Zehnfache (!) neben der Realität liegen. Daß leitende Angestellte aufgrund ihrer Erfahrung etwas wirklichkeitsnäher informiert sind als Arbeitnehmer und Gewerkschaftsmitglieder,

ändert an diesem Befund nichts, denn alle Gruppen tragen eine erschreckend realitätsferne Vorstellung über das mit sich herum, was bei einem Betrieb unter dem Strich übrig bleibt. Aus früheren Untersuchungen wissen wir, daß selbst Studenten der Betriebswirtschaft nur unwesentlich von diesem Trugbild abweichen.

Nun mag man einwenden, der Gewinn eines Unternehmens sei nur eine von vielen Kennziffern wirtschaftlicher Tätigkeit. Unwissen über ihn mithin nicht von Belang. Dies wäre jedoch eine unzulässige Verharmlosung, denn gerade der Gewinn als Erfolg des Wirtschaftens, als Quelle von Wachstum, Wohlstand und sozialer Sicherung, ist eine Kerngröße der Selbsteinschätzung. Überschätzt man ihn, überschätzt man gleichzeitig alle von ihm abgeleiteten Verteilungswirkungen.

Wer – wie die Mehrheit – glaubt, jedes Unternehmen mache zwischen 20 und 50 Prozent seines Umsatzes Gewinn, muß zwingend daraus folgern, auf die lächerlichen 7,5 Prozent Lohnerhöhungsforde-

rung einer Gewerkschaft komme es nun wirklich nicht an, die Unternehmen könnten sie schließlich aus der Westtasche zahlen. Meldungen, wonach die XY-Aktiengesellschaft ihre Gewinne um 80 Prozent steigerte, leisten diesem Denken Vorschub, obgleich das Unternehmen seinen Nettogewinn lediglich von zwei auf 3,6 Prozent (also um 80 Prozent) steigerte.

Geschicht machen sich diese Unwissenheit über die Leistungsfähigkeit der wirtschaftlichen Triebfeder „Gewinn“ jene Vereinfacher zuzunutzen, die den Ertrag als kapitalistischen Profit zwar verfeinern, gleichzeitig aber seine Unerschöpflichkeit suggerieren. Sie können – leider – auch künftig darauf vertrauen, daß auf dem Boden wirtschaftlichen Nicht- oder Halbwissens die Saat des Gefährlich-Unersichtbaren ins Kraut schießt.

Wer bereitet diesen Boden? Gewiß ist die Schule eine Quelle der Unkenntnis. Die Bemühungen, unsere Bildungseinrichtungen und ihr Lehrpersonal mit realistischen Vorstellungen über wirtschaftliche Vorgänge bekanntzumachen und

dadurch Indoktrination vorzubeugen, sind in den letzten Jahren kaum vorangekommen. Unternehmern sträuben sich auch heute noch die Haare, was in manchen Schulbüchern steht, wobei man nicht einmal in allen Fächern berechnete Falschinformation unterstellen mag.

Olaf Sievert, langjähriger Vorsitzender des Sachverständigenrats, hatte im letzten Jahr einmal für die „vergessenen Wahrheiten“ der Ökonomie plädiert. An seine Liste sei erinnert: Arbeitsamkeit und Sparsamkeit sind stets gute Eigenschaften, auch wenn wir uns manchmal etwas weniger Arbeitsamkeit oder eine geringere Sparsamkeit wünschen; hohe Löhne gefährden ohne Wenn und Aber die Beschäftigung; die Bereitschaft, Risiko zu tragen, ist etwas sehr Kostbares und stets eines besonderen Lohnes wert, den man aus verteilungspolitischen Zielen nicht verkürzen sollte; Inflation in Kauf zu nehmen lohnt sich nie; gutes Geld muß immer knapp bleiben; der Staat kann nie alles besser, und es gibt Grenzen für seine Tätigkeit, aber auch

für die Steuer- und Abgabenlast seiner Bürger. Wer sich an diese und andere einfache Wahrheiten erinnert, käme gar nicht zu dem Schluß, weitere Steuern (oder staatliche Kreditaufnahme) schufen neue Arbeitsplätze. Er wäre auch feige gegen die These, üppige Kaufkraftsteigerungen durch forcierte Lohnerhöhungen verringerten die Erwerbslosenzahl. Zwar wissen die meisten Betriebsräte, daß ihre Arbeitsplätze sicher sind, wenn ihr Unternehmen gute Gewinne macht, aber ihre funktionäre behaupten gleichwohl gebetsmühlenartig der Aufschwung gehe am Arbeitsmarkt vorbei.

Gewissensforschung bei allen, die Wirtschaftsinformationen verbreiten, ist geboten. Der Transport der einfachen Wahrheiten erweist sich als schwieriger denn vermutet. Kosten bleiben stets Kosten, da mag man soviel herumdefinieren wie man will. Unternehmer, Politiker, Journalisten, Kirchen- und Gewerkschaftsmänner sollten die einfachen wirtschaftlichen Tatsachen als das betrachten, was sie (leider) sind: eine Bringschuld.

„Am liebsten bis zur Rente in der gleichen Maloche“

Jugend-Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Problem fehlender Arbeitsplätze. Viele – nicht nur Jugendliche – kommen auch geistig und psychisch mit den Forderungen und Strukturen der modernen Arbeitswelt nicht zurecht. Ein lösbares Problem.

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

In der Ausbildungsstätte des Christlichen Jugenddorfwerkes Westerholt – mitten im Ruhrgebiet – ist gerade die Mittagspause vorüber. Die fünfzehn jungen Männer, arbeitslose Elektriker, Installateure, Maschinenschlosser, die hier eine Zusatzausbildung in Elektronik erhalten, nehmen wieder vor ihren Geräten Platz. Fast unwillig reagieren sie darauf, daß ein paar neugierige Besucher sie ausfragen wollen. Der Grund für die Zurückhaltung wird schnell offenbar: Die Abschlußprüfungen stehen unmittelbar bevor – da zählt jede Ausbildungsstunde doppelt und dreifach.

Der Enthusiasmus, mit dem sich die jungen Herren ihrer Ausbildung widmen, hat freilich einen seltsamen Gegensatz. Gerade erst erläuterte ihnen der Lehrgangleiter noch einmal, daß allen Erfahrungen nach rund 95 Prozent der Teilnehmer bei erfolgreichem Kurs-Abschluß in ein festes Arbeitsverhältnis vermittelt werden können; auf die Frage aber, wie sie denn selbst ihre Perspektiven einschätzen, antwortet fast ein geschlossener Chor: „Schwarz!“

Es klingt irrational, was hier die Zukunft verdrängt. Ausbildungslosigkeit und Pessimismus, Arbeitsplatzangst und Angst um Berufsperspektiven – wie geht das zusammen? Die Argumente sind teilweise nachvollziehbar, teilweise beschreiben sie einen unklaren Gefühlsbereich.

Große Unternehmen werden bevorzugt

Viele wollen die Heimat Ruhrgebiet nicht verlassen. „Wenn wir in Stuttgart nur den Mund aufmachen, fangen die doch schon an zu lachen. Und umgekehrt geht's uns genauso.“ Das Hauptproblem aber scheint: Fast alle sehnen sich nach einer ungebrochenen Berufslaufbahn. Die Tatsache, daß heutige Berufsentscheidungen mit dem einmal Erlernten nicht mehr auskommen, bereitet den meisten ein Unbehagen, das in Angst mündet. Daß die Firma ihre Produktion umstellen könnte, möglicherweise gar einmal ihre Pforten schließen, das man nochmal auf die Schulbank zurück oder umziehen müßte – das alles wächst sich zu Schreckensbildern aus.

Am liebsten bis zur Rente in der gleichen Maloche“, so lautet die Wunschformel, die anderswo zu anderen Zeiten gerade bei Jugendlichen eher abschreckende Wirkung gehabt hätte. Und noch ein Phänomen klingt erstaunlich: Die jungen Leute bevorzugen große Industrieunternehmen gegenüber kleinen Handwerksbetrieben, denen sie kaum Zukunftschancen einräumen. Die Vision einer großen technologischen Welt läßt trotz aller Anonymität – oder gar deswegen – das im persönlichen Kontakt ausgeübte Handwerk als etwas Rückständiges erscheinen, mit dem man die eigene Lebenswirklichkeit ungern verknüpfen möchte.

Bei solchen Problemen setzt die Arbeit des Christlichen Jugenddorfwerkes an, das 1947 gegründet, heute in 112 Einrichtungen im gesamten Bundesgebiet über 80 000 Jugendliche betreut. Es ist damit der größte Träger von Jugendbildung und -ausbildung in der Bundesrepublik. Rund 8000 Arbeitslose (nicht nur Jugendliche) erhalten in 35 speziellen Ausbildungsstätten eine vielfältige berufliche Förderung – finanziert mit Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und der entsprechenden Bundes- und Länderministerien.

Entsprechend groß ist die Erfahrung der pädagogisch und sozialpsychologisch geschulten Mitarbeiter. Der Leiter des Jugenddorfwerkes Westerholt, Adolf Weisenfels, zum Beispiel rückt denn auch falsche Klischeevorstellungen in der Öffentlichkeit mit Nachdruck zurecht: „Es ist ein weitverbreiteter Irrtum zu glauben, daß Arbeitslosigkeit sich vorwiegend als ein Problem fehlender Arbeitsplätze zeigt. Viele der Menschen, die wir hier betreuen – und das sind nicht nur Jugendliche –, kommen geistig und psychisch mit den Forderungen und Strukturen der modernen Arbeitswelt nicht mehr zurecht. Und das wiederum hat nicht nur etwas mit dem beruflichen Bereich zu tun, sondern das hat Ursachen, die den ganzen Menschen betreffen.“

In Gesprächen mit Betreuern und Betreuten wird das faßbarer. Im niederrheinischen Wesel etwa, wo das Christliche Jugenddorfwerk in einer ehemaligen Spiritosfabrik ein Ausbildungszentrum – wie stets in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Arbeitsamt – eingerichtet hat, haben alle Beteiligten immer wieder eine

Besonderheit hervor: „Hier nimmt man sich Zeit, in jeder Beziehung. Hat man etwas nicht verstanden, kann man zwei-, dreimal nachfragen. Hier kann man aber auch persönliche Probleme erörtern; hier spricht man darüber, welchen Sinn das alles hat.“

So vage solche Äußerungen auch sein mögen, im Einzelfall handelt es sich um handfeste Fragen. Da ist zum Beispiel der frühere Fahrlöhner Bernd B. (37). Alkohol am Steuer brachte ihn um Führerschein und Lizenzen. Die Arbeitslosigkeit brachte ihn zum Nachdenken. Früher war er oft wochenlang kaum zu Hause. Der Frau und den Kindern war er fast schon entfremdet. Das erzwungene Dahinleben hatte auch eine positive Wirkung: Die Familie ist heute intakter. „Da ist mir klargeworden, daß etwas in meinem Leben nicht gestimmt hat.“

In Wesel, wo er nun das Schlosserhandwerk erlernt, werden auch solche Fragen erörtert. Gemeinsamer Sport, Gemeinschaftsprojekte, Anregungen zu Hobbys, finanzielle Schwierigkeiten bis hin zu Ernährungsfragen – da wird kaum etwas ausgespart. Und Bernd B. ist sogar mit seinen Selbstwertproblemen fertig geworden. Obwohl sein „Chef“ hier jünger ist als er, kann er ihn anerkennen: „Der tut nicht so, als wüßte er alles besser als ich.“

Oder Marion B. (25), erlernte Lederstepperin, zwölf Monate ohne Arbeit. Sie besucht eines der Sechsmontatsprogramme, mit denen nicht nur Fortbildung angestrebt wird, sondern vor allem „psychische Anfrischung“ gemeint ist. „Ich wußte schon kaum noch, wie schön es in einer Gemeinschaft sein kann. Hier lernt man, wo man überhaupt da ist.“

Rudolf Hülsken, Leiter der Ausbildungsstätte Wesel, erläutert, warum man das Problemfeld Arbeitslosigkeit nicht allein den Arbeitsämtern überlassen kann: „Öffentliche Einrichtungen müssen normativ reagieren. Das hilft im Einzelfall zwar wenig. Ein Amt kann keine Sinnsfragen stellen, geschweige beantwortet. Das Christliche Jugenddorfwerk versucht demgegenüber, den Arbeitslosen ihre inneren Konflikte selbst deutlich zu machen, ihnen zur Selbsterklärung zu verhelfen, Perspektiven zu eröffnen und geistige wie körperliche Stabilität zu trainieren.“

Die Ausbilder können sich nicht darauf beschränken, praktische Fertigkeiten zu vermitteln. Gisela Zigel, Schneiderin von Beruf, beschreibt ihr Aufgabenfeld: „Da muß man bei Eheproblemen helfen. Da muß man bei der Regulierung von Schulden zur Seite stehen. Alkoholismus gibt es in einzelnen Abteilungen. Die meisten wissen nicht, wie man sich überhaupt verhält. Und so manchmal ist unklar, was er überhaupt will. Diese Wünsche müssen dann auch noch mit den Möglichkeiten koordiniert werden. Auch resultiert ja sehr häufig aus dem, was man heute so schön mangelnden Durchblick nennt.“

In Frechen, 80 Kilometer weiter südlich, bei Köln, in einer der größten Ausbildungsstätten des Christlichen Jugenddorfwerkes, treffen wir den CJD-Präsidenten, Christopher Dannemann, Sohn des beinahe schon legendären Gründers des Werkes, Arnold Dannemann. Für ihn ist die Arbeitslosenbetreuung natürlich nur eines der Aufgabengebiete seiner Organisation. Aber ihm ist es eben gerade darum zu tun, kein Phänomen, vor allem im Hinblick auf Jugendliche, isoliert zu sehen.

Hilfestellung für eigene Daseinsentwürfe

Bei seiner Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg kümmerte sich das Werk in erster Linie um heimatslose, elternlose, perspektivlose Jugendliche. Heute gibt es nicht nur Einrichtungen für Behinderte, für Leistungssportler, für Schachtalente oder für Hochbegabte. Allen gemeinsam – auch den Arbeitslosen – ist ein Problem: In den normativen Zwängen der Gesellschaft fallen sie, lapidar gesagt, durch den Rost.

Christopher Dannemann sieht eines der Grundprobleme zeitgenössischer Erziehung eben in der Begleitung junger Menschen bei der Formulierung eigener Daseinsentwürfe. Der rasche Wandel in einer dynamischen Industriegesellschaft hat für ihn auch einen rascheren Wandel in der Formulierung von Lebensentwürfen zur Folge: „Entsprechend steht heute die Pädagogik vor der Nagelprobe, mit mehr Zuwendung und mehr ganzheitlicher Förderung rascher auf die Entwicklungen reagieren zu müssen. Dabei darf sie sich nicht nur modisch anpassen, sondern muß auch traditionelle Aspekte, etwa einer christlichen Lebensführung, modellhaft mitvermitteln. Entscheidend ist in jedem Fall, den jungen Menschen in der ihnen gemäßen Sprache die Angst vor dem Verfehlen des eigenen Lebens zu nehmen.“

Kontinuität im Wandel, Erkenntnis- und praktisches Training – die Arbeitslosigkeit gehört auch in das geistige Spektrum einer umfassenden Daseinsorientierung.



Reverenz vor den Göttern, immer und überall: Die meisten Nepalesen sind Hindus, aber die buddhistischen Heiligtümer, wie Swayambunath, gehören zu den bedeutendsten. Am Eingang vorwiegend ein Mönch aus der großen vergoldeten Vajra, Symbol des Unendlichen der drei Dimensionen.

Im Reich der Farben und Feste

Vor 35 Jahren erst begann Nepal, sich der Außenwelt zu öffnen. Heute ist es vor allem der Tourist, der die Entwicklung des einzigen Hindu-Königreichs mitfinanziert. Er stößt auf ein Land, dessen Menschen sich auf dem mühevollen Weg vom Mittelalter in die Neuzeit befinden, ohne ihre gefährdeten Traditionen zu verlieren.

Von M. WEIDENHILLER

Nepal taucht ein ins Tihar-Fest, fünf Tage lang. Dem Hauptplatz folgt Lichterglanz, brennende Kerzen überall oder Tonschälchen voll mit Öl, ein Baumwollfaden drin. Wer es moderner liebt, hängt Girlanden bunter Glühbirnen auf. Papierflücheln, an Schnüren aufgereiht, überspannen Straßen, schwingen sich von Haus zu Haus. Blumenketten für die, die man dieser Tage besonders ehrt, den Gott und die Göttin, den Bruder, aber auch die Krühe, die Kuh, den Hund. Man ist Süßigkeiten, bergeweise, legt die Handflächen zum Gruß aneinander. Namaste. Ich verneige mich. Ich heiße dich willkommen.

Wir erleben die Nepalesen bei ihrem „Nationalport“, dem Feiern. Gaijashiv und bunt, gleichwohl immer mit der Religion verbunden, während die Feste, einen Turpsalt nur, Einblick in die Fremdartigkeit dieses Landes am Himalaja. Religiöse Riten und Vorschriften bestimmen auch den Alltag. Frühmorgens, wenn der Nebel über dem winterlichen Katmandu wabert, die Kälte in den ungeheizten Häusern hockt, eilen die Menschen hin zu ihren Tempeln, um zu opfern: Blumen, Räucherstäbchen, Reis, Zinnoberpulver – auch Geld. Selbst nach Blut verlangt es die Götter. In Dakshinkali etwa, eine Busstunde von Katmandu entfernt, Familien, vor allem Frauen und Mädchen, herausgeputzt, kommen hierher, mit Ziegen, mit Hühnern. Ein blankes Messer trennt den Kopf vom Körper des Tieres. Das dicke Blut wird mit der Hand aufgenommen, auf ein Blatt gelegt. Wenig später fährt die Familie zurück, das zerhackte Tier in Plastiktaschen.

Nichts ist da feierlich, läßt zeremonielle Würde ahnen. Nur einfach ein Stück Leben spielt sich ab in diesem einzigen Hindu-Königreich der Welt. Das Herrscherpaar ist allgegenwärtig, in Öl oder als Poster, in Hotellofters wie in Amtsstuben, neben Altarischen oder an winzigen Verkaufsbuden. Seit 13 Jahren regiert König Birendra als absoluter Herrscher, über der Verfassung stehend, als Inkarnation des Gottes Wischnu. Hoch sind die Mauern, üppig ist der Stachel, der rings um den Palast. Der Fußgänger wird auf die andere Straßenseite verwiesen, will er passieren. Ist Birendra dennoch „unser geliebter König“, wie riesige Transparente in Katmandus Prachtstraße unlängst bei seiner Rückkehr von einer Auslandsreise verkündeten? Zweimal beehrte das Volk 1985 gegen ihn auf. Die Lehrer streikten; sie forderten Gewerkschaften und mehr Geld. Protest auch gegen das Panchayat-System, das seit 20 Jahren das Parteiensystem ersetzt. Panchayat ist die politische Grundeinheit einer pyramidenförmig aufgebauten Staatsordnung. Doch die verfassungsmäßig zugestandene Eigenständigkeit des Panchayat wird

durch die Machtbefugnisse von Regierung und König stark eingeschränkt. Die politische Willensbildung bleibt damit der gesellschaftlichen Elite – auch den höchsten Kasten – vorbehalten. Dadurch wurde Stabilität gewahrt, meinen die einen; das verstoße gegen die Demokratie, argumentieren die anderen. Ihr Aufbegehren begann mit gewaltlosem Protest nach Gandhi-Vorbild. Es endete mit Bomben und Toten.

Würden nun die Touristen ausbleiben, die das Devisenpolster so kräftig auffüllen, überhaupt den wichtigsten „Industriezweig“ darstellen? Hätte man sich für sie nicht kräftig ins Zeug gelegt, Hotels gebaut, Schweizer Müll und amerikanische Brownies auf die Speisekarte gesetzt, und kommt man sie nicht, weil als Fremde unwissend und ausbeuterisch, immer wieder kräftig übers Ohr hauen?

Die Touristen, die mit Dollar-Briefschachen oder die mit Rückpack und schmalen Budget, sie bleiben nicht aus. Gerade jetzt im Winter, wo die schnee- und eisgepanzten Achttausender sich von den Wolken befreien, zieht es Gipfelstürmer und Trekker in Scharen hierher. Andere wollen in diesem Entwicklungsland gar exzellente die hohe Entwicklung alter Kulturen bewundern oder ganz einfach in Katmandu, dieses lebendige Museum, eintauchen.

Spaziergang durch ein lebendiges Museum

Katmandu. Das ist ein Spaziergang zurück ins Mittelalter, faszinierend und dann wieder abstoßend, scheinbar chaotisch in seiner Ordnung. Immer wieder zieht es uns in die ver-schachtelte Altstadt mit ihren traditionellen Handwerksquartieren, den zahllosen Läden, schmuddeligen Imbiß- und Teestuben; dazwischen schmale, hohe Häuser mit prachtvollen Schnitzereien an Fenstern und Balkonen. Da öffnet sich ein Gäßchen zu einem freien Platz, beherrscht von einem freien Stupa, dem Symbol Buddhas, grell bemalt mit den „allessehenden Augen“. Rings um die Stupas türmen sich kleine Pyramiden Reis zum Trocknen auf. Es ist Erntezzeit, spürbar nicht nur auf den Dörfern. Mindestens drei Generationen Frauen schütteln auf flachen geflochtenen

Tablets unentwegt die Spreu vom Reis, die Spreu vom Reis...

Ein paar Schritte weiter: Das Hupen der Autos, das Geklingel der Rikschafahrer erreicht Schmerzhörten – vorbehalten. Dadurch wurde Stabilität gewahrt, meinen die einen; das verstoße gegen die Demokratie, argumentieren die anderen. Ihr Aufbegehren begann mit gewaltlosem Protest nach Gandhi-Vorbild. Es endete mit Bomben und Toten.

Überhaupt heißt es umdenken: sich an das ständige Zuflutern „Change Dollar? Change Traveller Cheques?“ gewöhnen; die Musik aufnehmen, nämlich Rotzen, Husten, Spucken; weitergehen, wenn Lumpenkind die Finger zusammenlegen und bedeutungsvoll an die Lippen führen; ungerührt dreinschauen, wenn man Abfall auf die Straße wirft. Denn der ist wie Dreck und Kotthausen überall.

Überall türmen sich Berge von Waren auf Obst und Gemüse ist wohlfeil. Und dennoch Mangel. An Zucker zum Beispiel. Eine Menschenschlange bildet sich, gierig ein jeder, ein paar Pfund zu ergattern. „Made in India“ oder „Made in China“ feiern Triumphe in diesem Land, das sich zwischen den beiden Riesen klemmt.

900 Kilometer lang und selten breiter als 100 Kilometer, mit dem höchsten Berg (Mount Everest) der Erde, mit subtropischem Dschungel, unwirtlichen Berggipfeln und einer unendlichen Terrassenlandschaft, hat Nepal über die Jahrhunderte hinweg die Einflüsse aus Nord und Süd aufgenommen und verarbeitet. Es bildet sich eine ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt heraus, die irresigleichen sucht. Politisch freilich bedarf es eines ständigen Balanceaktes. Gespräche mit Nepalesen über Indien fördern stets ein zutages: Mißtrauen. Mißtrauen vor indischen politischen Ambitionen, Sorge aufgrund der fast totalen wirtschaftlichen Abhängigkeit. Ob Buch oder Medizin, ob Fahrrad oder tiefergeformte Pizza – all das kommt aus Indien. 80 Prozent seines Warenaustausches wickelt das landumschlossene Nepal mit seinem südlichen Nachbarn ab.

Die indisch-chinesische Rivalität am Himalaja hat auch ihr Gutes. Entwicklungshilfe fließt reichlich, wenn auch nicht immer selbstlos, wie der Straßenbau zeigt: Die Inder bauten den Tribhuvan-Highway vom Grenzort Raxaul nach Katmandu; an der Straße Katmandu-Phokara verrät ei-

ne Tafel, daß sie durch die „Freundschaft mit China“ entstand.

Erst vor 35 Jahren öffnete sich Nepal dem Ausland, der Entwicklungshilfe. Damals gab es nur Wege für Ochsenkarren. Abgelegene Bergdörfer und Täler waren erst nach wochenlangem Trekking erreichbar. Die Nepalesen schlepten die Lasten, die Pässe hinauf und wieder hinunter. Heute gibt es Straßen und Flugplätze; sie haben die Mobilität erhöht, so manche Erleichterung gebracht. Und dennoch sind die Nepalesen ein Volk von Trägern geblieben. Sie tragen ihre „Dokos“, ihre vollbeladenen Körbe, mit einem Riemen über der Stirn auf dem Rücken gehalten, bergan und bergab, barfuß zumeist – so weit die Füße tragen.

Nur jeder fünfte kann schreiben und lesen

Der Fortschritt, er kommt nicht mit Sieben-Meilen-Stiefeln. Mit dem rasch wachsenden Tourismus schleicht sich zudem eine oberflächliche Verwestlichung ein, die die Identität der Nepalesen gefährdet. Strukturen zerstört. Katmandu hat Strom – 24 Stunden lang – erst seit drei Jahren. Nur 20 Prozent der Bevölkerung können lesen und schreiben. Auf 100 000 Nepalesen kommt außerhalb des Katmandu-Tals lediglich ein Arzt; 35 von 1000 Kindern sterben, noch ehe sie fünf Jahre alt sind. Und dennoch: Scharen von Kindern überall, jährlich wächst das 18-Millionen-Volk um 2,6 Prozent. Vor allem auf dem Land, in den Bergen ist die Armut allgegenwärtig.

Regierung und Administration scheinen der Herausforderung nicht gewachsen. Immer mehr Menschen brauchen auch immer mehr Energie. Und die Nepalesen holen sie vor allem aus dem Holz. Tägeln, tagaus schleppen Frauen und Kinder Holz als Brennmaterial, Blätter für das Vieh, in ihren Körben nach Hause. Nur noch 25 Prozent Nepals – früher 75 Prozent – sind bewaldet. Auf Bergen und in Tälern sind die zerrupften Überbleibsel von Wald nicht zu übersehen. Die Reste eines Hochwaldes klammern sich an die Bergrücken. Der Boden erodiert, ganze Hänge rutschen während der Monsunzeit zu Tal. Nepal ist zu einem Paradies mit dunklen Flecken geworden.

Ein Markt für den „eisernen Kanzler“

Nach Martin Luther und Friedrich dem Großen nimmt sich Ost-Berlin nun des Reichsgründers an: Die Bismarck-Welle rollt.

Von HANS-R. KARUTZ

Die „Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles“ – dieses ungewöhnliche Bild druckte die „DDR“-Presse am Wochenende. Ausdrücklich unter Berufung auf den 115. Jahrestag der Reichsgründung, den 18. Januar 1871, erschienen zwei bemerkenswerte Würdigungen des Reichskanzlers.

Mit dem Satz „Nach Luther und Friedrich II. rückt nun Bismarck immer stärker in den Mittelpunkt des historischen Interesses“ verwies der „Morgen“, das Blatt der Ost-Liberalen, auf die neue Linie. „Jetzt Bismarck-Renaissance?“ fragte der Autor. Das Fragezeichen hätte er sich schenken können. Denn spätestens seit dem Erscheinen der Bismarck-Biographie mit dem bezeichnenden Titel „Urpreuß und Reichsgründer“ aus der Feder des Ostberliner Historikers Ernst Engelberg Ende vorigen Jahres ist die Figur des einstmaligen „ostelbischen Krautjunker“ und „Unterdrücker der Arbeiterklasse, Vater des Sozialistengesetzes“ verschrieene Politiker politisch en vogue.

„Was an Bismarck fasziniert...“

Im „Morgen“ heißt es zusammenfassend über ihn: „Was an Bismarck fasziniert, ist, daß er, der preußische Junker, die Geschichte der deutschen Bourgeoisie besorgte, indem unter seiner Führung Preußen das Reich schuf, das die Bourgeoisie brauchte, um sich zu entfalten; daß er, der „Blut-und-Eisen“-Politiker, zwar auch nach 1871 mit den Waffen drohte, doch eine Politik machte, die den Krieg vermeiden sollte...“

Die Zeitung der „DDR“-CDU, „Neue Zeit“, fand zum Jahrestag der Kaiserproklamation – ähnliche Würdigungen dieses Ereignisses sucht man im Westen übrigens vergebens – sogar für die Arbeiterklasse plötzlich Positives im Wirken des Alten vom Sachsenwald: „Auch die deutsche Arbeiterklasse konnte auf der Basis des geeinten Deutschlands ihre Kräfte besser sammeln“, zitiert die Zeitung Autor Engelberg.

Dessen 700-Seiten-Werk, im angesehenen Akademie-Verlag erschienen, ist allerdings in keinem „DDR“-Buchladen zu ergattern. Wer danach als unbedarfter Besucher aus dem Westen fragt – weil er an die Siedlerische Ausgabe für 48 Mark denkt, die in jeder West-Buchhandlung wohlfeil zu haben ist –, erntet ein ironisches Lächeln: „Den Bismarck gibt's schon lange nicht.“ Im Februar soll, so heißt es, eine neue Auflage auf den Markt kommen.

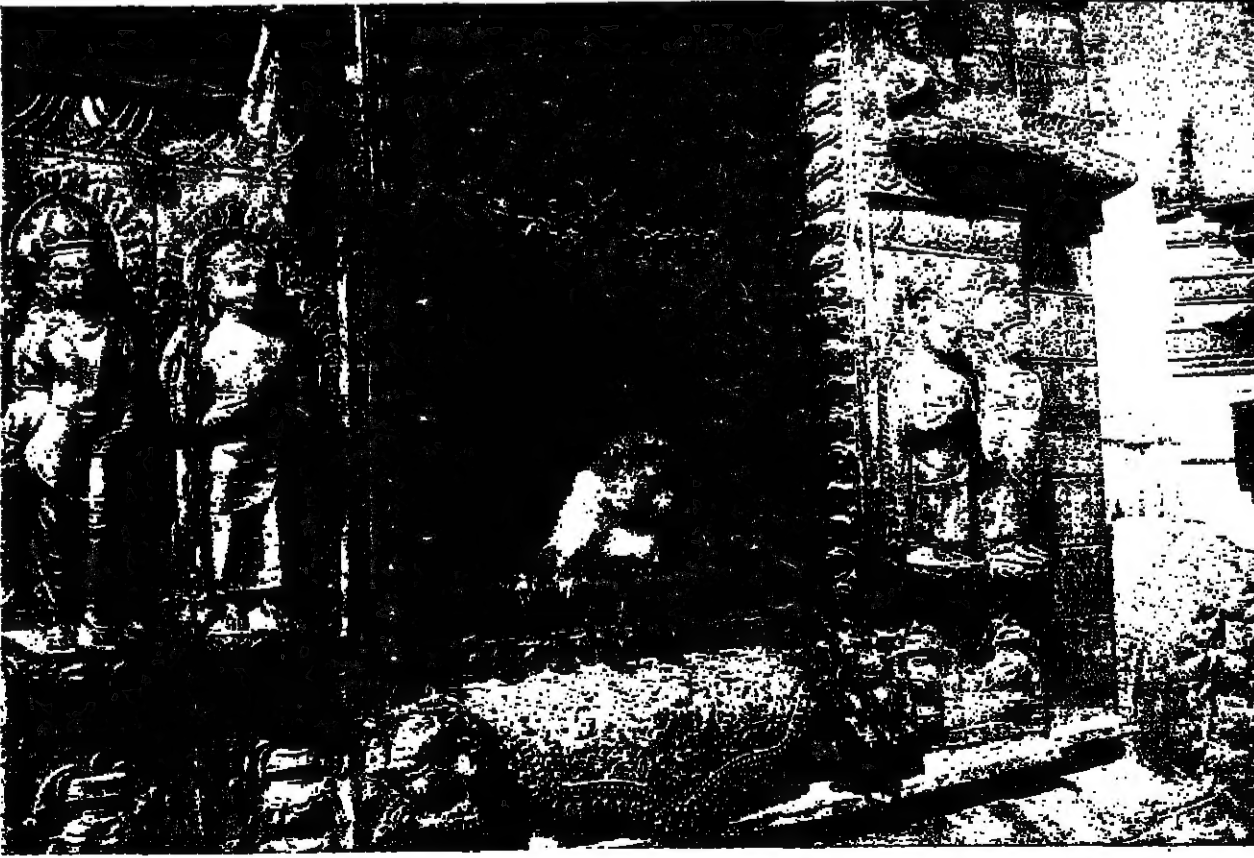
Selbst die Morgenmagazine im Ostberliner Rundfunk nahmen kritische Hörerfragen auf Band, weshalb der Bestseller denn nirgends zu haben sei: „Zumindest hat jede Bibliothek bei uns ein Exemplar erhalten“, tröstete der Moderator die frustrierten verunsicherten Leser. Auch der Autor im „Morgen“ möchte sich einen Stein auf die offizielle Devisenpolitik nicht versagen (denn die in den Westen vergebene Lizenz brachte natürlich D-Mark-Einnahmen): Der „eisernen Kanzler“ werde gewiß als solcher zur Debatte stehen, schrieb der Verfasser, sobald das Werk auch in Buchhandlungen unseres Landes erhältlich ist. Was unterstellt, andersorts sei es vorhanden.

Neue Töne in der offiziellen Lesart

Die populärste „DDR“-Zeitschrift, die Familienpostille „Wochepost“, griff zum raren Mittel einer „home story“ über Engelberg – auf zwei Mitteilseiten. In einem Interview kommt die offizielle „DDR“-Lesart Bismarcks zum Ausdruck: „Ich finde, keiner, der sich mit der Geschichte des 19. Jahrhunderts befaßt, kann an dieser Gestalt vorbei. Reaktionsär war er in der Revolution von 1848, despotisch im Verhalten gegenüber den Sozialdemokraten... Aber er war auch bemerkenswert wegen einer Politik, die reale Gegebenheiten nicht ignorierte... Und außerdem war er ein interessanter Mensch. Schon wie er schreibt, ist kräftig und ausdrucksstark“, sagte Engelberg.

In der bisherigen, auf engstirnige Klassenstandpunkte verkürzten „DDR“-Typologie war die Eigenschaft „interessant“ bislang ein Minus ohne ideologischen Wert.

Man liest es zweimal, wenn in der SED-„Einheit“ die Reichsgründung durch Bismarck als „insgesamt doch bedeutender historischer Fortschritt“ (Zitat Engelberg) gefeiert wird. Es ist ja, laut Honecker, angeblich „im Feuer des Dritten Reiches ein für allemal untergegangen“.



Verehrte Schmarotzer: In manchen Tempeln werden die Affen als heilige Tiere verehrt. Sie lassen es sich gern gefallen. Trüge geworden, warten sie auf die eßbaren Opfergaben der Pilger.

FOTOS: MARTA WEIDENHILLER

Bürgermeister von Dresden und Leipzig abgelöst

DW, Berlin

In Leipzig und Dresden, den beiden größten Städten der DDR, haben innerhalb von einer Woche die Oberbürgermeister gewechselt. Wie die „DDR“-Nachrichtengeneratoren ADN gestern berichtete, wurde der bisherige erste stellvertretende Oberbürgermeister der Messe-Stadt Leipzig, Bernd Seidel, zum neuen Oberbürgermeister der Stadt bestellt. Seidel löste Karl-Heinz Müller ab. Gründe für dessen Ausscheiden wurden nicht genannt. Bereits am vergangenen Donnerstag war der Oberbürgermeister von Dresden, Gerhard Schill, durch einen leitenden Funktionär der „DDR“-Jugendorganisation FDJ, Wolfgang Berghofer, abgelöst worden. Zu dem Wechsel in Dresden hatte ADN gemeldet, daß Gerhard Schill aus gesundheitlichen Gründen und auf persönlichen Wunsch aus seinem Amt ausgeschieden sei.

Für Partnerschaft mit „DDR“-Städten

DW, Saarbrücken

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat sich für deutsch-deutsche Städtepartnerschaften ausgesprochen. Windelen sagte in einem Interview des Saarländischen Rundfunks, er begrüße die Vorgespräche über eine Partnerschaft zwischen Saarbrücken und Eisenhüttenstadt in der DDR. Es sei wichtig, daß über die Trennungslinie zwischen Städten und Gemeinden möglichst viele Brücken geschlagen würden. Windelen bedauerte, daß die Bemühungen, andere Städtepartnerschaften zustande zu bekommen, bisher auf Zurückhaltung gestoßen seien. Es sei nicht normal, daß viele westdeutsche Städte zwar Partnerschaften zum Beispiel mit Städten in Polen und der Sowjetunion hätten, nicht aber mit denen in der DDR.

CDU: Sonderschulen sollen erhalten werden

DW, Bonn

Die Kulturpolitiker der CDU wollen die Sonderschulen als eigenständige Schulform erhalten, setzen sich aber für eine stärkere Zusammenarbeit mit allgemeinen Schulen ein. Der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Kulturpolitik, Peter Bendixen, sagte, das Gremium habe eine Neufassung der Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Ordnung der Sonderschulwesen für erforderlich. Stärker als bisher solle vor allem der Grundsatz einer intensiven Zusammenarbeit allgemeiner mit Sonderschulen festgeschrieben werden. Der Ausschuss tritt auch dafür ein, der Gefahr unnötiger Schonräume und isolierender Sonderbedingungen entgegenzuwirken.

Hessen-SPD lehnt Ausschluß weiter ab

DW, Wiesbaden

Die hessische SPD lehnt die Einsetzung eines Parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung des Todes des Demonstranten Günther Saxe weiterhin ab. Der Sprecher der Landesverbände und der Landtagsfraktion der SPD, Hans Zimmka, sagte, der Bericht des Sonderbeauftragten Günter Erkel über das Verhalten der Polizei bei der Demonstration, bei der Saxe von einem Wasserwerfer überrollt worden war, gebe keinen Anlaß, von der bisherigen Haltung abzuweichen. Die SPD hatte bereits im Landtag einen Antrag der Grünen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses abgelehnt. Die Landesmitgliederversammlung der Grünen hatte am Wochenende in Friedberg beschlossen, an der Forderung nach einem Ausschuss festzuhalten, da der Bericht „völlig unbrauchbar“ sei. Keine Mehrheit fand der Antrag der Fundamentalisten, die Entlassung von Innenminister Horst Wintersteins zu fordern.

Wiesheu mit bestem Ergebnis nominiert

DW, Freising

Mit 95,7 Prozent der Stimmen ist der frühere CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu im oberbayerischen Freising als Direktkandidat der CSU für die Landtagswahl im kommenden Oktober nominiert worden. Für den 41-jährigen Geschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung, der zum vierten Mal für den Landtag kandidiert, war dies das beste Ergebnis, mit dem er je nominiert worden ist. Der ehemalige CSU-Generalsekretär war 1984 nach einem Verkehrsunfall mit Todesfolge, an dem er beteiligt war, zu einem Jahr Gefängnis, das zur Bewährung ausgesetzt wurde, verurteilt. Wiesheu stand zum Zeitpunkt des Unfalls unter Alkoholeinfluß.

DIE WELT (USPS 655-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Realos“ retten rot-grüne Koalition in Hessen

Antrag auf Rücktritt Wintersteins von Mehrheit abgelehnt.

D. GURATZSCH, Friedberg

Auf einer Landesmitgliederversammlung der hessischen Grünen in Friedberg haben sich am Wochenende die Gegner der rot-grünen hessischen Koalition um Jan Kuhnert, Jutta Dittfurth und Manfred Zieran mit ihrer Forderung nach Rücktritt des hessischen Innenministers Wintersteins (SPD) nicht durchsetzen können. Verschieden wurden statt dessen Anträge, in denen lediglich die Einsetzung eines öffentlichen „Tribunals“ zur Untersuchung der Todesumstände des Demonstranten Saxe gefordert wird.

Das Tauschen der beiden unverwundlichen Gruppierungen, der Koalitionsgegner (Fundamentalisten, Radikalkollegen und Ökosozialisten), hatte schon beim Streit über die Tagesordnung dieser Landesversammlung begonnen. Die Realpolitiker versuchten, den Parteitag für beschlußfähig zu erklären, da nicht ordnungsgemäß dazu eingeladen worden sei. Die Anwesenheit von nur wenig über 200 grünen Parteimitgliedern zeige, daß keine „ordentliche Mitgliederversammlung“ zustande gekommen sei. Eine so wenig repräsentative Versammlung der Grünen könne mit ihren „Zufallsmehrheiten“ keine Beschlüsse fassen, mit denen die auf einem Parteitag von 1200 bis 1500 Parteimitgliedern beschlossene Koalition mit den Sozialdemokraten gefährdet werde.

Satzungs-Gerangel

Die Koalitionsgegner, die ihre Anhänger mit eigenen Einladungsschreiben für diese Mitgliederversammlung mobilisiert hatten, bestritten ausdrücklich, daß die Versammlung nicht satzungsgemäß zustande gekommen sei und ihre Beschlüsse deshalb keine satzungsgemäße Gültigkeit hätten. Vielmehr werde eine lediglich unterbrochene Landesmitgliederversammlung vom 24. November 1985 in Butzbach mit dieser Friedberger Versammlung fortgesetzt. Das Argument der Beschlußfähigkeit diene lediglich dazu, den „Sprengsatz“, der in dieser Versammlung liege, unschädlich zu machen und den versammelten Parteimitgliedern einen Maulkorb umzuhängen.

Nur mit knapper Mehrheit von 122

zu 116 Stimmen kam endlich der Beschluß zustande, mit dem sich die Friedberger Mitgliederversammlung selbst die Beschlußfähigkeit bescheinigte. Aber es war ein Pyrrhussieg. Denn als am Nachmittag dann die Koalitionsgegner ihren „Sprengsatz“ vorlegten, nämlich den Antrag der Gruppe Kuhnert/Dittfurth/Zieran, dem sozialdemokratischen Innenminister das Mißtrauen auszusprechen, reichte es nicht zu einer Mehrheit für diesen Antrag, mit dem die erst 30 Tage alte Koalition von Wiesbaden hätte ausgehebelt werden können.

Streit um Innenminister

Ihren Antrag hatten Kuhnert/Dittfurth und Zieran mit der Reaktion Wintersteins auf den Bericht des von ihm eingesetzten unabhängigen Untersuchungsausschusses über die Umstände, die zum Tod von Saxe geführt hatten, begründet. Ein Innenminister, der „eine Polizeistategie, die Tote in Kauf nimmt, vorbehaltlos billigt“, sei für die Grünen „untragbar“.

Aber auch ein Alternativantrag der ökosozialistischen Gruppe um Landesvorstandsmitglied Werner Wenz erhielt keine Mehrheit. Wenz hatte die alte Forderung der Grünen in Hessen, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss über die Vorfälle beim Tod von Saxe einzusetzen, mit dem Druckmittel verknüpfen wollen, dem Innenminister bis zur Einsetzung eines solchen Ausschusses den Haushalt zu verweigern.

Dennoch können sich die „Realpolitiker“ bei den hessischen Grünen nach diesem Sieg über die Fundamentalisten und Ökosozialisten in Sicherheit wiegen. Er kam nämlich nur dadurch zustande, daß sich die radikal-marxistische Michael-Stamm-Gruppe, in Hessen vertreten durch Rolf Ascheberg, mit einem eigenen Antrag zu profilieren suchte und so das Lager der Koalitionsgegner schwächte.

Aschebergs Antrag, der mehrheitlich gebilligt wurde, aber noch mit einem ebenfalls verabschiedeten, „realpolitischen“ Antrag „harmonisiert“ werden muß, fordert die Einsetzung eines öffentlichen „Tribunals“ zur Klärung der Todesursache von Saxe. Die Begründung: Mit dem „parlamentarischen Instrumentarium“ sei eine solche Klärung nicht möglich.

Ist die Bundesrepublik Deutschland nur eine gleichrangige Vertragspartnerin in den Beziehungen zur „DDR“? Oder muß das unterschiedliche Wertesystem Einfluß nehmen auf Verhandlungen mit Ost-Berlin? In diesem Spannungsfeld finden die Kontakte statt. In der Tagespolitik neigen einige Bonner Politiker dazu, den „leichteren“ Weg zu gehen: die

„DDR“ als einen gleichwertigen Staat zu behandeln. Ein Grund, darauf hinzuweisen, daß dies langfristig für Deutsche und Deutschland der schwierigere Weg sein kann.

Die Minderheit hat einen eigenen Staat

Von WOLFGANG SEIFFERT

Es ist keine Beckmesserei, wenn das publizierte Kulturabkommen mit der DDR zum Anlaß genommen wird, erneut über das grundsätzliche Verhältnis zur DDR nachzudenken. Wie immer man das jetzt den Ländern zur Stellungnahme vorliegende Dokument im einzelnen bewertet, es handelt sich um ein Folgeabkommen zum Grundvertrag mit der DDR von 1972, für das der Satz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gilt, daß es nicht nur vertragsgemäß, sondern auch grundgesetzgemäß sein muß. Daß es insbesondere in keiner Hinsicht zu einer Verkürzung oder Lockerung der Grundrechte und Freiheiten führen dürfte. Und daß es die Organe des Bundes oder der Länder keineswegs von der verfassungsmäßigen Pflicht entbinde, nicht nur die bestehenden Gemeinsamkeiten im öffentlichen Bewußtsein zu wecken, sondern auch wachzuhalten, welche weltanschaulichen, politischen und sozialen Unterschiede der Lebens- und Rechtsordnung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bestehen. Die Erinnerung an dieses Verfassungsangebot ist nicht nur Hinweis auf eine verpflichtende Rechtslage.

Das neue Kulturabkommen

Auch das ist allerdings notwendig, erleben wir doch gerade im Zusammenhang mit dem Kulturabkommen mit der DDR den (rechtlich unzulässigen) Versuch, die grundsätzliche Prüfungspflicht des Bundes und der Länder mit dem Hinweis einzuschränken, es könne angesichts der Verhandlungsposition der DDR keine „Nachbesserungen“ geben. Dabei wäre es doch umgekehrt die Aufgabe der Verhandlungsdelegation der Bundesrepublik Deutschland, die DDR-Seite auf diese Prüfungspflicht und die daraus unter Umständen folgenden Änderungsmöglichkeiten nach der grundgesetzlichen Ordnung der Bundesrepublik hinzuweisen. Diese freilich kennt die DDR nur zu gut. Aber die Betonung der rechts-

staatlichen Position der Bundesrepublik wäre doch etwas himmelweit besser als „Warnungen“ vor der Erwartung, man könne jetzt noch Verbesserungen durchsetzen.

Es ist vor allem ein politisches Gebot, daran zu erinnern, daß die Bundesrepublik Deutschland in ihren Beziehungen zur DDR nicht nur schlechthin eine Seite des Grundabkommens ist, sondern den sozialen Rechtsstaat vertritt. Es folgt daraus, daß beide – der soziale Rechtsstaat (die Bundesrepublik Deutschland) und die kommunistische Staatlichkeit (in Gestalt der DDR) – innerhalb der gleichen deutschen Nation existieren. Schon allein dieser Umstand schließt jede Gleichsetzung der Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR mit solchen zu anderen Staaten, auch zu anderen kommunistischen Staaten wie etwa zur Sowjetunion, mit zwingender Logik aus.

Doch was logisch ist, bestimmt nicht immer auch das politische Verhalten. Jedenfalls treffen wir gerade in dieser Hinsicht in der hiesigen Öffentlichkeit immer wieder und immer

mehr auf Tendenzen, Bundesrepublik und DDR nicht nur in juristischer Hinsicht, sondern auch politisch als „Gleiche“ zu behandeln, ja die einander ausschließenden politischen und wirtschaftlichen Systeme beider Staaten als gleichwertig anzusehen. Dabei wird völlig außer acht gelassen, daß hier zwei der Zielsetzung nach gegensätzliche und in bezug auf die Gesamtsituation sehr unterschiedliche politische Kräfte langfristig um ihren Einfluß auf das künftige Gesamtdeutschland ringen: die Mehrheit der Demokraten einerseits und die Minderheit der Parteigänger der kommunistischen Diktatur andererseits.

Sowjets „in Deutschland“

Die prinzipielle und kaum zu überwindende Schwächeposition dieser Minderheit in Deutschland darf nicht blind machen für die Realität, daß sie heute – anders als in der Weimarer Republik – ihren eigenen Staat mit in Deutschland besitzt und zudem seit mehr als vierzig Jahren sowjetische Streitkräfte in Deutschland stehen.

ben, die sich auch bewußt so („Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“) nennen. An den machtpolitischen Konsequenzen dieser Realität in Deutschland haben die politischen Repräsentanten der SED noch nie Zweifel aufkommen lassen. Mit der Gründung der DDR, das kann man bei dem SED-Politbüromitglied Hermann Axen nachlesen, das seit dem Ausscheiden Hähers wieder für die Beziehungen zur Bundesrepublik verantwortlich zeichnet, habe der „welthistorische Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“ nunmehr „auch auf deutschem Boden unwiderruflich seinen Anfang genommen“ (Einheit, Heft 9/10-1984, S. 826).

Die Ursachen des Fehlverhaltens in der Bundesrepublik wurzeln daher auch nicht im Abschluß des Grundabkommens mit der DDR 1972 (den inzwischen wohl alle Parteien als gültige Rechtsgrundlage der Beziehungen mit der DDR akzeptieren), sondern darin, wie man seitdem dem Problem der kommunistischen Staatlichkeit in Deutschland bis heute begegnet. Hier trifft man sowohl auf einen Mangel an Prinzipienfestigkeit, auf Leichtfertigkeit im Umgang mit Grundpositionen der Deutschlandpolitik ebenso wie auf – manchmal schon erstaunliche – Fehleinschätzungen der Situation wie der Haltung der DDR. Das beginnt oft ganz unversehens und ungewollt.

Das erste, was in diesem Zusammenhang in Erscheinung tritt, ist eine schleichende Relativierung der Begriffe und Werte, die die Substanz des sozialen Rechtsstaates und seine qualitative Unterscheidung gegenüber jeder Form kommunistischer Diktatur betreffen und deren Inhalte unverwundbar zu bewahren, daher unverzichtbar ist. Betrachten wir die Entwicklung, die die Vertragspolitik der Bundesregierung gegenüber dem Osten nahm.

Morgen lesen Sie: „Normalisierung“ und ihre Folgen für das Bonner Selbstverständnis. Vergleichbarkeit und Gleichwertigkeit von Grundverschiedenem: Demokratie und Diktatur.



Professor Wolfgang Seiffert, 1926 in Breslau geboren, lehrt seit 1978 politische Wissenschaften und Rechtsvergleichung an der Universität Kiel. Zuvor war er Institutsdirektor an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der „DDR“ in Ost-Berlin und Vertrauter Erich Honeckers.

FOTO: CHRISTA KULATH

Die Spätfolgen der Abtreibung

KNA, Freiburg

Zehn Jahre nach der Reform der Strafrechtsvorschriften gegen Abtreibung machen katholische Beratungsstellen eine neue Erfahrung: Immer häufiger suchen Frauen Rat, die erst Jahre nach einem Schwangerschaftsabbruch in seelische Not geraten sind. Die Leiterin des Referates Familienhilfe des Deutschen Caritasverbandes, Elisabeth Buschmann, erklärte in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), nicht selten gebe es in diesen Fällen um Lebenskrisen, bei denen der Schwangerschaftsabbruch plötzlich eine sehr intensive Rolle spielt, zum Beispiel bei Trennung oder Scheidung, beim Tod eines Kindes, bei Feststellung der Unfruchtbarkeit und Nichterfüllung des Kindeswunsches in der nachfolgenden Ehe, bei schwerer Krankheit oder im Klimakterium. Noch mehr Sorgen bereiten den Beratungsstellen jene Frauen, die „in vergleichbarer Not nach einem Schwangerschaftsabbruch nicht mehr auf uns zukommen“.

Gedenken an den „Holocaust“

hrk, Berlin

Über die Möglichkeiten einer deutschen Beteiligung an einem „Holocaust“-Museum zum Gedenken an die Vernichtung jüdischer Mitbürger durch den Nationalsozialismus, das 1989 in der amerikanischen Hauptstadt Washington errichtet werden soll, beraten die zwölf Mitglieder des „Holocaust Memorial Committee“ heute und morgen in Berlin und Bonn. Das Gremium war im Sommer 1988 vor allem unter dem Eindruck der Irritationen des Bittungs-Besuchs von Ronald Reagan von amerikanischen Präsidenten ins Leben gerufen worden. Die deutschen Mitglieder dieses Rates benannte Bundeskanzler Helmut Kohl. Zu ihnen gehören der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Petersen und Wolfgang Bergesdorf vom Bundespresseamt.

Gestern trafen sich die deutschen und amerikanischen Gäste im Axel-Springer-Haus und berieten über weitere Aktivitäten.

1987 Kampf um christliche Wähler

Idea, Bonn

Zwei Parteien, die sich als „bewußt christlich“ verstehen, wollen im Bundestagswahlkampf 1987 die Union möglicherweise die Stimmen konservativer Christen streitig machen: Während die Deutsche Zentrumspartei bereits entschieden hat, bei der Wahl in allen Wahlkreisen zu kandidieren, will die Christliche Partei für das Leben (CPL) darüber auf ihrem Bundesparteitag 1986 abstimmen.

Beide Parteien werfen CDU und CSU vor, auf ethischem Gebiet, besonders in Fragen der Abtreibung, Pornographie und Gotteslästerung, versagt zu haben. Die Unionsparteien hätten die versprochene „geistig-moralische Wende“ nicht vollzogen, sagt der Vorsitzende der etwa 3000 Mitglieder zählenden Zentrumspartei, Gerhard Woltitz, aus Dormagen bei Düsseldorf. Deshalb seien besonders bei der Landtagswahl 1985 in Nordrhein-Westfalen viele bewußte Christen nicht mehr zur Urne gegangen. Das Zentrum hat derzeit 45 Mandate in Kommunalparlamenten.

SPD-Linke contra Parteiführung

dpa, Bonn

Kritik an den Vorschlägen der SPD-Führung für eine neue Wirtschaftspolitik der 90er Jahre hat die Parteilinke angemeldet. Nach Ansicht von Bundesvorstandsmitglied Peter von Oertzen weisen die von der SPD-Vorstandskommission unter Leitung von Wolfgang Roth ausgearbeiteten Vorstellungen, über die auf dem Wirtschaftsparteitag der SPD im Mai in Hamburg diskutiert werden soll, in entscheidenden Bereichen Lücken auf.

Oertzen erklärte, die Parteilinke vermisse in dem Roth-Papier vor allem eine ausreichende Analyse der Ursachen für die Wirtschaftskrise sowie eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Strategien von „aufgeklärten Vertretern“ der neokonservativen Wirtschaftspolitik, wie etwa des westfälischen CDU-Vorsitzenden Biedenkopf und des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth. Weiter kritisierte von Oertzen ein „undifferenziertes Vertrauen“ auf die heilenden Kräfte des Marktes.

Vor einem Arrangement?

Treffen von Biedenkopf und Pützhofer an geheimem Ort

WILM HERLYN, Essen

„Hahnenkämpfe“, kommentierte gestern in Düsseldorf ein CDU-Mann die Streitgespräche in der westfälisch-lippischen und der rheinischen Union. In der Tat nehmen die Auseinandersetzungen darüber, wer die fusionierte CDU in Nordrhein-Westfalen als 1. Vorsitzender führen darf, skurrile Züge an.

Nachdem durch – gezielte? – Indiskretionen aus der westfälischen Ecke bekannt wurde, daß sich Professor Kurt Hans Biedenkopf mit seinem Kontrahenten um diese Funktion, Dieter Pützhofer, im Münsterischen treffen wollte, schlug der Kreidfelder Oberbürgermeister telefonisch flugs einen anderen Ort der geheimen Verhandlungen am späten Sonntag vor: Statt des Oorscher Hofes nannte er ein fashionables Restaurant im Essener Süden.

Gleichzeitig bat er darum, daß Biedenkopf nicht mit einer Rückendeckung von drei Stellvertretern antritt, sondern nur höchstens einen Parlamentär mitbringen sollte. Früher waren beide Kandidaten davon ausgegangen, daß die Gespräche unter vier Augen geführt würden. Pützhofer setzte sich in dem Punkt durch.

Das Ergebnis – soweit es durchsichtbar ist – bisher mager. „Wir haben uns in die Hand versprochen, nichts zu sagen“, ließ es aus der Umgebung Pützhofers. Solche Erklärungen lassen weiten Raum für Spekulationen.

Doch zeichnet sich ab, daß eine Lösung favorisiert wird:

Daneben dürfte sich Kurt Biedenkopf in die Annalen der Parteigeschichte als erster Vorsitzender der fusionierten CDU in Nordrhein-Westfalen eintragen – vorausgesetzt, daß der gemeinsame Parteitag von Rheinland und Westfalen am 8. März in Düsseldorf positiv entscheidet.

Pützhofer könnte dann, um die herausgehobene Position zu dokumentieren, in einem besonderen Wahlgang als erster Stellvertreter bestimmt werden. Nach der geplanten Satzung, über die der Parteitag auch am 8. März befassen wird, der Vorstand auf zwei Jahre gewählt. Die Rheinländer dringen darauf, daß der Spitzenkandidat der Union für die Landtagswahl 1990 frühzeitig installiert wird. Auf dieses Amt hat aber schon Pützhofer seine Option abgegeben, während Biedenkopf erklärte, er werde sich um ein Bundestagsmandat in Bonn bemühen.

Der casus belli ist in dem Gespräch zwischen Biedenkopf und Pützhofer aber noch nicht beseitigt worden. Die rheinische Seite möchte, daß der Westfale sich öffentlich erklärt, das Amt des Landesvorsitzenden mit seinem Abgang in die Bonner Bundespolitik zur Verfügung zu stellen – also den Weg freizumachen für Dieter Pützhofer. Bisher scheint Biedenkopf nicht bereit, diese bindende Zusage abzugeben.

Mit Wackersdorf kann die CSU ruhig leben

Von PETER SCHMALZ

Die bayerische Staatsregierung sieht sich mit ihrem Energiekonzept, das einen forcierten Einsatz der Kernkraft bei der Stromproduktion und den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage vorsieht, auf dem richtigen Weg. Einerseits sind die in der Vergangenheit hohen bayerischen Stromtarife bereits unter den Bundesdurchschnitt gesunken, andererseits zeigt eine Untersuchung, die von der Münchener Staatskanzlei noch geheimgehalten wird, eine große Zustimmung der Bevölkerung. Danach wird der Regierung auf keinem anderen Gebiet eine ähnlich hohe Kompetenz zugewiesen wie bei der Energievorsorge.

Deshalb ist anzunehmen, daß die CSU im Laufe des Landtagswahlkampfes verstärkt auf den Zusammenhang von preiswerter Energie und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen hinweist und die SPD damit in eine schwierige Argumentationslage zu bringen versucht, nachdem die Landtags-Opposition eine völlige Abkehr vom staatlichen Energiekonzept fordert.

Insbesondere gegen die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA), für die die CSU und die Landesregierung ein uneingeschränktes Glied im atomaren Entsorgungskreislauf, macht die SPD energiegelante Front. Bei einem Ausfall der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zum WAA-Baugelände bei Wackersdorf in der Oberpfalz erklärte

der bayerische SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann, ein Sieg der SPD bei der Bundestagswahl wäre „das gleichzeitige Aus für die WAA“. Ein entsprechender Beschluß des SPD-Parteiparats sei mit der Stimme von SPD-Kandidat Johannes Rau zustande gekommen.

Trotz unterschiedlicher Meinungen auch innerhalb der SPD, inwieweit der Protest gegen die Anlage sich landesweit durch einen Zuwachs an Wählerstimmen ausbilden wird, ist die Partei entschlossen, ihren Wider-

Landesbericht Bayern

stand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage zu einem ihrer zentralen Wahlkampfthemen auszubauen.

Dabei fällt dem Schwandorfer SPD-Landrat Hans Schulerer zunehmend die Rolle einer Symbolfigur zu, die er allem Anschein nach mit wachsender Freude an der Agitation ausfüllt. Wohl ist er als Landrat ein von der Bevölkerung direkt gewählter Kommunalbeamter – worauf die SPD immer wieder hinweist –, nach der bayerischen Verfassung rangiert er aber zugleich als Staatsbeamter und ist damit Teil des Staates – ein Umstand, den die Sozialdemokraten nicht erwähnen.

Aufgrund dieser Doppelfunktion

wäre er nach Ansicht des bayerischen Innenministeriums bei öffentlichen Äußerungen zur Zurückhaltung verpflichtet. Schulerer aber scheint im Gegenteil gewillt zu sein, sich an einer Hetzkampagne zu beteiligen. Nach der zweiten Räumung eines illegalen Hüttendorfes auf dem Baugelände am 7. Januar sprach er von einem „kriegsmäßigen Einsatz der Polizei“, während das Innenministerium erklärte, durch das „besonnene und konsequente Vorgehen der Polizei kam es zu keinen folgenschweren Zusammenstößen mit den Platzbesetzern“.

Wahrheitswidrig behauptete der Landrat auch, bei der Räumung sei die Bundesgrenzschutz-Spezialeinheit GSG-9 eingesetzt worden. Kommentar des zuständigen Ministeriums: „Er muß geträumt haben.“ Gegen Schulerer läuft ein Disziplinarverfahren.

Mit einer anderen Wahrheit hat die SPD dagegen ungeahnte Schwierigkeiten: Der stellvertretende Landrat und SPD-Landtagsabgeordnete Dietmar Zierer, der sich in Vertretung Schulerers weigerte, die Baugenehmigung (über deren Rechtmäßigkeit der Bayerische Verwaltungsgerichtshof seit gestern verhandelt) zu unterschreiben, ist in eine peinliche Erpressungssaffäre mit homosexeuellem Hintergrund verwickelt. Die SPD muß deshalb einen Ansehensschwund bei der mehrheitlich kon-

servativen Bevölkerung dieser Region befürchten.

Der Widerstand gegen das Millard-Projekt ist nach Ansicht der Landesregierung bei den Einzelheimen ohnehin gering. Nach Angaben des Innenministeriums wurden bei den beiden Platzräumungen 1700 Personen festgenommen oder in Gewahrsam genommen. Davon wohnten lediglich 70 im Landkreis Schwandorf und mit insgesamt 481 nicht einmal ein Viertel im Regierungsbezirk Oberpfalz.

Landrat Schulerer behauptet dagegen, bei der letzten Räumung seien über 90 Prozent der Besetzer Einzelheime gewesen. In einem Dringlichkeitsantrag bittet die CSU-Fraktion Innenminister Karl Hillermeier um einen Bericht über die Herkunft der Demonstranten und über die rechtliche Beurteilung der Protestaktion.

Als bestürzend bezeichnete der bayerische FDP-Landesvorsitzende Manfred Brunner den Besuch der SPD-Landtagsfraktion auf dem Baugelände. Sie habe sich damit gegen die Demokratie gestellt, indem sie den Versuch unternimmt, die Meinung einer Minderheit an die Stelle der Entscheidung der parlamentarisch gewählten Regierung zu setzen. Solchen Versuchen habe bislang die gemeinsame Ablehnung aller Demokraten gegolten; diese elementare demokratische Gemeinsamkeit habe die bayerische SPD jetzt aufgekündigt, erklärte Brunner.

Mitterrand als Wahlkämpfer

Der Präsident nicht mehr über allen Parteien / Vorbereitungen für die Zeit danach

PETER RUGE, Paris

Das Auftreten des französischen Staatspräsidenten auf der Wahlkampfbühne hat einhellige Ablehnung durch die Oppositionsparteien gefunden. „Das ist nicht mehr der Präsident aller Franzosen, François Mitterrand hat einen Graben aufgerissen zwischen sich und denen, die im Falle eines Wechsels der Mehrheit im Parlament mit ihm zusammenarbeiten wollten“, empören sich die Bürgerlichen. „Mitterrand riskiert einen Vertrauensbruch, wenn er für die Zeit der Kampagne bis März seine Rolle als Staatschef vernachlässigt und sich an die Spitze der Sozialistischen Partei stellt.“

Appell in eigener Sache

Der Präsident hatte nach mehrfachem Drängen seiner Parteifreunde, wohl auch unter dem Eindruck der letzten Meinungsumfragen, an einer Massenveranstaltung der Linken teilzunehmen. „Gebt mir Zeit, sonst riskiert ihr, daß das Reformwerk nicht vollendet wird, daß die sozialen Verbesserungen zurückgenommen werden – stimmt Mitterrand“, appellierte er an alle Wähler. Diese Parteinahme erfährt noch eine zusätzliche Verschärfung: auf der Wahlveranstaltung fiel das Wort vom „Programm der Reichen gegen die Armen“, mit dem

der Staatspräsident die in der vergangenen Woche abgeschlossene Wahlplattform zwischen den bürgerlichen Oppositionsparteien RPR und UDF scharf kritisierte.

„Den Sozialisten steht das Wasser am Hals, deshalb greifen sie jetzt zu allen Mitteln“, ist denn auch der Eindruck vieler Franzosen. Die Diskussionen entzündeten sich vor allem an Vorgängen, die den Verdacht der Manipulation hervorrufen: während die staatlichen Fernsehkanäle über ein- und zwei Stunden über Mitterrand berichteten, blieb für die Opposition mit ihrem Wahlprogramm nur wenig Raum – ein paar Minuten.

Eine weitere Manipulation wird nach den jüngsten Meinungsumfragen vermutet. Die im „Figaro“ veröffentlichten Ergebnisse geben der bürgerlichen Opposition jetzt 57 Prozent der Stimmen (Bürgerliche 48 Prozent, Nationale Front 9 Prozent), der Linken 37 Prozent (Sozialisten 26 Prozent, Kommunisten 11 Prozent). Der links stehende „Le Monde“ sieht dagegen einen Aufwärtstrend für die Linken auf 41 Prozent (Sozialisten 30 Prozent, Kommunisten 11 Prozent). Auf die Opposition würden nur 48 Prozent der Stimmen entfallen, also ein Unterschied von 9 Prozent. Die Volksmeinung habe sich auch zugunsten des Staatspräsidenten Mitterrand gewendet, sagt das Blatt: seine Popularität sei nun auf 50 Prozent geklettert (43 Prozent war die Einschätzung im November).

Sprachrohr der Linken

Einer solchen Beliebtheit steht eigentlich die Art und Weise entgegen, mit der die Sozialisten immer ungenierter für die Zeit nach den Parlamentswahlen im März vorsorgen: ein Beispiel ist der 5. Fernsehkanal, der immer offensichtlicher zum Sprachrohr der Linken ausgebaut werden soll. Obwohl die für die Medien so ständige unabhängige „Hohe Kommission“ ihren Einspruch anmeldete, hat die Regierung des Premierministers Fabius grünes Licht gegeben. Dieser erste private Fernsehkanal der Gruppe Seydoux-Riboud, der wegen der überraschenden Beteiligung des Italieners Berlusconi inzwischen von den Franzosen „Spaghetti-Kanal“ genannt wird, kann voraussichtlich vom 20. Februar an, also knapp einen Monat vor den Parlamentswahlen, „normal“ empfangen werden. Auch hier dürften die Dienstvorschriften recht großzügig ausgelegt worden sein, denn die freigegebenen Frequenzen galten bisher als unverzichtbare Reserve des staatlichen Fernsehens in Frankreich.

USA entwickeln neue Generation von Super-Chips

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Ein Mikro-Schaltkreis, der in der Lage ist, künstliche Intelligenz zu erzeugen, ist in den Bell-Laboratorien der privaten amerikanischen Telefongesellschaft AT&T entwickelt worden. Der Schaltkreis, nicht größer als eine Mini-Briefmarke, kann 80 000 logische Schlussfolgerungen in der Sekunde (FLIPS) ziehen. 10 000 Mal schneller als alle bisher bekannten Schaltkreise ähnlicher Art.

Künstliche Intelligenz kann auf der Basis eines Programms Schlussfolgerungen anstellen. Wie es heißt, muß der neue Mikro-Schaltkreis als eigenständiger Computer angesehen werden. Es wird angenommen, daß die Bell-Entwicklung im amerikanischen SDI-Programm Anwendung findet, aber auch Zukunft auf dem kommerziellen Markt besitzt. Bevor der neue Schaltkreis auch in Westeuropa angewendet werden darf, ist nach Darstellung aus informierten NATO-Kreisen damit zu rechnen, daß die US-Regierung Auflagen macht, um einen Technologietransfer in den Ostblock zu verhindern.

Ebenfalls in den USA ist auch eine neue Generation von Computerschaltkreisen entwickelt worden, der „VHSIC“. Das Verteidigungsministerium in Washington hat für deren Entwicklung in den letzten vier Jahren umgerechnet 2,6 Milliarden Mark ausgegeben. Der jetzt funktionierende „VHSIC“ wird in die ersten Waffensysteme eingebaut und schon bald auf dem kommerziellen Markt auftauchen. Hinter dem Kürzel „VHSIC“ verbirgt sich der Begriff „very high speed integrated circuit“. Integrierter Schaltkreis mit extrem hoher Geschwindigkeit. Sechs Firmen waren an der Forschungsarbeit beteiligt, darunter Texas Instruments, IBM und Honeywell. Die Panzerabwehr-TOW-2 wird als erste mit dem Supergeschwindigkeitsschaltkreis ausgerüstet. Das Pentagon finanzierte die Forschungsarbeiten, um moderne „fire-and-forget“-Waffen zu entwickeln, die nicht mehr durch den Schützen im Flug verfolgt werden müssen. Sie werden abgefeuert und können vergessen werden. „VHSIC-Chips“ übernehmen die automatische Lenkung bis ins Ziel. Der Anwendung des Superschaltkreises in der militärischen und zivilen Technik sind nach Expertenangaben keine Grenzen gesetzt. (SAD)

Ein Nein aus Ulster schreckt London nicht

Nachwahl als Barometer für das anglo-irische Abkommen

REINER GATERMANN, Belfast

Die Sicherheitskräfte in Nordirland sind in höchste Bereitschaft versetzt, der persönliche Schutz für die profiliertesten Politiker erheblich verstärkt. Am Donnerstag gehen die Wähler in 15 der 17 Wahlkreise der Provinz zur Urne, um zu bestimmen, wer sie im Unterhaus in London vertreten soll.

Viel wichtiger als diese personelle Entscheidung ist jedoch die Frage der Stimmverteilung zwischen den protestantischen Unionisten und den Nationalisten und zwischen den rivalisierenden Parteien im Lager der katholischen Nationalisten, zwischen der Sinn Fein und der „Sozialdemokratischen und Labour Party“ (SDLP).

Denn hieraus wird sich am ehesten die Einstellung der Nordiren zum am 15. November 1985 unterzeichneten anglo-irischen Abkommen ablesen lassen, in dem erstmals der Republik Irland in Ulster in einigen juristischen und sicherheitspolitischen Fragen Mitspracherecht eingeräumt wird. Dublin sichert gleichzeitig, keine Wiedervereinigung der Provinz mit der Republik gegen den Willen der Nordiren zu betreiben.

Dieses Hillsborough-Abkommen ist auch unmittelbarer Anlaß dieser umfassendsten Nachwahl in der britischen Parlamentsgeschichte. Die 15 Westminster-Abgeordneten der Unionisten – elf gehören zur Offiziellen Unionspartei (OUP) und vier zu den Demokratischen Unionisten (DUP) – unter Führung des wortgewaltigen Pastors Ian Paisley – legten gegen Ende des Jahres ihr Mandat nieder. Sie protestierten damit gegen die Londoner Regierung, weil diese ein Referendum über das Abkommen ablehnte.

Gegen Einmischung

Die Unionisten, strikte Gegner jeglicher Einmischung Dublins in Ulster, klagen vor allem Premierministerin Margaret Thatcher an, die Zusammengehörigkeit Nordirlands mit den übrigen Teilen des Vereinigten Königreiches zu untergraben und die Loyalisten verraten zu haben. Sie sind unter der Parole „Ulster sagt nein“ in den Wahlkampf gezogen.

Nein sagt auch die Sinn Fein, politische Mutter der IRA-Terroristen. Jedoch im Gegensatz zu den Protestan-

ten wirft die katholische Sinn Fein der Regierung in Dublin vor, Nordirland im Stich gelassen zu haben, weil der Hillsborough-Vertrag nicht die Wiedervereinigung Irlands zum obersten Gebot hat.

Die einzige der wichtigen Parteien, die im anglo-irischen Abkommen eine Möglichkeit sieht, den in den vergangenen 16 Jahren aufgebauten Haß abzubauen und den Terrorismus effektiv auf beiden Seiten der Grenze zu bekämpfen, ist die SDLP. Sie ist bisher in Westminster ebenso wie die Sinn Fein mit nur einem Abgeordneten vertreten.

Gemeinsame Kandidaten

Bei den Protestanten einigten sich die beiden Unionsparteien auf gemeinsame Kandidaten; dagegen lehnt die SDLP eine Kooperation mit Sinn Fein ab, solange sich diese nicht eindeutig vom Terrorismus distanziert. Um der Wahl jedoch den von Unionisten gewünschten Referendumscharakter zu nehmen, beschloss SDLP und Sinn Fein, nur in jenen vier Wahlkreisen Gegenkandidaten aufzustellen, wo sie Aussichten haben, eine Mehrheit zu erzielen.

Die besten Möglichkeiten hierfür bestehen in dem Grenzbezirk Newry and Armagh, dem vom Terrorismus am meisten gebeutelten. Hier erhielt die Unionist James Nicholson 1983 lediglich ein Übergewicht von rund 1500 Stimmen. In der Bevölkerung hieß dies allerdings eine „nationalistische Mehrheit“, jedoch bisher auf SDLP und Sinn Fein verteilt.

Damit die Unionisten dennoch zu ihrem Referendum kommen, sehen sie sich gezwungen, in vier Wahlkreisen mit überhaupt keinem Gegenkandidaten anzutreten.

Auch wenn die Unionisten ein oder zwei Mandate verlieren sollten, ist für sie am wichtigsten, Frau Thatcher zu zeigen, daß eine bedeutende Mehrheit Ulsters gegen das Abkommen ist. Die SDLP muß – indem sie der Sinn Fein einen bedeutenden Teil ihrer früheren Stimmen abnimmt – beweisen, daß ein Großteil der katholischen Bevölkerung der Provinz gegen Gewalt und für eine friedliche Lösung des Nordirland-Konflikts ist. London läßt sich nicht beeindrucken: Wie immer die Wahl ausfällt, das Hillsborough-Abkommen bleibt.

Am Ende hoffte Marxist Tierno Galvan auf Gott

ROLF GÖRTZ, Madrid

Zehntausende von Madrider Bürgern sowie Politiker aller Parteien nahmen am Montag Abschied von dem im Rathaus der Hauptstadt aufgebahrten Bürgermeister, Professor Tierno Galvan, einem der wichtigsten Politiker des Überganges, Schöpfer der Präambel der spanischen Verfassung. Im intellektuellen Widerspruch zu den politischen Dogmen seiner Zeit verkörperte der „alte Professor“, wie der 67jährige schon seit zwanzig Jahren genannt wird, jenen Typ von Politiker, der, aus dem 19. Jahrhundert stammend, nur noch in Spanien überlebte.

Als Bürgermeister 1979 zum ersten Mal von einer sozialistischen Partei gewählt, deren Führung den ungewohnten Ehrenpräsidenten loswerden wollte, hielt er stets Überraschungen bereit. Der Agnostiker empfing den Papst in wohlgesetzter lateinischer Rede. Vor der österreichisch-deutschen Kolonie hielt er ein Extempore über den „Mann ohne Eigenschaften“ zum 100. Geburtstag Robert Musils. Und seine engsten Freunde staunten, als er, der seriöse Schöpfer der „ersten pornographischen Woche“ Madrids, mit einer halbnackten afrikanischen Schönheitskönigin in einem Madrider Nachtclub Samba tanzte.

Nach dem Bürgerkrieg, an dem der Student auf der republikanischen Seite teilnahm, begann 1948 seine akademische Karriere als ordentlicher Professor für politische Wissenschaften – zuletzt in Madrid, wo er unter anderem eine Generation von Diplomaten der Franco-Ära vor allem im Marxismus unterrichtete. Weil er sich an mehreren oppositionellen Gründungen beteiligte, verlor er schließlich seinen Lehrstuhl und lehrte vorübergehend in den USA.

Nach einer Krebsoperation vor einem Jahr wußte er, daß er in Kürze sterben müsse. Der Agnostiker, der sich nach seiner Überführung ins Krankenhaus vor einer Woche jede „unwürdige Verlängerung des Lebens“ durch Intensivbehandlungen verbat, wandte sich zuletzt wieder mehr dem Glauben und auch der Kirche zu: „Gott hat noch nie einen guten Marxist verlassen.“ Er bedankte sich bei den Gläubigen für ihre Gebete. So werden in diesen Tagen in Madrider Kirchen Gottesdienste für einen Agnostiker abgehalten.

Kirchenbrände in Polen

JGG, Köln

„Unbekannte Täter“ haben im nordostpolnischen Bezirk Białystok Gotteshäuser der ukrainisch-katholischen Kirche in Brand gesteckt, die unter Denkmalschutz stehen. Wie die Pariser „Kultura“ berichtet, brannte nach der Kirche in Czozy jetzt die Kirche in Jacno bis auf die Grundmauern nieder. In Kirchenkreisen wird ein Zusammenhang mit der Renaissance der ukrainisch-katholischen Kirche sowohl in Polen als auch in der benachbarten Sowjetunion gesehen. In der UdSSR, wo die Kirche offiziell seit 1945 der orthodoxen Kirche einverleibt ist, lebt sie im Untergrund weiter. Wie das New Yorker Bulletin „Free Poland“ berichtet, ist in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der heimlich geweihten Bischöfe von drei auf zehn gestiegen.

Delors sprach mit Außenminister Abe

AP, Tokio

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, ist in Tokio mit dem japanischen Außenminister Shintaro Abe zusammengetroffen. Beide Politiker sprachen sich für die Fortführung der jährlich stattfindenden Gespräche zwischen den Staaten der EG und Japan aus. Die Konsultationen sollen wegen der andauernden Spannungen im Handel noch verstärkt werden. Beide Politiker hätten die gemeinsame Verantwortung der großen Industrieländer angesichts solcher Probleme wie der Verschuldung und der Entwicklung der Ölpreise betont, hieß es. Nach Angaben des japanischen Außenministeriums erörterten Abe und Delors die Aussichten für das Gipfelfreffen der sieben größten Industriestaaten, das vom 4. bis 6. Mai in Japan stattfinden wird.

Prozeß gegen Wahl-Boykotteure

DW, Warschau

Gegen Polens führenden Astrophysiker, Professor Jan Hanasz, und drei seiner Mitarbeiter ist gestern in der Stadt Thorn der Prozeß eröffnet worden. Die Wissenschaftler werden von der Staatsanwaltschaft beschuldigt, eine Sendung des staatlichen polnischen Fernsehens unterbrochen und die Zuschauer aufgerufen zu haben, die Parlamentswahlen vom vergangenen Herbst zu boykottieren. Im Fall eines Schuldspruchs können die vier Angeklagten zu Strafen von bis zu drei Jahren Haft verurteilt werden. Professor Hanasz und seine drei Assistenten waren im vergangenen September in Thorn verhaftet worden. Die Wahlbeteiligung wurde offiziell mit 78,8 Prozent angegeben; die verbundene Gewerkschaft „Solidarność“ meinte dagegen, es seien bestenfalls 66 Prozent gewesen.

Annäherung am Horn von Afrika?

Italien vermittelt ein Treffen der verfeindeten Staatschefs von Äthiopien und Somalia

ACHIM REMDE, Bonn

Mitte Januar haben sich an der Geneküste Südjiemens, im kleinen, mit Frankreich verbündeten Dschibuti, die Staatschefs von Äthiopien, Somalia, Sudan, Kenia und Uganda getroffen, um gemeinsam über eine Strategie zur Bekämpfung der Dürre zu beraten, die, besonders in Äthiopien, mit zu der spektakulären Hungersnot geführt hatte.

Die Konferenz endete mit der Gründung einer gemeinsamen Organisation – „Inter-Governmental Authority for Drought and Development“ (IGADD), die entsprechende Maßnahmen entwickeln und verwirklichen soll. Sie ist als ostafrikanisches Pendant zu der bereits vor zehn Jahren von den Sahel-Staaten gegründeten CILS (Comité intergouvernemental pour la lutte contre la Sécheresse) anzusehen. Diese hat sich allerdings nie durch irgendwelche Aktivitäten hervorgeraten.

Da die Zukunft der IGADD Ehn-

lich verlaufen dürfte, wäre das Treffen von Dschibuti nicht der Rede wert, wenn es dabei nicht zum ersten Mal seit März 1977 zu einer Begegnung der Präsidenten von Äthiopien, Mengistu Haile Mariam, und Somalia, Siyyad Barre, gekommen wäre. Wegen eines Streiks um die gemeinsame Grenze in der Ogaden-Region sind Somalia und Äthiopien im Kriegszustand. Durch ihre Lage am Horn von Afrika – Kontrolle über die Zufahrt zum Roten Meer und damit zum Suez-Kanal – sind beide Länder als Verbündete für die Supermächte von hohem strategischem Interesse. Solange Äthiopien unter Kaiser Haile Selassie fest im westlichen Lager stand, war Somalia Verbündeter der Sowjetunion. Nach dem Sturz des Kaisers unterstützte die Sowjetunion die äthiopische Revolutionsregierung im Kampf um den Ogaden. Barre brach mit der Sowjetunion, die USA wurden die neuen Verbündeten.

Mit diesem spektakulären Wechsel

der Fronten scheint, außer vielleicht den Sowjets, keiner der Beteiligten so richtig glücklich geworden zu sein. Die Somalis behaupten, der Westen lasse sie verkommen und fordern ständig mehr Entwicklungshilfe und militärische Unterstützung gegen Äthiopien. Die äthiopische Elite, über Generationen westlich gebildet, kann sich mit einem kommunistischen System nicht anfreunden. Mengistus Revolutionsregierung muß erleben, daß die Hilfe für Dürreopfer fast nur aus dem Westen kommt, während der Ostblock auf Bezahlung von Waffenlieferungen besteht.

Vor diesem Hintergrund kann die politische Brisanz des Treffens, das auf Vermittlung der ehemaligen Kolonialmacht Italien zurückgeht, kaum hoch genug eingeschätzt werden. Aus Kreisen westlicher Diplomaten in Addis Abeba verlautet, daß Mengistu gegen den Willen der Sowjets teilgenommen hat.

In Belgrad ein Kiosk für Dissidenten

CARL G. STRÖHM, Belgrad

Jugoslawien hat eine Besonderheit aufzuweisen, die es in keinem anderen kommunistischen Lande gibt: einen öffentlichen Kiosk für oppositionelle und regimiekritische Zeitschriften und Literatur – und das mitten im Zentrum von Belgrad, an der Hauptstraße Terazije.

Der Kiosk befindet sich – auf halbem Wege zwischen dem Hotel Moskwa und dem Hochhaus Albanien. Auf dem Verkaufstisch und in seinem Inneren stapeln sich Publikationen, die sonst nicht leicht zu haben sind: rebellische Studentenzeitschriften, Broschüren über Streiks, eine Schrift gegen die in Jugoslawien praktizierte Todesstrafe, aber auch das Magazin „Theoria“, Organ der philosophischen Gesellschaft Serbiens, mit zahlreichen Beiträgen aus der Feder von Philosophen der „Praxis“-Gruppe – Professoren, die allesamt von der regierenden KP gemaßregelt oder ausgeschlossen worden sind.

Besondere „Leckerbissen“

„Kämpfe“ steht als Aufforderung auf einer Papptafel. Darunter hat der Kiosk-Verkäufer in ungelinker Handschrift auf besondere oppositionelle „Leckerbissen“ hingewiesen: „Lesen Sie die Antwort von Dobrica Cosic!“ (Hier geht es um eine Auseinandersetzung des oppositionellen Belgrader Schriftstellers mit der Parteiführung der Republik Kroatien.) Auf der „Hitliste“ steht hier zweifelslos die Belgrader Literaturzeitung

„Knjizevne Novine“ – ein Blatt, dessen Chefredakteure immer wieder ge-
feuert werden, manchmal mitsamt der ganzen Redaktion –, das aber auf geheimnisvolle Weise stets erneut zu seiner kritischen Linie zurückfindet.

In der 700. Jubiläumsausgabe geht der Zagreber Philosoph Milan Kangrga auf die Parteibürokraten los: „Diese Verteidiger sind nicht im mindesten über die katastrophalen wirtschaftspolitischen und ideologischen Zustände im Lande oder über diese allumfassende tiefe Krise besorgt, in die wir geraten sind. Die kümmern sich nur um die Verteidigung des Systems. Es geht also nicht um den Menschen, sondern um die Erhaltung des Systems, in dem einige gut prosperieren!“

Kangrga spricht in seinem Beitrag von dem „durch und durch bürokratisierten System“ Jugoslawiens. Dieses System bezeichne sich selber als „Selbstverwaltungs-Sozialismus“ – und das wiederum treibe die Jugend in die Opposition, in den Nationalismus, in die Konterrevolution. Der Ausweg liege, wie der Professor formuliert, in einer „radikalen Veränderung der bestehenden bürokratischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse“.

Solche Thesen haben dem streitbaren Professor und der Belgrader Literaturzeitung von seiten der kommunistischen Parteipublizistik den Vorwurf eingetragen, daß unser einziger Ausweg in produktiver Arbeit besteht, verlangt man von den besten Arbeitern den Nachweis der politischen Zuverlässigkeit!

Die Antwort Kangrgas in einem Le-

serbrief an die Parteizeitung „Vjesnik“ in Zagreb: Es sei absurd, daß der Vorwurf der Machtmißbräuchlichkeit ausgerechnet von Leuten erhoben werde, die schon selber seit 40 Jahren regierten und ihre Macht mit niemandem teilen wollten.

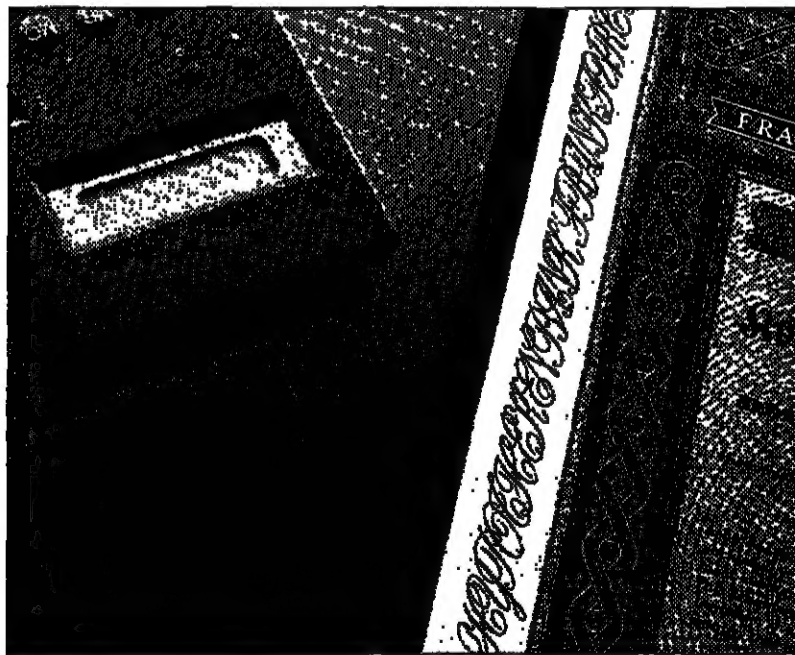
Wo die Literaturzeitung die Probleme intellektuell anpackt, führen die jugoslawischen Studentenzeitschriften, die hier am Belgrader Kiosk verkauft werden, eine noch direktere Sprache. Schlagzeile der Jugendzeitschrift „Mladost“, Organ des offiziellen Jugendverbandes: „Wir könnten wie die Götter leben – aber wir sind ein sozialistisches Land!“

Politische Zuverlässigkeit

Die Belgrader Zeitschrift „Student“ formuliert in einem Sonderheft zum 40. Jahrestag der kommunistischen Parteijahrestage an der Universität:

„In einer Situation, da das Land sich in einer solchen Krise befindet, da die Nationalisten emporsteigen wie die Pilze nach dem Regen, da wir anderthalb Millionen Arbeitslose haben – und ein Schulsystem, das aus jungen Leuten Fachidioten macht, da Streiks in den Betrieben zu einer normalen Erscheinung des Alltags werden, da die Arbeiter von ihrem Lohn nicht einmal ihr existenzielles Minimum bestreiten können – in einer solchen Situation, da unser einziger Ausweg in produktiver Arbeit besteht, verlangt man von den besten Arbeitern den Nachweis der politischen Zuverlässigkeit!“

Wer bietet Ihrem Geld heute einen sicheren Arbeitsplatz?



Die Frankfurter.

Wir haben einen Arbeitsplatz für Ihr Geld, an dem es in Ruhe arbeiten und sehr gut verdienen kann. Das sind die Kommunalschuldverschreibungen der Frankfurter Hypothekenbank. Wenn Sie unsere Kommunalschuldverschreibungen kaufen, dann können Sie Ihr Geld buchstäblich wachsen sehen. Jahr für Jahr, mit festen Zinsen und hoher Rendite.

Das hängt damit zusammen, daß mit Ihrem Geld auch lauter langfristige Investitionen finanziert werden. Projekte, die im Interesse aller Bürger liegen: Energieversorgung, öffentliche Verkehrsmittel, Umwelt. Hinter all diesen Investitionen steht die Finanzkraft des Bundes, der Länder und der kommunalen Institutionen.

Die Frankfurter Hypothekenbank gilt als eine der ersten Adressen auf diesem Gebiet. Unsere Kommunalschuldverschreibungen gehören genau wie unsere Pfandbriefe zum festen Bestand in den Wertpapierdepots der professionellen Anleger.

Fragen Sie Ihren Anlageberater bei Ihrem Geldinstitut nach Kommunalschuldverschreibungen der Frankfurter Hypothekenbank. Frankfurter Hypothekenbank, Junghofstraße 5-7, 6000 Frankfurt am Main.

Frankfurter Hypothekenbank
Aktiengesellschaft

Das aktuelle Fachbuch

Wenn der Tod aus der Erde kommt

In jeder Minute ereignen sich weltweit 14 Erdbeben, über 800 pro Stunde, mehr als 20 000 am Tag. Sieben Millionen Mal im Jahr bebzt die Erde. Eine Zone ist besonders betroffen: Der Pazifische Ozean, von den Aleuten im Norden bis Feuerland im Süden, ist von einem schmalen Band intensiver Erdbeben- und Vulkantätigkeit umgeben. Dieses Band - „The Ring of Fire“ genannt - enthält etwa 75 Prozent aller aktiven Vulkane der Welt und ist der Schauplatz der verheerendsten Erdbeben und Vulkanausbrüche in der Geschichte. Auch die jüngsten Katastrophen in Mexiko und Columbia liegen geographisch exakt auf dieser schmalen Zone.

Die Zeitschrift „Science“ hat einmal unsere Zeit das „goldene Zeitalter des Geowissenschaftlers“ genannt. Geologie, eine Wissenschaft, die ganz zu unrecht als langweilig verschrien ist, hat für unsere Zukunft auf diesem Planeten eine größere Bedeutung als je zuvor. Wissenschaftsjournalist David Ritchie, der für die New York Times und die Washington Post schreibt, nimmt das zum Anlaß, in seinem Buch den verschiedenen Theorien über die Entstehung von Beben nachzugehen, die von den Geologen in den letzten hundert Jahren entwickelt wurden. In reportagehaften Szenarien beschreibt er, welche Gefahren einer hochzivilisierten Massengesellschaft drohen, wenn ein Beben über sie hereinbricht, ihre Infrastruktur zerstört, den raffinierten Notplan zunichte macht.

Der Autor entwirft ein fiktives Bild der Stadt San Francisco, der ein vernichtendes Beben prognostiziert wird, und stellt die Frage, ob die Menschen nicht besser beraten wären, wenn kein Alarm gegeben würde. Zitat: „Das Wort Erdbeben übt in Kalifornien etwa die gleiche Wirkung aus wie der Ruf Hale an einem dicht bevölkerten Badestrand“.

D.T.
„Wenn stürzt San Francisco?“ Vulkane - Erdbeben - Flutwellen, von David Ritchie, 232 Seiten, 16 Abb., Ernst Kabel Verlag, Hamburg, DM 29,80; ISBN 3-921909-29-5.

Auch Queen Elizabeth bekommt mehr Schub

Mit ihren Projekten für das „Schiff der Zukunft“ weist die deutsche Meerestechnik eine erfolgreiche Bilanz auf.

Von DIETER THIERBACH

Anstelle vieler kleiner Schritte hat man sich bemüht, alles in einem großen Verbundprojekt zusammenzufassen. In der Tat: Das „Schiff der Zukunft“ (Kurzbezeichnung „SdZ“) wurde in den letzten Jahren in der deutschen Schiffbauindustrie zum Begriff, im positiven wie im negativen Sinne. Dr. Werner Menden, Ministerialdirektor im Bonner Ministerium für Forschung und Technologie (BMFT) zog gestern Bilanz: „Mit diesem Projekt ist in jedem Fall die eher konservative Innovationsbereitschaft der Reeder gefördert worden.“

Kritiker werfen dem BMFT vor, daß nur Einzelkenntnisse - je nach Interessenlage von Reedern und Schiffbauern - beim Neubau verwendet wurden. Ein Prototyp-Schiff, in dem alle Teilvorhaben verwirklicht wurden, gibt es bis heute nicht. Gewerkschaften geben zu bedenken, ob bei so viel gebellter Technik letztlich nicht die Menschen zu kurz kommen, die auf diesen Schiffen arbeiten sollen. „Insgesamt kann man hinsichtlich der wissenschaftlich-technischen Kapazität auf den verschiedenen Sektoren der Meerestechnik in unserem Land durchaus eine solide Grundlage für zukünftige Aktivitäten sehen“, meinte Minister Heinz Riesenhuber.

Ende 1985 befanden sich zwei Containerschiffe in Fahrt, die als „eingeschränkte“ SdZ-Prototypen gelten müssen; Erkenntnisse aus 31 Teilvorhaben sind hier berücksichtigt. Bei ca. sieben Prozent höheren Baukosten für SdZ-Version als für herkömmliche Schiffe sind bei der Kierl Howaldtswerke-Deutsche Werft bereits vier weitere Containerschiffe mit einem Gesamtauftragswert von über 400 Millionen DM im Bau, um mit ausgesuchten „Schiff der Zukunft“-Techniken bestückt zu werden.

Lizenzvergabe ins Ausland

Ziel der 1980 begonnenen und im vergangenen Jahr abgeschlossenen Entwicklung war eine neue Schiffsbetriebstechnik, die sicherer im Betrieb, wartungsgünstiger, sparsamer im Energieverbrauch ist und das Fahren mit weniger Besatzung ermöglichen sollte. An der technischen Entwicklung des Mammutprojektes mit immerhin 51 Gesamtvorhaben beteiligten sich drei Werften, 13 Unternehmen der Schiffbau-Zulieferindustrie,

zwei Reedereien, drei Ingenieurbüros und vier Hochschulen.

Ihre Wirtschaftlichkeit verdanken die Neubauten in erster Linie einer schon in den 60er Jahren erfundenen Spezialität des Hamburgers E. A. Nönnecke: Ein sog. asymmetrisches Hinterschiff verändert die Strömungsverhältnisse so vorteilhaft, daß sie bei gleicher Schiffsgeschwindigkeit zu Leistungseinsparungen bis zu zehn Prozent führen. 38 asymmetrische „Hinterterle“ wurden schon gebaut, zehn davon im Ausland. Auch die patentrechtliche Vermarktung zeigt Erfolge: Bis November '85 waren 40 Lizenzen an deutsche und ausländische Werften, vornehmlich für Container- und Mehrweckschiffe vergeben.

Eine zweite Erfindung, ebenfalls aus den 60er Jahren, nutzt die Energie im Abgasstrom von Schiffspiegeln zur Erzeugung zusätzlichen Schubes für den Schiffsvortrieb. Nach ihrem Erfinder, Grim'sches Leitrad genannt, können bei gleicher Schiffsgeschwindigkeit Leistungseinsparungen von mehr als zehn Prozent erzielt werden.

Berücksichtigt man, daß die Kraftstoffkosten mit einem Anteil von immerhin ca. 50 Prozent der gesamten Schiffsbetriebskosten zu Buche schlagen, verbessert die Entwicklung des Transportsystems um ca. fünf Prozent. Unterlizenzennehmer in Japan, Holland und England bestücken ihre Schiffe mit dem Energiespa-

rer. 47 Leitäder sind bei Neubauten und Nachrüstungen existierender Schiffe - davon vier im Ausland - im Einsatz. Auch die „Queen Elizabeth 2“ soll demnächst umgerüstet werden.

Die Kommandobrücke alter Prägung hat im „Schiff der Zukunft“ endgültig ausgedient. Bei einem „Ein-Mann-Fahrplatz“ liegen alle Geräte und Instrumente zur sicheren Handhabung und Kontrolle der Schiffsführung im unmittelbaren Greif- und Sichtbereich.

Seekarte aus dem Rechner

Wo Kapitän, Wachoffizier, Lotsen und Rudergänger früher sich gegenseitig behinderten, hat jetzt ein einziger Mann in der „Schiffsführungszentrale“ alle Fäden in der Hand.

Veränderte und teilweise völlig neue Gerätekonstruktionen sind bereits in Betrieb: Ein digitales, hochauflösendes Radar mit Bildspeicherung der Bremer Krupp Atlas-Elektronik läßt erstmals eine Betrachtung auch bei Tageslicht zu. Ein Navigationsdisplay zur Standortbestimmung des Schiffes ist nachgeschaltet: Was der Wachoffizier früher noch mit Kopfarbeit und Bleistift machte, wird jetzt auf der weichen Meter entfernten Seekarte markiert. Und auch die ist digital gespeichert. Bis zu 130 Seekarten haben im Rechner Platz, bis zu 40 Navigationslinien können vorgegeben werden.

260 moderne Radargeräte (Serien-

preis: ca. 150 000 DM) sind auf Schiffen im In- und Ausland in Betrieb. Ein von der gleichen Firma entwickeltes Bahnregelsystem entlastet - als eine Art Autopilot - das Brückenpersonal durch automatisches Navigieren bei sog. Revier- und Manöverfahrten. Die nötigen Befehle für die Rudermaschine, Querstrahlruder und Maschinendrehzahl werden per Computer ausgeführt und steuern das Schiff auf der gewünschten Bahn.

Neu gestaltet ist das gesamte Sicherheits- und Rettungssystem. Eine zuverlässige Rettungseinheit steht mit dem „Schiffrettungsstellion“ zur Verfügung. Die Stahlkonstruktion der Rendsburger Werft Nobiskrug wird im Notfall von der Schiffbesatzung bestiegen und über eine Rutsche am Heck des Schiffes im freien Fall zu Wasser gelassen. Bei Schiffneubauten wird heute fast ausnahmslos eine Kunststoffversion verwendet.

50 dieser U-Boot-ähnlichen Schwimmkörper sind bisher zum Stückpreis von ca. 70 000 DM (einschließlich Ablaufbahn) gebaut und einsatzbereit. Bei Schiffsuntergang schwimmt der Satellit selbstständig auf. In ihm ist eine tragbare Rettungsboot-Funkstation eingebaut. Durch Automatisierung aller Funktionen werden sämtliche Seemotorenfrequenzen, ein Peilsender für beide Flugfunk-Notfrequenzen wird ebenfalls automatisch aktiviert. Die Serienfertigung wird in diesem Jahr aufgenommen.



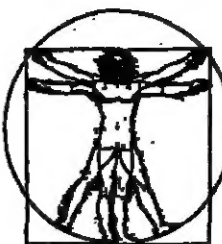
Auf dem Forschungsschiff „Schiff der Zukunft“ werden moderne Navigationssysteme erprobt. Auf Schiffskommandobrücken zeichnet sich eine ähnliche Tendenz wie im Flugzeug-Cockpit ab: Weggebende Automation führt zu einer drastischen Personalverringering.

FOTO: KAE

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Pränatale Diagnose

Marburg (wn.) - Eine neue Methode zur vorgeburtlichen Diagnostik von genetischen Defekten soll an der Universität Marburg untersucht und erprobt werden. Die sogenannte Chorionbiopsie wird zwischen der 9. und 11. Schwangerschaftswoche vorgenommen. Dabei werden die Zotten untersucht, die von der Außenhülle des Embryos (Chorion) in das Gebärmuttergewebe eindringen. Auf diese Weise



kann bei Schwangerschaften, bei denen ein erhöhtes Risiko für einen genetischen Defekt besteht, schneller und sicherer eine Diagnose gestellt werden als mit der bisher üblichen Fruchtwasseruntersuchung, die oft erst in der 21. Woche abgeschlossen werden kann.

Borkenkäfer in der Falle

Bonn (dpa) - Über zehn Millionen Borkenkäfer gingen im vergangenen Jahr in die 13 000 Fallen, die in den rheinischen Wäldern mit Duftstoffen die Holzschädlinge anlockten. Bei dem regnerisch-kalten Sommer hätte das Fangergebnis eigentlich niedriger sein müssen, meinten Forstexperten. Dies lasse nur den Schluß zu, so der Rheinische Landwirtschaftsverband am Wochenende, daß es in den geschädigten Wäldern immer noch übermäßig viele dieser Schädlinge gebe.

Auerwild im Odenwald

Frankfurt (gur.) - Der hessische Landwirtschaftsminister Willi Görlach will das ausgestorbene Auerwild im Odenwald wieder heimisch machen. Er hat die Forstämter im südlichen Teil der Region, die bis vor zehn Jahren noch eines der Verbreitungsgebiete der in der Bundesrepublik seltenen Raubfischfänger war, angewiesen, entsprechende Bedingungen zu schaffen. Raubwild (wie der Fuchs) sowie wildernde Hunde und Katzen sollen ver-

stärkt bejagt, Waldbesucher sollen ferngehalten werden. Auch die Waldbewirtschaftung soll auf das Wiedereingliederungsprogramm hin orientiert werden. Dennoch wird es mindestens 10 Jahre dauern, bis sich die neuzugewandenen Bestände stabilisiert haben werden.

Malaria-Impfstoff

New York (Kil.) - Einen Impfstoff gegen die gefährlichste Tropenkrankheit, die Malaria, wollen Forscher der New Yorker Universität und der Schweizer Firma Hoffmann-La Roche in einem gemeinsamen Projekt entwickeln. Die Wissenschaftler sind dabei, bestimmte Moleküle in der Außenhülle von verschiedenen Entwicklungsstadien des Malariaerregers Plasmodium zu isolieren und zu charakterisieren. Diese Antigene sollen in einen kombinierten Impfstoff eingebaut werden. Erste klinische Prüfungen mit einem vorläufigen Impfstoff sollen schon in diesem Frühjahr beginnen.

EARN wächst weiter

Bonn (wat) - Mehrere türkische Universitäten und Forschungsinstitute werden mit dem Datenverbundnetz der europäischen Universitäten, dem „European Academic and Research Network“ (EARN) verbunden. Es handelt sich um die Universitäten von Istanbul, Adana, Eskişehir und Ankara. Gemeinsamer Knotenpunkt wird das Datenverarbeitungszentrum der Ägäis-Universität in Izmir sein. EARN umfaßt damit weltweit inzwischen 19 Länder und 1178 Institute.

Kinder malen Kometen

Paris (esa) - Die Europäische Weltraumorganisation ESA hat einen Malwettbewerb für Kinder unter 10 Jahren ausgeschrieben. Sie sollen ihre Vorstellung von der Begegnung der Raumsonde „Giotto“ mit dem Kometen Halley in einem Bild (DIN A4) darstellen. Kinder haben, so die ESA, die Chance, Halley bei seiner nächsten Wiederkehr im Jahr 2061 noch einmal zu sehen. Giotto wird sich im März dem Kometen bis auf 500 Kilometer nähern. Die Preisgewinner werden von der ESA nach Paris eingeladen. (Einsendungen an: ESA, Press Section, 8-10 Rue Mario Nikis, 75738 Paris Cedex 15, Frankreich).

3,2 Millionen internationale Geschäftsreisende können nicht irren.

Club, Super Club, First Class, Concorde.

BRITISH AIRWAYS
Die Airline

STANDPUNKT

Siegen oder ausfallen

Die Tore - eng wie ein Nadelöhr. Der Schnee - nur noch eine pappige Masse. Die Ausfallquote - hoch. Girardelli (Weltcup-Sieger 1985), der Schwede Nilsson (Weltmeister 1985), der Jugoslawe Petrovic (Sieger von Sestriere und Kranjska Gora), dessen Landsmann Krizan (Vize-Weltmeister 1982), der Italiener Edalino (Gewinner des Parallel-Slaloms von Wien), der schwedische Junioren-Weltmeister Walner (Sieger von Berchtesgaden) und ebenso der Deutsche Florian Beck (Sieger von Bad Wiessee).

Eine Liste, die sich wie „Who is who“ des Slalom-Sports liest. „Und das ist durchaus normal so“, sagt Florian Beck, „denn gefahren wird mit vollem Risiko: Entweder Ausfallen oder Siegen.“ So hält es jeder Läufer, auch der Liechtensteiner Spezialist Paul Frommelt. In Kitzbühel gewann er, was ihm zuvor fünf Jahre lang nicht gelungen war. Slalom-Arztmetik.

Beck sagt: „Es entscheiden höchstens zwei Zehntelsekunden über Sieg und Niederlage.“ Und der Abstand zwischen zehn Läufern beträgt oft nur eine Sekunde. Wer nur um Millimeter die Ideallinie zwischen den Kippstangen verläßt, hat schon verloren, gaviert. Gleich zwei perfekte Läufe an einem Tag schaffen in diesem Winter trotz aller anderen Sieger denn auch nur Petrovic (in Kranjska Gora) und Nilsson (in Sestriere). Ansonsten aber gilt: Fehlens.

„Siegen“, sagt Beck, „kann man in dieser Disziplin nämlich nur noch aus dem Unterbewußtsein heraus. Aber dafür braucht man Sicherheit, was eben Selbstvertrauen schafft. Dann kann man auch die Kippstangen traumwandlersicher in direkter Linie anfahren, um sie nur noch zur Seite zu boxen.“

Doch der Mut zur Fall-Linie, ohne dabei zu Fall zu kommen, stellt sich meist nur ein, wenn der Läufer auch in Hochform ist. Der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli, eigentlich ein Slalomspezialist von hohen Graden, ist es in diesem Winter nicht. Er hat zuviel für die Abfahrt geübt. Nun fehlt ihm die Sicherheit für den Slalom und damit der Mut zum Lotteriespiel zwischen den Kippstangen.

Wenn man ein Tor nicht voll erwischt, kommt es meist zu einer negativen Kettenreaktion. Dann braucht man wie aus einem schönen Traum auf, sagt Beck. Und das passiert ziemlich unsanft, denn die Wirklichkeit heißt dann: Sturz und Niederlage. KLAUS BLUME

TENNIS / Nach dem verlorenen Masters-Finale in New York mußte sich Boris Becker diesmal Kritik von seinem Trainer Günter Bosch gefallen lassen



Recht unsanft landete Boris Becker (Foto links) in einem Blumenbeet. Bei diesem Sturz zog er sich eine Fleischwunde über dem Knie zu (Foto mitte). Mit Eisbeuteln versucht er die Wunde zu kühlen (Foto rechts). Die drei Zeitmometer lange Kibrende wurde später in der Umkleekabine gekommt. Sein Trainer Günter Bosch: „Er muß sein Knie zwei Tage steifhalten.“ Sein Manager Ion Thirc: „Dovos wird er nicht sterben.“ Ernsthaft behindert hat die Verletzung den Wimbledonssieger nicht. Becker: „Danach habe ich drei Spiele hintereinander gewonnen. Lendl spielte möglicherweise nachlässig, weil er dachte, das Spiel sei schon zu Ende.“ Boris Becker flog nach dem Finale noch Monte Carlo, wo er sich 14 Tage lang erholen wird. FOTOS: DPA (2), AP

„Den Hintern versohlt“

sid/dpa, Düsseldorf Die internationale Presse ist sich nach dem 16. Finale des Tennis-Masters-Turniers weitgehend einig. Sie ist voll des Lobes für den klaren Sieger Ivan Lendl und zollt dem Verlierer Boris Becker Anerkennung für dessen tapferen Kampfeinst. Der allgemeine Tenor: Becker war noch nicht reif genug für einen Sieg gegen Lendl, der überall und uneingeschränkt als Nummer eins im Welttennis akzeptiert wird. Die New York Times drückt das so aus: „An einem Tag, an dem der aufstrebende Star des Tennis (Boris Becker) hoffte, Ivan Lendl zu zeigen, daß er auf seinem ersten Welttrangistenplatz auf wackliger Position steht, erhielt er den Hintern versohlt (he was given a spanking) und wurde auf den ihm zustehenden Platz verwiesen, der um einiges hinter Lendl ist.“

Liberation (Paris): „Madison war für Becker - das Tennis aber für Lendl. Meister Lendl schickte Becker auf das Übungsfeld zurück.“

Le Figaro (Paris): „Boris Becker muß sich noch etwas gedulden, bevor er die Nummer eins der Welt sein wird. Doch seine Fortschritte versprechen eine noch stärkere und spektakulärere Rivalität für 1986.“

Times (London): „Es war kein großes Match, lange nicht so gut wie das Duell der beiden im November in Wembley.“

Mirror (London): „Das war der Tag, an dem der Traum eines Jungen starb und durch einen lebenden Alptraum ersetzt wurde.“

Il Giornale (Mailand): „König Ivan zerstörte die heftigen, ungestümen Angriffe Beckers in kalblütiger Ruhe.“

Tagesspiegel (Zürich): „Becker ist, selbst wenn er verliert, einer der spektakulärsten Tennisspieler.“

L'Equipe (Paris): „Ivan Lendl ist der wahre Meister der letzten Saison. Nur mit seinem Enthusiasmus konnte Becker gegen ihn nichts ausrichten.“

* Bei den deutschen Fernsehschauern war Boris Becker am Sonntag der große Sieger. Die Live-Übertragung aus New York erzielte mit 18,54 Millionen Zuschauern (45 Prozent) die höchste Einschaltquote des Tages. Den einstigen Kino-Hit „Der weiße Hai“ sahen nur 17,46 Millionen (41 Prozent) Zuschauer.

Lendl: „Boris wird lernen müssen zu warten“

H.-J. POHMANN, New York Sekunden, nachdem er Ivan Lendl die Hand zur Gratulation gegeben hatte, mußte Boris Becker nach langer Zeit das bittere Gefühl der Niederlage ertragen. Da hockte er auf seinem Stuhlchen am Platzrand, kein Mensch um ihn herum, während der ansonsten ungeliebte Ivan Lendl im Mittelpunkt stand und vor die Fernsehkameras gezzert wurde.

„Ich bin unheimlich sauer, wenn ich mal verliere, aber das legt sich schnell.“ Immerhin hatte Becker dann gut drei Minuten Zeit, sich Gedanken über sein Spiel zu machen. Und darüber, daß „Ivan Lendl die wirkliche Nummer eins in der Welt ist“. Dann machte sich jedoch wieder die Galerie bemerkbar, die schon während des zwei Stunden 20 Minuten dauernden Matches immer wieder lautstark den 18jährigen unterstützte. Mit Boris, Boris-Rufen wurde Becker Mut gemacht.

In seiner abschließenden, in Englisch gehaltenen Dankesrede vor 18 022 Zuschauern war er wieder derjenige, der wegen seiner unbekannten Schlagfertigkeit hier in New York so populär geworden ist. „Für mich war es toll, im Garden zu sein, ich habe ein ganz gutes Jahr gehabt, in dem ich einige Turniere gewonnen habe, wie zum Beispiel Wimbledon, und ich werde wieder hierher kommen.“

Das wird er mit Sicherheit, denn man muß kein Prophet sein um zu wissen, daß Becker am Masters in den nächsten Jahren regelmäßig teilnehmen wird. Allerdings wird Ivan Lendl nicht in jene Situation geraten, wie sie einst Björn Borg erlebt hat, wie sie heute John McEnroe zu überstehen hat. „Ich fühle mich zur Zeit körperlich und psychisch topfit, ich will mindestens bis zu meinem 30. Lebensjahr spielen“, so meinte Lendl in einem Fernsehinterview zu den Reportern.

Und wer sich den 1,88-m-Mann auf dem blauen Untergrund im Garden angesehen hat, nimmt ihm diese Äußerung mit Leichtigkeit ab. Das wird derjenige, der im Endspiel dominiert hat, der jederzeit in der Lage war, seinen Rhythmus zu ändern. Kein Wunder, denn zum sechsten Mal stand Lendl hintereinander im Finale des Masters im Madison Square Garden. Ein Vorteil, den auch der 25jährige erkannte. „Der Erwartungsdruck war für Becker in New York zu groß. Deshalb machte er viel zu viele Fehler, die ich bei ihm ansonsten nicht gewöhnt bin.“

In der Tat wirkte Becker zu Beginn des Finales wie gelähmt als er versuchte, vorsichtig von der Grundlinie aus zu agieren. Doch was ihm beim letzten Aufeinandertreffen mit Lendl in London besser gelang (damals unterlag er in fünf Sätzen), erwies sich in New York schnell als Trugschluß. Denn die Passivität des Deutschen nutzte der Welttrangistenstar fast brutal aus.

Erst im zweiten Satz änderte Becker seine Taktik, wurde offensiver und konnte damit Lendl überlegen. Er führte 5:2 und besaß bei 5:3 und bei eigenem Aufschlag die Möglichkeit, den Satz zu gewinnen. Mit „einem schrecklichen Spiel“ vergab Becker diese Chance und damit war eigentlich alles gelaufen. Denn fortan hatte Becker keine echte Möglichkeit mehr, im Gegenteil, es fiel auf, daß er sich wiederum häufig von den äußeren Begebenheiten ablenken ließ.

Da stimmte auf einmal die Bspannungshärte seiner Schläger nicht mehr, dann war es das Griffband, das nicht mehr richtig saß und zwischen durch ärgerte sich Becker immer einmal über das „elektronische Auge“, das häufig nicht nach seinem Wunsch vorstellungen funktionierte. Na und? Um Champion zu werden, muß er da durch. Dabei erscheinen all diese Reaktionen durchaus verständlich zu sein und zeigen auch die Unsicherheit, der er manchmal bei kritischen Phasen ausgesetzt ist. So kann es unter dem Strich nur von Vorteil sein, wenn Becker weiterhin zu Ruhe hat, den Lernprozess, den er noch lange nicht abgeschlossen hat, durchzuführen.

Was aber irgendwann einmal zum Nachteil umschlagen könnte, sind die unzähligen Versuche, mit spektakulären Hechtsprüngen zum Punkterfolg zu kommen. Natürlich ist es eine feine Sache, im Flug einen spektakulären Punkt zu gewinnen. Nur dürfen diese publikumswirksamen Aktionen nicht überhand nehmen, denn schnell kann es dazu kommen, bei unwichtigen und überflüssigen Bällen zu hechten.

Kritik mußte sich Becker wegen seines Verhaltens diesmal auch von seinem Trainer Günter Bosch gefallen lassen. Ungeschminkt hielt Bosch seinem Schützling vor: „Er nutzt seine Chancen nicht. Den zweiten Satz hätte er gewinnen müssen. Er läßt es manchmal an Einstellung und Konzentration fehlen. Es geht einfach nicht, mal so und mal so zu spielen, mal dieses und mal jenes zu probieren.“ Gearbeitet werden, so der Trainer, müsse vor allem an der Beständigkeit, „der sehr gute Durchschmitt wie bei Lendl fehlt noch, Boris braucht ein höheres Niveau, um zu seinen Gipfeln zu steigen. Bisher ist er allzu oft noch im Tal.“ Auch gehe es nicht mehr so weiter, äußere Umstände für eigene Fehler verantwortlich zu machen - wie im zweiten Satz die Schläger.

Das Talent Becker soll und muß also noch weiter reifen. Ivan Lendl gab ihm mit auf den Weg: „Ich habe gelernt zu warten, und Boris wird es auch lernen müssen.“

TENNIS

Kohde wird immer besser

sid, Worcester Claudia Kohde beginnt das Tennisjahr 1986 wie Boris Becker. Die 22 Jahre alte Saarbrückerin steht beim mit 250 000 Dollar dotierten Turnier in Worcester im US-Bundesstaat Massachusetts sogar in beiden Endspielen, nachdem sie vor einer Woche in Washington bereits das Einzel-Halbfinale und das Doppelfinale erreicht hatte.

In Worcester hatte die Welttrangisten-Fünfte trotz einer leichten Schulterverletzung und einer Erkältung in der Vorschlußrunde nach den üblichen Startschwierigkeiten letztlich keine Mühe beim 6:3, 6:4 über die an Nummer acht gesetzte Amerikanerin Kathy Rinaldi. Im Doppel bezwang sie mit ihrer tschechoslowakischen Partnerin Helena Sukova das routinierte US-Duo Nagelsen/Potter noch überlegen mit 6:1, 6:2.

„Es läuft im Moment hervorragend, ich treffe augenblicklich wirklich, was ich will“, freute sich Deutschlands Tennis-Lady Nummer eins, die sich anschließend erst einmal in einem 14tägigen Skiurlaub von den Turnier Strapazen der letzten Monate erholen will.

Endspielgegnerin ist in beiden Fällen die Welttrangisten-Erste Martina Navratilova. Die 29 Jahre alte Linkshänderin besiegte im zweiten Halbfinale Pam Shriver in nur 51 Minuten mit 6:1, 6:1 und stellte damit den Matchrekord gegen ihre Doppelpartnerin auf 24:3.

„Ich mußte irgendwie Lustiges machen, sonst wäre ich vom Platz gegangen“, sagte Pam Shriver anschließend. Zur Erheiterung der Zuschauer ging sie bei einem Rückstand von 1:5 und 0:4 zur Anzeigentafel und änderte den Spielstand auf 6:4, 5:4 zu ihren Gunsten. „Hoffentlich wirst Du jetzt endlich nervös“, rief sie zu ihrer Partnerin, die daraufhin in schallenden Gelächter ausbrach.

SKI ALPIN

Hächers Sieg im Weltcup

sid, Oberstaufen Traudi Hächer riß jubelnd die Arme in die Höhe und präsentierte mit einem strahlenden Lachen auf dem Gesicht der Fotografen-Meute ihre Skier. Die 23jährige aus Schleching freute sich wie eine Schneekönigin über ihren dritten Weltcup-Sieg. In 2:24,45 Minuten stoppte Traudi Hächer in Oberstaufen die Siegereisende der Schweizerin Vreni Schneider.

Hinter Traudi Hächer, am vergangenen Freitag Siegerin des Super-G von Puy St. Vincent, kamen Vreni Schneider (2:24,40), die nach dem ersten Lauf geführt hatte, dann aber einen schweren Fehler machte, und Olga Charvatova (CSSR/2:24,76) auf die Plätze zwei und drei. Zwei weitere Läuferinnen des Deutschen Ski-Verbandes (DSV), Maria Epple-Beck (Seeg) als Achte (2:25,91) und Regina Mösenlechner (Inzell) als 14. (2:27,74) sammelten Weltcup-Punkte.

Doch im Mittelpunkt des Interesses stand Traudi Hächer. „Ich kann es gar nicht fassen“, meinte sie nach dem ersten Riesenslalom-Weltcup-Sieg ihrer Laufbahn. Nachdem sie am Sonntag bei der Einfahrt zum Zielhang gestürzt war, mußte die Tochter von Hans Hächer, 1953 Deutscher Meister im Riesenslalom und in der Kombination, gestern mit der ungünstigen Startnummer zwei bei Neuschnee ins Rennen gehen und belegte nach dem ersten Durchgang Platz drei.

„Ich habe bestimmt keine Siegeschance, obwohl ich keinen Fehler gemacht habe. Die Piste wird jetzt immer schneller, je mehr Schnee aus der Spur gefahren wird“, befürchtete Traudi Hächer kurz vor dem zweiten Lauf. Nach ihrem Erfolg erhielten dann allerdings die Organisatoren von Oberstaufen ein verdienten Lob von der Siegerin: „Ich bin von der Piste begeistert. Alle führen unter gleichen Bedingungen.“

Sport in Zahlen...

TENNIS
16. Masters-Turnier in New York, Doppel, Finale: Edberg/Jerryd - Nyström/Wilander (alle Schweden) 6:1, 7:5. - Damenturnier in Worcester, Halbfinale: Kohde (Deutschland) - Bivard (USA) 6:3, 6:4. Navratilova - Shriver (beide USA) 6:1, 6:1. - Doppel: Kohde/Sukova (CSSR) - Nagelsen/Potter (USA) 6:1, 6:2.

BISSHOCKEY
Bundesliga, 31. Spieltag: Landshut - Düsseldorf 3:3, Köln - Rosenheim 2:2, Bayreuth - Schwenningen 3:4, Kaufbeuren - Isertal 7:7, Mannheim - Riecke 8:1.

RALLYE
54. Rallye Monte Carlo, erster Lauf zur Weltmeisterschaft. Stand nach zwei von vier Etappen und sechs von 36 Sonderprüfungen: 1. Toivonen/Cresto (Finnland/USA) Lancia Delta 1:59:49 Std., 2. Allen/Kivimäki (Finnland) Lancia Delta 1:55 Min. zur., 3. Röhr/Geistdörfer (Deutschland) Audi Sport Quattro 1:42.

GEWINNZAHLEN
5 aus 45: 5, 14, 30, 34, 41, 43, Zusatzspiel: 18. - Rennamtstett: Rennen A: 8, 15, 6. - Rennen B: 23, 29, 30. (Ohne Gewähr).

NACHRICHTEN

Bernhard Langer Elfter

Palm Desert (GAB) - Golf-Profi Bernhard Langer wurde bei der „Bob Hope Classic“ (fünf Runden auf vier Plätzen bei je Par 72) in Kalifornien Elfter. Für seine 70+70+66+68+68-342 Schläge kassierte er 13 800 Dollar. Sieger im Stechen auf dem ersten Extra-Loch wurde Danni Hammond (69+64+68+68+66) vor seinem US-Kollegen John Cook (68+67+65+69+66), die je 335 Schläge hatten.

Gregor Braun gab auf

La Paz (dpa) - Wegen zu starken Windes hat Radprofi Gregor Braun seinen Angriff auf den 10-km-Weitrekord des Italiens Francesco Moser abgebrochen. Nachdem er rund vier Kilometer auf dem 3600 m hoch gelegenen Velodrom in La Paz/Bolivien zurückgelegt hatte, gab er auf.

Schwere Vorwürfe

Sion (dpa) - Heftige Vorwürfe gegen den am vergangenen Dienstag bei einem Hubschrauberabsturz im afrikanischen Mali ums Leben gekommenen Chef der Rallye Paris-Dakar, den Franzosen Thierry Sabine, hat jetzt der Vater des ebenfalls dabei getöteten Schweizer Piloten Francois-Xavier Bagnoud (25) erhoben. Bruno Bagnoud behauptet, Sabine, der ebenfalls eine Pilotenlizenz besaß, habe zum Zeitpunkt des Absturzes den Hubschrauber gesteuert und sei trotz eines Sandsturmes gegen den Willen seines Sohnes noch einmal gestartet, ohne daß jemand habe aussteigen können.

Thaler erwägt Boykott

Düsseldorf (sid) - Der Gevelsberger Radprofi Klaus-Peter Thaler (36), Weltmeister im Querfeldeinfahren, erwägt aus Protest gegen die WM-Strecke im belgischen Lembeek am kommenden Wochenende einen Boykott. Nach Ansicht Thalers ist die Strecke unzumutbar, weil sie bei den derzeitigen Wetterverhältnissen zu 80 Prozent aus Laufpassagen besteht.

Littbarski: Super-Tor

Köln (sid) - Fußball-Nationalspieler Pierre Littbarski vom 1. FC Köln erzielte das „Tor des Jahres 1985“. So entschied die Mehrzahl der 664 742 Einsender bei der ARD-Sportschau. Auf Littbarski Tor vom 25. April zum 3:1 im Spiel gegen Werder Bremen entfielen 112 936 Stimmen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

kündigt an

Mittwoch, 22. Januar 1986

100 JAHRE AUTOMOBIL

Rasante 16 Kilometer pro Stunde fuhr Gottlieb Daimler mit seiner motorgetriebenen Kutsche. Karl Benz hatte unabhängig davon ebenfalls seine Konstruktion patentiert und führte sein Fahrzeug der staunenden Öffentlichkeit vor.

Das Jahr 1886 war unbestritten der Start ins automobilen Jahrhundert, die Revolution des Individualverkehrs, Voraussetzung unserer mobilen Leistungsgesellschaft. Die Automobilindustrie wurde zum wichtigsten Industriezweig unseres Landes - noch immer lebt jeder 7. Arbeitnehmer vom Auto.

In Fachbeiträgen zum WELT-Report „100 JAHRE AUTOMOBIL“ äußern sich VDA-Präsident Hans-Erdmann Schönbeck und Professor Werner Breitschwerdt, Vorstandsvorsitzender von Daimler Benz, zur aktuellen Situation der deutschen Automobilindustrie und zur Entwicklung des Autos.

Weitere Themen: Als die Autos laufen lernten, Autotechnik heute, Oldtimer-Sammler über die ewig junge Liebe zu alten Autos, Forschungsautos, Elektronik im Auto, Tuning, bleifrei nachrüsten.

Kaufen Sie sich DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Alfonsins Kraftprobe mit den Gewerkschaften

Generalstreik angekündigt / Ideologische Konfrontation

WERNER THOMAS, Miami
Es war der bisher schärfste verbale Schlagabtausch zwischen den Kontrahenten. Präsident Raul Alfonsín beschuldigte die Gewerkschaftsfunktionäre, sie konspirierten „gegen die Interessen des arbeitenden Volkes“. Sie seien schon von Juan Peron als „billige Demagogen“ und „Feinde der Nation“ identifiziert worden. Die Angegriffenen konterten mit dem Vorwurf, Alfonsín habe seine Versprechungen nicht eingelöst: „Was uns der Präsident offeriert, ist eine autoritäre Arroganz.“

Am Freitag dieser Woche erlebt Argentinien einen Machtkampf, der die Entwicklung der nahen Zukunft entscheidend beeinflussen kann: Die peronistische Gewerkschaftsbewegung CGT veranstaltet den ersten Generalstreik gegen das sieben Monate alte wirtschaftliche Sanierungsprogramm der Alfonsín-Regierung, den „Plan Austral“. Wenn ihr eine eindrucksvolle Mobilisierung der Bevölkerung gelingt, können weitere Aktionen dieser Art folgen.



In schwieriger Phase: Raul Alfonsín. FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Raul Alfonsín befindet sich in der kritischen Phase seiner 26monatigen Amtszeit. „Das Schicksal seiner Regierung steht und fällt mit dem Erfolg oder Mißerfolg des Plan Austral“, urteilt die Zeitung „La Nacion“. Viele Argentinier verlieren die Geduld, die Unzufriedenheit wächst. Die CGT will diese Chance nutzen, um verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Die Autoritätsmaßnahmen brachten zwar drastische Fortschritte an der Inflationsfront. Im Juni lag die jährliche Inflationsrate noch bei 1000 Prozent, in der zweiten Jahreshälfte lediglich bei 20,2 Prozent. Das Reallohn sinkt jedoch, weil die Regierung jetzt nur Lohnerhöhungen von fünf Prozent gewährt. Außerdem ging die Zahl der Arbeitslosen durch die Auswirkungen der Rezession in die Höhe.

Raul Alfonsín, der charismatischste Präsident seit Perons Zeiten, der bisher souverän regierte und im No-

vember noch einen glänzenden Triumph bei den Kongresswahlen verbuchen konnte, scheint ins Schlingengarn zu sein. Politische Beobachter erwähnen oft zwei Entwicklungen: Im Oktober war der Ausnahmezustand proklamiert worden, um die Verhaftung von zwölf Personen zu ermöglichen, unter ihnen sechs Offiziere, angeblich rechte Terroristen. Alle befinden sich wieder auf freiem Fuß.

Es folgte der Fall Guglielminetti, der noch immer die Medien beschäftigt. Der ehemalige Geheimdienstbeamte Raul Guglielminetti, der einige Monate zum Leiharbeiter der Alfonsín-Familie zählte, wurde kurz vor Weihnachten von Spanien an Argentinien ausgeliefert. Er soll vor zwei Jahren an der Entführung und Ermordung eines Unternehmers beteiligt gewesen sein.

Ein Haftstrich veranlaßte wenige Tage später seine Freilassung. Die Beweise würden nicht ausreichen. Jetzt wird erneut nach Guglielminetti gesucht. Der ist jedoch untergetaucht.

Die Konfrontation zwischen Regierung und Opposition erhält immer deutlicher ideologische Konturen. Alfonsín richtete am vergangenen Wochenende scharfe Angriffe gegen die Kommunistische Partei im Zusammenhang mit den blutigen Demonstrationen während eines Besuchs der amerikanischen Bankiers David Rockefeller. Sie habe ihre Strategie geändert, unterstützte links-extreme „Provokateure“ und destabilisiere die demokratische Ordnung.

Der Machtkampf wird vermutlich von der Stimmung der Argentinier entschieden werden. „Es gibt keine Alternative zu Alfonsín“, schrieb das Massenblatt „Clarín“. Alfonsín ist trotz der Rückschläge ein populärer Präsident geblieben. Anfang Januar erreichte ein Meinungsumfrageinstitut, daß 62 Prozent der Bevölkerung von Buenos Aires seine Amtsführung schätzten.

Moskau hat Aden fest im Griff

Sowjetische Garnison sichert Sieg der Marxisten / Südjemen's Präsident nach Nordjemen geflüchtet

PETER M. RANKE, Kairo

Nach acht Tagen eines blutigen Bürgerkrieges im Südjemen hat die radikale Moskau-Fraktion unter Abdul Fattah Ismail gesiegt und ist Herr in Aden. Der bisherige Präsident Ali Nasser Mohammed, der einen von Moskau unabhängigen Kurs steuern wollte, ist über Addis Abeba in die nordjemenitische Hauptstadt Sanaa geflüchtet und will eine „Befreiungsorganisation“ aufbauen. Unterdessen sind die Ausländer, unter ihnen mehr als 1000 Sowjetbürger, evakuiert.

Der am Sonntag geschlossene Waffenstillstand, an dem Sowjetbotschafter Viktor Perischkin und PLO-Vertreter der Radikalen Volksfront mitarbeiteten, dauerte gestern an.

„Unsicherer Kantonist“
Über Radio Aden gab der vor einer Woche angeblich erschossene Abdul Fattah Ismail eine neue kollektive Führung für Staatspartei und Regierung bekannt und gelobte enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Er warf dem abgesetzten Präsidenten vor, er habe eine Einmann-Diktatur errichten wollen und sei deshalb gestürzt worden.

Zwar hatte Ali Nasser Mohammed, der letzte Woche die radikale Moskau-Fraktion ausschaltete, bei seinem Besuch in Äthiopien Hilfsversprechen erhalten, aber zu spät. Jetzt wird der äthiopische Herrscher Haile Mariam Mengistu jedoch nichts un-

ternehmen, was Moskau verweigern könnte.

Truppen- oder Waffenhilfe für Ali Nasser Mohammed aus dem Ausland war auch deshalb unmöglich, weil die „Regierungs-Truppen“ nicht den wichtigen Luftstützpunkt Khormakar sichern oder freikämpfen konnten, wo die Hauptmacht der sowjetischen Garnison liegt. Sie haben sich inzwischen den „Rebellen“ ergeben, die in den letzten Tagen von sowjetischen Soldaten und Ausbildern unterstützt worden waren. Zuverlässige Berichte aus Aden besagen, daß dieses Eingreifen der Sowjets auf Seiten der Streitkräfte Abdul Fattah Ismails die Entscheidung brachte.

Politische Beobachter weisen darauf hin, daß die Sowjets im Südjemen ihr Ziel erreicht haben: Die Absicherung des wichtigen Stützpunktes Aden durch ein ihnen total ergebenes Regime. Sie konnten auf Ex-Präsident Abdul Fattah Ismail zurückgreifen, der erst vor einem Jahr aus dem Moskauer Exil nach Aden zurückgekehrt war und als geheimer Aufseher fungierte. Daß es Ali Nasser Mohammed trotz anderslautender Radionachrichten am vorigen Montag nicht gelungen war, die Moskau ergebende Fraktion nach deren Putschversuch auszuschalten, hat sein politisches Ende besiegelt.

Westliche Diplomaten weisen darauf hin, daß Parteichef Gorbatschow lieber blutige Zusammenstöße hinnehmen, als einen unsicheren oder un-

zuverlässigen lokalen Politiker an der Macht zu belassen. Ali Nasser Mohammed galt wegen seiner Annäherungspolitik an Saudi-Arabien und die Golfstaaten in Moskau als politisches Risiko.

Nach den Erfahrungen im Südjemen würde Moskau zweifellos ebenso hart durchgreifen, wenn seine Stellung etwa in Vietnam, in Äthiopien, Angola oder Libyen gefährdet werde, betont westliche Diplomaten.

Zögerndes Saudi-Arabien

Gerade im Hinblick auf Libyen habe Moskau den Amerikanern eine Lektion erteilen wollen und Aden jetzt noch fester in den Griff genommen. Politische Abrechnungen, Hinrichtungen und massiver Terror seien dort jetzt zu erwarten. Die Sowjets haben zwar durch die Flucht und Evakuierung russischer Zivilisten aus Aden zunächst „Gesicht verloren“, haben aber durch den entscheidenden Einsatz ihrer Garnison die Lage gemeistert, geben auch arabische Beobachter zu. Sie sehen das als Rückschlag für pro-westliche Positionen in der arabischen Welt an. Das vom Westen hochaufergebene Saudi-Arabien hat während der Bürgerkriegs-Woche im Südjemen nicht eine Sekunde lang daran gedacht, im Nachbarland zugunsten der gemäßigten Kräfte einzugreifen oder Hilfe zu schicken. Die sowjetische Bastion am „Tor der Tränen“ ist stärker als zuvor. (SAD)

Engholm fordert Distanz zu „linken Dogmatikern“

WELT-Gespräch mit dem SPD-Fraktionschef in Kiel

GEORG BAUER, Kiel

Vor einem „Beschnitten“ der gewalttätigen Angriffe auf den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallman (CDU) hat der SPD-Fraktionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Björn Engholm, gewarnt. In einem Gespräch mit der WELT meinte Engholm: „Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die sich zur demokratischen Linken zählen, können nur sagen, Gewalt scheidet für sie in jeder Situation aus. Und Gewalt beginnt in dem Augenblick, wo gepöbele und mit Ellenbogen gestoßen wird.“

Der ehemalige Bonner Bildungsminister distanzierte sich ausdrücklich von Versuchen, die Ausschreitungen in Frankfurt auf die geplante Änderung des Streikparagrafen 116 zurückzuführen. Dagegen hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau den Vorfall zwar verurteilt, als Ursache dafür aber auch die vorgesehene Änderung des Streikrechtsparagrafen genannt. Engholm meinte, nur mit friedlichen Mitteln, mit Appellen und Demonstrationen könne man gegen eine Änderung des „116“ vorgehen. Seine Partei rief er dazu auf, eine klare Trennungslinie gegenüber linken Dogmatikern und Gruppierungen zu ziehen. Gegenüber den Grünen dürfe die SPD allerdings keine „Berührungsinngänge“ haben.

Der SPD-Kanzlerkandidat Rau bezeichnete er als die einzige Alternative zu Kanzler Kohl, die die SPD zur Zeit habe. Die hohe Identität von Person, moralischem Anspruch und Programm bei Rau sei Grundlage für mögliche Chancen der Sozialdemokratie. Die Mehrheit wieder zu gewinnen. Im Kampf um die Mehrheit in der Bundesrepublik und in Schleswig-Holstein muß sich die SPD nach Ansicht von Engholm auf ihre eigene Kraft besinnen. Als Ziel für die nächste Landtagswahl 1987 im nördlichen Bundesland formulierte er: „Unser Ziel kann nur heißen: eigenständiger Sozialismus.“

dige Mehrheiten zu erreichen.“ Eine Koalition mit der FDP schloß der SPD-Oppositionsführer unter den gegenwärtigen Vorzeichen aus. Durch Bangemann dominierte bei den Freien Demokraten eindeutig der konservative Kurs. Sollten die Sozialdemokraten „wider Erwarten“ auch bei der Wahl 1987 nicht den Ministerpräsidenten besetzen, so müßte die SPD die programmatischen und personellen Weichen völlig neu stellen. Engholm selbst werde nur für eine Übergangszeit die Position des Oppositionsführers ausüben.

Engholm wiederholte seine Forderung nach einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Dieser Anspruch auf größeren Entscheidungsspielraum der Städte und Gemeinden gewinne auch in der SPD an Boden. Im Gegensatz etwa zur Nachkriegszeit, als die Sozialdemokraten eher staatssozialistisch zentralistisch dachten, nehme nun die Anhänger der „genossenschaftlichen Linie“ in der SPD zu. Engholm: „Man kann nicht leugnen, daß über eine bestimmte Periode der Nachkriegszeit die Sozialdemokraten zentralistisch gedacht haben. Aber seit etwa zehn Jahren dominiert wieder stärker der genossenschaftliche Gedanke.“

Auch bei der SPD mache sich Skepsis gegenüber zu großen Einrichtungen – seien es Gemeinden oder Schulen – breit. „All dies ist heute nicht mehr die Mehrheitsphilosophie von Sozialdemokraten. Da hat man sicherlich aus der Vorstellung, groß ist besser oder zentral ist effektiver, eine Menge gegenüber der Vergangenheit gelernt.“ An der Kompetenzverlagerung auf der Schiene Gemeinde, Kreis, Land, Bund seien alle Parteien schuldig, doch müsse dieser Sog jetzt gestoppt werden. Engholm sprach sich für die Schaffung von kleineren Einrichtungen im Sinne „kleinerer Republiken“ aus.



Gewalt scheidet aus: Björn Engholm. FOTO: CHRISTA KUJATH

„Staatssekretär Ermisch bleibt“

dpa, Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) hat gestern Berichte über eine bevorstehende Ablösung seines Staatssekretärs Günter Ermisch zurückgewiesen. In einer von der Bonner Hardthöhe veröffentlichten Erklärung werden gleichzeitig rechtliche Schritte gegen Behauptungen angekündigt, wonach Ermisch die Ehe eines Bediensteten des Verteidigungsministeriums zerstört habe. Wörner wies diese Unterstellung als unbegründet zurück.

Ermisch wurde vor der Veröffentlichung der Hardthöhe von Wörner gestützt. Er erklärte dem Minister, daß er sich nichts vorzuwerfen habe, heißt es in der Darstellung des Ministeriums.

VW stellt weiter ein

MICHAEL JACH, Wolfsburg

In den sechs Inlandswerken der Volkswagen AG sollen bis zur Jahresmitte 3500 Arbeitskräfte neu eingestellt werden: 600 davon seien bereits seit Anfang Januar beschäftigt. Dies teilte die Wolfsburg Konzernspitze gestern mit, nachdem am Wochenende FDP-Wirtschaftssprecher Otto Graf Lambsdorff und Niedersachsens CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht erneut Kritik an der Einstellungspraxis der IG Metall im VW-Aufsichtsrat geübt hatten. („Zusätzliche Samstagschichten statt möglicher Zeitvertrags-Arbeitsplätze“). Da zu wiederholte ein VW-Sprecher das Argument, „bei unseren derzeit voll ausgelasteten Kapazitäten“ sei Mehrbeschäftigung technisch unmöglich.

In Sorge um den Israel-Tourismus

tz, München

Über die Parteigrenzen hinweg haben sich der Münchner Gewerkschaftsvorsitzende Alois Mittermüller (SPD) und Münchens Kreisverwaltungsreferent Peter Gauweiler (CSU) zu einer Solidaritätsaktion mit Israel zusammengeschlossen. Mittermüller appellierte an alle Touristen, sich nicht durch Terroranschläge von einem Urlaub in Israel abhalten zu lassen. Nicht nur innere Empörung über die Terrorakte, sondern auch äußere Solidarität mit Israel müsse demonstriert werden. Gauweiler erklärte, die Terroristen dürften nicht das letzte Wort haben. Die Sicherheitsbehörden hätten aus den Attentaten gelernt, um in Zukunft reagieren zu können.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/50 41, Telex 8 85 714

Wandel durch Kenntnis

„Der Wandel im Amerika-Bild der Jugend“, WELT vom 14. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,
der von Herrn Karutz geschilderte Wandel im Amerika-Bild der Jugend kommt nicht von ungefähr. Er resultiert nicht zuletzt aus dem klaren Bekenntnis der Bundesregierung zur gemeinsamen Werteordnung des Westens. Hinzu kam eine starke Intensivierung des deutsch-amerikanischen Jugendaustausches. Bis 1982 war der Umfang des deutsch-amerikanischen Jugendaustausches im Hinblick auf die politische Bedeutung der deutsch-amerikanischen Beziehungen unbefriedigend. Neue Initiativen waren notwendig. So konnten zum Beispiel im Rahmen des neu geschaffenen parlamentarischen Partnerschaftsprogramms im Austauschjahr 1984/85 520 junge Deutsche (420 Schüler und 100 Berufstätige) einen einjährigen Amerikaaufenthalt genießen. Die Kosten für diesen Aufenthalt trägt der Deutsche Bundestag. Mittlerweile hat fast jeder Abgeordnete –

die Grünen ausgenommen – eine Partnerschaft übernommen.

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit betreibt eine Förderung zumeist durch die Vergabe von Globalmitteln, während die Durchführung der Programme bei den Mitgliedsverbänden des Bundesjugendrings, der deutschen Sportjugend, den Studentenverbänden und anderen Organisationen der Jugendarbeit wie zum Beispiel dem Deutschen Jugendberufshilfe liegt. Einen ersten Überblick über die bestehenden Möglichkeiten im Rahmen des internationalen Jugendaustausches bietet eine Broschüre des Studienkreises für Tourismus e.V. (Dampfschiffstraße 2, 8130 Starnberg), die im Auftrag des BMJFG herausgegeben wird. Sie erscheint unter dem Titel „Internationale Begegnungen für Deutschland, Europa und Übersee“.

Mit freundlichen Grüßen
Hermann Kroll-Schlüter, MdB, CDU

Was ist verkehrt gelaufen?

„Gewalt in Frankfurt“, WELT vom 13. Januar

Es ist schon bewundernswert und geradezu vorbildlich, wie gelassen der Frankfurter Oberbürgermeister anlässlich des Neujahrsempfanges des DGB-Kreises Frankfurt auf die Fußritte und Boxknie reagiert hat. Nach diesem Eklat werden sich allerdings Oberbürgermeister Wallmann, seine Parteifreunde, die Medien und wir alle uns fragen müssen, was hier eigentlich verkehrt gelaufen ist beziehungsweise versäumt wurde. Es ist ja nicht so, daß die Angriffe auf OB Wallmann ohne jeden Bezug zu vergleichbaren Ereignissen in den vergangenen Jahren wären, wenn gleich sie zwar inzwischen die Spitze eines Eisbergs darstellen. Erinnern wir uns doch nur an die harten Auseinandersetzungen beim Stahlarbeiterstreik, an die beunruhigenden Ausfälle beim Streik der Drucker und Metzler und schließlich an die empörenden Vorfälle beim diesjährigen FDP-Dreikönigstreffen.

An die Adresse der überwiegend besonnen reagierenden Gewerkschaftsführung sei der Wunsch gerichtet, die Mitglieder nicht noch weiter mit überzogenen Forderungen zu verunsichern, die sich später überhaupt nicht realisieren lassen. Unerfüllte Erwartungen erzeugen Frustrationen, diese wiederum haben dann die erschreckenden Aggressionen zur Folge. Auch die Drohungen des IG-

Metal-Vorsitzenden Steinkühler, die Regierungspolitik provoziere „brennende Städte und revoltierende Jugendliche“, dienen nicht zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten. Sie beschwören geradezu die Gefahr weiter herauf – und das bei der für sich ein wenig anmaßend in Anspruch nehmenden „Schutz- und Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften in der bestehenden Gesellschaft“.

Unmittelbarer Anlaß der Auseinandersetzungen in Frankfurt ist der Streik um Paragraph 116. Auch hier ist weitere Aufklärung dringend notwendig, daß es sich primär nicht um die Streikfähigkeit der Gewerkschaften handelt, sondern um den Zugriff zur Kasse in Nürnberg. Hierbei sollte bedacht werden, daß die organisierten Gewerkschaftsmitglieder nur eine Minderheit der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik darstellen, daß die Mehrheit der gleichfalls Beiträge entrichtenden Arbeitnehmer überhaupt kein Verständnis dafür hat, wenn ihr Geld für unsinnige Arbeitskämpfe verpulvert wird. Wer sich für einen Arbeitskampf entscheidet, sollte vorher wissen, wie er nachher die Unternehmen auch finanziell durchsetzen kann – auch das gehört zur Verantwortung gegenüber den eigenen Mitgliedern – aber nicht durch den Griff in die Taschen anderer.

Dr. Reinald Ohler, Oberhausen 11

Import-Textilien

„Mit der Arbeitslosigkeit“, WELT vom 14. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,
Hans-Jürgen Mahnte sieht in den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Welttextilabkommens eine protektionistische Belastung der Handelspolitik des Jahres 1986. Er wittert Machenschaften der Protektionisten, die flexibel genug seien, um auch die neuen EG-Mitgliedsstaaten Spanien und Portugal in ihre „Aufklärungsarbeit“ einzubeziehen. Nun ist Protektionismus natürlich eine Frage der Definition. Der deutsche Textil- und Bekleidungssektor, dessen Importwachstum (auch aus den Niedrigpreisländern) in den letzten 15 Jahren bei weitem höher lag als in den meisten anderen Branchen, und der im internationalen Vergleich die höchsten Pro-Kopf-Einfuhren von importierten Textilien (auch aus Entwicklungsländern) aufzuweisen hat, vertritt mit gutem Grund die Auffassung, daß er sich diesen Schutz nicht anziehen brauche. Wenn in der Bundesrepublik Deutschland 60 Prozent aller verkauften Textilien aus dem Ausland stammen, davon ein Drittel aus den sogenannten Niedrigpreisländern, so ist auch der Mut zur Arbeitsstellung bereits unter Beweis gestellt worden.

Was die Südverwertung angeht, so haben die Politiker der EG es in ihrer Weisheit für richtig gehalten, die Gemeinschaft um zwei Entwicklungsländer zu vergrößern. Dabei war es von vornherein klar, daß diese Staaten (auch auf dem Textil- und Bekleidungssektor) von diesem Beitritt profitieren möchten und sich deshalb für einen noch stärkeren Außenschutz der erweiterten EG einsetzen werden. Die „protektionistische gesonnenen“ deutschen Verbandsfunktionäre kommen und können sich deshalb die Spesen für Reisen nach Madrid und Lissabon sparen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Konrad Neundörfer, Gesamttextil e.V., Frankfurt/M.

Wort des Tages

„Die Fähigkeit des Menschen zu Gerechtigkeit ermöglicht Demokratie, aber die Neigung des Menschen zu Ungerechtigkeit macht Demokratie notwendig.“

Reinhold Niebuhr, amerikanischer Theologe und Religionsphilosoph (1892–1971)

Maß der Dinge

„Woher denn, der unverschämte von Henrichs, schied getroffen wird...“, Geistes WELT vom 4. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Aufsatz spiegelt die tiefe Enttäuschung darüber wider, daß die Medizin die Ansprüche, die ihr die Gesellschaft, aber die sie sich selbst gestellt hat, nicht erfüllen konnte und wohl nicht erfüllen kann.

Es scheint die Erkenntnis zu reifen, daß der Urtraum des Menschen, die Überwindung von Leiden und Sterben, paradoxerweise mit dem Leben nicht vereinbar ist. Sich dieser Erkenntnis zu stellen, muß den Menschen – selbstklärtes Maß der Dinge –, besonders aber den Mediziner mit großer Trauer erfüllen. Der Aufsatz liest sich wie ein Bericht über die beobachtenden Grundströmung, daß die eingangs erwähnte Enttäuschung umschlingt in Skepsis und sogar Haß gegenüber der zu nicht vielversprechenden Pharmachemie, gegenüber bestaunten Operationen und diagnostischen Verfahren. So werden unbegreifliche intellektuelle und operationstechnische Leistungen durch Beschreiben des zweifelhaften Zustandes des Patienten nach der Operation ad absurdum geführt (Beispiel: Kunstherz).

Eine allgemeine Tendenz wird deutlich: Der Wert des menschlichen Lebens an sich und dessen Verlängerung als unumstößliches höchstes Gut hat starke Einbußen hinnehmen müssen. Wenn Leben nach heutiger Einschätzung seinen hohen Rang behaupten will, so muß es gewisse Qualitätsanforderungen erfüllen, und diese werden immer mehr vom Patienten selbst und nicht von der Medizin definiert werden.

Wir kommen zur Psychologie, die Paul Lütth richtigweise verstanden wissen will als die Hinführung zu „Haltung, Umgang, Anwendung“ des Patienten gegenüber. Die Labor- und Apparatemedizin als Alibi für die Gesundheit oder – vielleicht besser – zur Glückseligkeit wird zu Recht in Frage gestellt. Nur führt diese Kritik an manchen Stellen zur Unsicherheit und zur weiteren nicht vertretbaren Verunsicherung von Patienten.

Wir sollten versuchen, unseren Patienten klar zu machen, was wissenschaftlich fundierte Medizin heute leisten kann, und freimütig bekennen, wo unsere Grenzen des rational Erklärbaren und Machbaren sind, statt den „hoffnungsvollen“ Weg zurück ins Mystische von Seiten der Medizin ins Mystische zu werfen.

Dr. med., Dipl.-Chem.
Rüdiger Grote, Hannover 71

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zeilen, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Rudolf Lasper, seit 1979 Berliner Mitglied des Europaparlaments, feierte seinen 65. Geburtstag. Nach dem Krieg war er einer der Mitbegründer der Jungen Union Deutschlands und stand von 1950–1952 an der Spitze ihres Berliner Landesverbandes. Zudem bekleidete er jahrelang Spitzenpositionen im CDU-Landesvorstand. Der berufliche Weg führte den Volljuristen zu Beginn der fünfziger Jahre zur Bezirksverwaltung von Berlin-Steglitz, wo er als Rechtsamtsleiter und als Bezirksstadtrat für Personal und Verwaltung tätig war. Bereits 34jährig wurde er 1955 Senatsdirektor beim Senator für Inneres und blieb es – unter den sozialdemokratischen Senatoren Lippitzsch und Alberts – bis zur Auflösung der SPD/CDU-Koalition im Jahre 1963. Anschließend arbeitete er als Rechtsanwalt wie als Geschäftsführer der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, dem er selbst – wie bereits 1950/51 – wiederum in den Jahren 1967–1976 angehörte. Ende 1976 wurde er Mitglied des 8. Deutschen Bundestages.

EHRUNGEN

Die niedersächsische Landesregierung hat jetzt die Preisträger des Niedersächsenpreises für Wissenschaft und Kultur bekanntgegeben. Den Wissenschaftspreis soll der Jurist und Historiker Professor Franz Wieseler (Göttingen) erhalten. Er gehört zu den bedeutendsten gegenwärtig lebenden Rechtsgelehrten. Seit 1953 ist er Mitglied der Göttinger Universität und seit 1965 Mitglied der Göttinger Akademie der Wissenschaften sowie der Leipziger, Bayerischen und Heidelberger Akademien der Wissenschaften. Drei Ordenskreuze erhalten den Kulturpreis. Es handelt sich um Jürgen Ahrend aus Leer und Harry und Guntram Hillebrand aus Isernhagen im Kreis Hannover. Ahrend hat neben eigenen Orgelbauten zahlreiche historische Orgeln wie die St. Martinische-Orgel in Groningen und die Ark-Schneider-Orgel in Norden restauriert. Die Gebrüder Hillebrand wurden besonders bekannt durch den Bau der Orgel für die St. Marienkirche in Danzig, die im August 1965 fertiggestellt wurde. Die Preise sind jeweils mit 10 000 Mark dotiert.

Der Direktor der Schule für Taubblinde und Stellvertretende Direktor des international bekannten Taubblindenzyklus in Hannover-Kirchrode, Oberstudiendirektor Karl-Heinz Baske, ist bei seiner Verabschiedung aus dem Schuldienst

BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident Richard von Weizsäcker reist am 3. Februar nach Belgien, um die Ehrendoktorwürde der Universität Löwen entgegenzunehmen. Vor der Verleihungszeremonie wird er an einer katholischen Messe in der Brüsseler Sankt-Peters-Kirche teilnehmen. Nach der Verleihung ist er mit seiner Frau Marianne in Schloß Laeken Gast von König Boudewijn und Königin Fabiola bei einem Essen im kleinsten Kreis.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird sich vom 23. bis 26. Januar in Berlin aufhalten. Bei der Berlin-Reise des Bundespräsidenten wird auf dem Programm auch der Besuch der „Grünen Woche“ stehen, die zum 51. Mal in der früheren Hauptstadt stattfindet. Die zahlreichen ausländischen Landwirtschaftsminister werden Freitagabend Gäste des Bundespräsidenten in dessen Amtssitz Schloß Bellevue sein.

AUSWÄRTIGES AMT

Dr. Walter Gorenflot, deutscher Botschafter in Brasilien, wird demnächst Besuch von einem deutschen Diplomatenpaar erhalten. Welches, wird in wenigen Tagen die Lotostrommel im auswärtigen Amt entscheiden. Diese „Traumreise“ mit Aufenthalt in der Botschafterresidenz wird nach Erwerb von Losen zu 99 DM vom „Förderkreis Dritte Welt“ angeboten. Auf die Idee kam seinerzeit die deutsche Botschafterin in Malawi, Dorothea von Rossum. Um dem Förderkreis, der Kleinprojekte in der Dritten Welt finanziert, zu mehr „Kasse“ zu verhelpfen, bot sie per Losverfahren einen zweiwöchigen Aufenthalt in ihrer Residenz an, samt Auto, das sie stellte. An der Verlosung von „Traumreisen“ beteiligten sich inzwischen weltweit deutsche Diplomatenfamilien in den Auslandsbotschaften, wobei, so ein Sprecher des Presseferates im AA, offenbar auch die „tiefe Sehnsucht nach Palmen und Sonne“ diese Idee so erfolgreich werden ließ.

Der Förderkreis Dritte Welt des Auswärtigen Amtes, eine Gruppe junger Diplomaten, die sich um die Finanzierung von Kleinprojekten in Entwicklungsländern bemüht, hat neue Gelder bewilligt. Dem deut-

schen Botschafter in Haiti, Karl-Friedrich Ganssner, geht jetzt ein Scheck über 5000 Mark zu, mit dem zwei Industriemaschinen angeschafft werden. Einen Scheck über 1000 Mark erhält der deutsche Botschafter in Peru, Hans-Joachim Hille. Er soll mit dem Geld Zement für ein Gemeinschaftshaus anschaffen. 7500 Mark bekommt der deutsche Botschafter in Marokko, Norbert Menfort. Das Geld übergibt er anschließend einem Kinderkrankenhaus in Rabat. Der Förderkreis Dritte Welt hatte 1985 sein Rekordjahr. Verschiedene Aktionen, unter anderem ein Sommerfest in der Bonner Diplomatenhochschule, eine Fastenaktion im AA, die Verlosung von Grafiken, brachten mehr als 55 000 Mark in die Kassen. In den nächsten Wochen werden die derzeitigen Organisatoren des Förderkreises – Bernd Borchardt, Michael Moscovici und Dr. Georg Witschel – über die Vergabe weiterer Gelder beraten.

Dr. Helmut Urbanek, seit 1981 deutscher Generalkonsul in Lyon, übernimmt das Generalkonsulat in Recife, Brasilien. Das Generalkonsulat ist für den gesamten Norden Brasiliens zuständig. Der Diplomat verbrachte den überwiegenden Teil seiner Laufbahn auf Auslandsposten. 1989 war der Jurist ins Auswärtige Amt eingetreten. Zu seinen Stationen gehören Göteborg (1980–1983), Lagos (bis 1986), Mexiko (bis 1970), Barcelona (bis 1973) und nach dreijähriger Tätigkeit in der Bonner Zentrale Helsinki von 1976 bis 1981.

WAHL

Durch Briefwahl bestimmen die Mitglieder der Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) einen neuen Vorstand und drei neue Präsidiumsmitglieder. Für die Jahre 1986–1987 wurden Professor Dr. Fritz Krückeberg, Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH (GMD) und Universität Bonn, als Präsident, Professor Dr. Ernst Struhs, Expert Team GmbH, Dortmund, als Vizepräsident (Wiederwahl), und Friedrich K. Raneh, Colonia Versichere AG, Köln, als Schatzmeister gewählt. Das Präsidium wurde ergänzt durch die Herren Dr. H. Balzer, TA Triumph Adler AG, Nürnberg, Professor Dr. Rudolf Bayer, Technische Universität München, und Dr. Peter Kohlhammer, Digital Equipment GmbH, München. Die GI zählt derzeit 9500 Mitglieder, von denen eine Hälfte dem Bereich Studium, Forschung und Lehre, die andere dem Sektor Herstellung und Anwendung zuzuordnen ist; ihr Sitz ist Bonn.

Wenig Irritation

J.G. - Bemerkenswert wenig irritiert zeigte sich die Montag-Börse von dem nun publizierten Bericht, eine Sanierungsaktion mit Bank-Forderungenverzicht und Herabsetzung des Aktienkapitals um ein Drittel stünde beim großen Duisburger Stahl- und Maschinenbaukonzern Klöckner-Werke AG bevor. Bei generell und besonders bei Stahlwerten etwas leichter Börsenunterbruch die Aktien der schon seit einem Jahrzehnt dividendenlosen Firma ihren in den letzten Monaten starken Kursanstieg nur mit einem Abfall um ein Zehntel.

Das elige und klare Dementi der Duisburger mag bei dieser verhaltenen Börsenreaktion mitgespielt haben. Desgleichen wohl der erneute und verstärkte Hinweis der Konzernzentrale, daß man den Abschluß für 1984/85 dank Überwindung der Stahl-Verluststrähne endlich wieder mit Gewinn vorlegen und zudem die Partnerschaft mit dem australischen Rohstoffriesen CRA „demnächst“ weiter verstärken werde.

In dieser Partnerschaft zur Entwicklung und weltweiter Vermarktung moderner (Stahl-)Technologie liegt offensichtlich eine vom Börsenpublikum bereits honorierte Zukunftsmusik. Desgleichen im weiteren Ausbau des stabilen Verarbeitungsbereichs, den der Stahlkonzern in einem Krisen-Jahrzehnt

haushoher Stahlverluste auf mehr als zwei Milliarden Mark Umsatz gut verneinlich hat. An der Tatsache, daß der Konzern hoch verschuldet ist und unverhältnismäßig große Zinslasten mit sich schlepp, ändert das alles nichts. Das muß, jedenfalls nach heutigem Erkenntnisstand, die Aussicht auf Dividendenrückkehr noch auf Jahre hinaus verdunkeln.

Erste Stelle

J.Sch. (Paris) - An erster Stelle unter den Kriterien der französischen Wähler steht die Arbeitslosigkeit. Sie war in den ersten sozialistischen Jahren entgegen der Regierungsversprechen stark gestiegen. 1985 aber ging sie zum ersten Mal zurück und zwar um 3,5 Prozent auf 2,32 Millionen. Damit ist zwar immer noch die Zwei-Millionen-Schwelle, unter der man bleiben wollte, erheblich überschritten. Aber immerhin kann die Regierung jetzt einen relativen Erfolgsausweis vorlegen. Bei näherer Betrachtung der Statistik zeigt sich allerdings, daß es vor allem der „sozialen Behandlung“ des Problems zuzuschreiben ist. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen verminderte sich so um 13 Prozent, während die der Erwachsenen weiter zunahm. Im internationalen Vergleich schneidet Frankreich damit eher schlechter ab, ebenso wie bei der Inflation, wo man trotz aller Erfolge über dem Durchschnitt liegt. Aber wenn die nationalen Daten stimmen, ist schon viel gewonnen.

Handelspolitischer Dissens

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Den USA und der EG gelingt es nicht, den handelspolitischen Graben, der sie trennt, zuzuschütten. Das hat auch die Konferenz im kalifornischen San Diego wieder gezeigt, zu der sich übers Wochenende Spitzenbeamte aus der Gemeinschaft, Kanada, Japan und den Vereinigten Staaten versammelten. Zu einem wenig erfolgreichen Schlagabtausch kam es zwischen dem Brüsseler Vizepräsidenten Willy de Clercq und dem noch neuen Handelsbevollmächtigten des Weißen Hauses, Clayton Yeutter.

Auslöser war die Warnung der Europäer, daß die von der Reagan-Administration gewünschte neue Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) gefährdet werde, wenn die USA ihre Textileinfuhren weiter beschränken. Der Kongreß marschierte bereits in diese Richtung und verabschiedete ein entsprechendes Gesetz. Bei der Zurückweisung des präsidentiellen Vetos im November wurde allerdings die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.

Einen zweiten Versuch will die amerikanische Legislative im August wagen, wobei die Befürworter davon ausgehen, daß sich die US-Handelsbilanz (Defizit 1985 etwa 145 Milliarden Dollar) noch einmal verschlechtert, bevor die Dollar-Abwertung faßt. Der Druck aus den US-Bundesstaaten mit umfangreicher Textilproduktion ist enorm, und in der ersten Novemberwoche werden 33 Senatoren und 435 Abgeordnete gewählt. Unter diesen Umständen könne die erforderliche Stimmenzahl vermutlich zustande.

Die Administration berücksichtigt dieses innenpolitische Klima, indem sie die Verhandlungen über die Verlängerung des Welttextilabkommens, das am 31. Juli ausläuft, deutlich restriktiv führt, das heißt, zu Lasten der Anbieter aus der Dritten Welt. Dort ist der Zorn aber ohnehin groß, da Washington schon bisher die ausländischen Lieferungen durch erfindungsreiche Importbarrieren wie regionale Länderquoten und Ursprungsbeschränkungen zusätzlich gebremst hat.

De Clercq hat Yeutter in San Diego davon zu überzeugen versucht, daß die meisten Entwicklungsländer bei der noch ausstehenden Beschlussfassung über die neue GATT-Runde abspringen werden, wenn die Amerika-

nen auch in dieser empfindlichen Warengruppe höhere Handelsbarrieren errichten (als Zucker ist das soeben geschehen).

Die Überzeugungsarbeit des EG-„Außenministers“ war jedoch vergeblich. Der Mann aus Chicago, der vor einigen Jahren für die USA den Kisekri gegen die EG gewann, wollte den Zusammenhang zwischen Textilien und GATT-Runde nicht akzeptieren. Nach seiner Auffassung ist es auch gar nicht wichtig, daß alle 90 GATT-Mitglieder an den Verhandlungen, deren Starttermin das Weiße Haus auf September festgesetzt hat (Vorgespräche beginnen am 27. Januar), teilnehmen. Yeutter außerdem: „Wenn wir uns anstrengen, machen die Entwicklungsländer mit.“

So einfach ist es eben nicht. Folgt Martin Bundeswirtschaftsminister Manthey Barmann, der bei seinem Besuch in Washington vergangene Woche auch mit Yeutter sprach, dann zerfällt der dünne Faden, an dem die GATT-Runde hängt, wenn die USA den Protektionismus verschärfen. Es müßte alles vermieden werden, was die Dritte Welt verprellen könnte. In dieser Situation seien kontraproduktive Maßnahmen tödlich.

Barmann rechnete aber auch vor, daß Washington bisher kein führendes Entwicklungsland von der Notwendigkeit der GATT-Runde überzeugen konnte. „Umgedreht“ worden seien Staaten wie Thailand, Taiwan und Südkorea allein durch die Bemühungen der Europäer. In der Tat: Wenn es zu einer Liberalisierung des Welthandels kommen soll, kann sie nur auf breiter Basis gelingen.

Die Stimmung in San Diego war äußerst gespannt, als die Clercq Yeutter vorwarf, man könne die ärmsten Länder nicht auffordern, mehr zu importieren und ihre Schulden zu bezahlen, wenn andere ihre Märkte schlossen. Das sei nicht logisch und kaum zu verteidigen. Für Yeutter besteht indes auch weiterhin die Chance, „daß jeder gewinnt“. Abgeschmettert wurde der Vorschlag der USA, das GATT in eine Art internationales Gericht auszubauen, um auf diese Weise Handelsstreitigkeiten schneller zu schlichten. Die EG möchte das Wesen der multinationalen Organisation in Genf, die seit 1948 ihre Entscheidungen im Konsens-Verfahren trifft, nicht ändern.

LANDWIRTSCHAFT / WELT-Gespräch mit Bauern-Präsident von Heereman

Landwirte lehnen eine Änderung der aktiven Markt- und Preispolitik ab

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
„Alle Überlegungen, eine aktive Markt- und Preispolitik in der Europäischen Gemeinschaft durch direkte Einkommensübertragungen zu ersetzen, werden von der deutschen Landwirtschaft entschieden zurückgewiesen.“ Das erklärte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Konstantin Freiherr Heereman, gegenüber der WELT. Er forderte die Politiker zum raschen Handeln auf. Notwendig sei vor allem die Herstellung des Marktgleichgewichts und die Schaffung von Spielräumen für Preissteigerungen.

Die Gesellschaft brauche für ihre sichere Zukunft eine gezielte Förderung der Landwirtschaft, betonte der Bauern-Präsident im Vorfeld der 51. Internationalen Grünen Woche, die am Donnerstagabend in Berlin eröffnet wird. Dazu gehöre auch eine „gerechte Entlohnung“ der Bauern für ihre Leistungen. Es sei weder gerecht noch angemessen, wenn der Einkommensstandard in der Landwirtschaft zu mehr als 30 Prozent unter vergleichbaren Einkommen im gewerblichen Bereich liege.

Die Bedeutung der Landwirtschaft geht nach Ansicht Heeremans weit über den Anteil von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts hinaus, den sie erwirtschaftet. Sie beschäftige immer noch 1,4 Millionen Menschen, das sind mehr als fünf Prozent aller Erwerbstätigen. Direkt und indirekt hänge, so Heereman, jeder sechste Arbeitsplatz in der Bundesrepublik von der Landwirtschaft ab. Daher sei eine gezielte Förderung der Landwirtschaft auch eine konsequente Maßnahme zum Eindämmen der Arbeitslosigkeit.

Um mit den Schwierigkeiten in der

Landwirtschaft fertigzuwerden, gebe es kein Patentrezept. Eine Lösung sei deswegen so schwierig, weil wegen der hohen Arbeitslosigkeit in der EG die Abwanderung in andere Bereiche, verglichen mit vor 15 Jahren, erheblich schwerer geworden sei. Der Strukturwandel erreiche nur noch ein Drittel dessen, was Anfang der siebziger Jahre registriert worden war. Der Strukturwandel allein könne jedoch das Mengenproblem nicht lösen.

Nur bei angemessenen Preisen läßt sich die bäuerliche Landwirtschaft auf die Dauer erhalten, sagte Heereman. Direkte Einkommensübertragungen und Ausgleichsmaßnahmen könnten nur eine Ergänzung sein, selbst wenn sie in bestimmten Bereichen verbessert werden müßten. Was die Bundesregierung in diesen Bereichen getan hat, erkenne die Landwirtschaft durchaus an. Es fehle jedoch noch ein gesetzlich abgesichertes Gesamtkonzept.

Am schnellsten müsse bei Getreide gehandelt werden. Hier sollte sich die Europäische Gemeinschaft nach Auffassung Heeremans auf ein Programm für nachwachsende Rohstoffe

und Bioenergie verständigen. Dadurch könnten heutige Getreideflächennutzungen entsprechend umgewidmet werden. Vorrang sollten solche Maßnahmen haben, die nicht zu Eingriffen bei den Einzelbetrieben führen. Vorübergehende Mengenregelungen würden dann nicht ausgeschlossen, wenn die Alternative nur weitere Preisenkungen sein sollten.

Der Milchmarkt habe gezeigt, daß Mengenregelungen ein wirksames Instrument zur Eindämmung der Überproduktion seien. Die Ausgaben auf diesem Markt ließen sich in den nächsten fünf Jahren halbieren. Die Landwirte würden zwar Mengenregelungen nicht leichten Herzens zustimmen. Die katastrophale Einkommenslage und die voraussichtliche Entwicklung zwängen jedoch zu wirksamen Maßnahmen.

Überdies forderte Heereman eine verbesserte Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und begleitende Maßnahmen zur Milderung des Strukturwandels, wo er nicht verhindert werden kann. Auch die weitere Konzentration in der tierischen Veredelung müsse unterbunden werden.

Für das laufende Wirtschaftsjahr erwartet Heereman starke Einkommensrückgänge. Der Getreidepreis liege um zehn bis 13 Prozent unter dem des Jahres 1982/83, bei Rindfleisch rechnet er mit einem Minus von rund zehn Prozent. Auch die Schweinepreise würden weiter sinken.

AUF EIN WORT



„Staatliche Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind bei modernen Volkswirtschaften wirkungslos; sie führen zu Leistungsdefiziten, hohen Zinsen und Inflationen. Jüngstes Beispiel: die Entwicklung bei unserem französischen Nachbarn.“

Dr. Josef Prim, Präsident der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes. FOTO: HARTUNG

BDI ist für 1986 optimistisch

dpa/VWD, Köln
Die gesamtwirtschaftliche Lage und die Aussichten für 1986 werden vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) zumeist zuversichtlich eingeschätzt. Auf die Stärkung der Unternehmenserträge seien vornehmlich Investitionen gefolgt, die die Wettbewerbsfähigkeit verbessert hätten und zunehmend Neueinstellungen ermöglichten. Zusammen mit der Steuerreform sei 1986 für alle ein deutlicher Zuwachs der Reallohn kommen und eine ausgeprägte Stärkung des privaten Verbrauchs zu erwarten, so daß sich ein nun auch von der Inlandsnachfrage getragenes Wachstum entwickeln könne.

STEUERPOLITIK

Hans Apel präzisiert die Vorstellungen der SPD

p. p., Bonn
Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, hat die Vorstellungen seiner Partei präzisiert, welche steuerlichen Maßnahmen sie im Falle eines Wahlsiegs ergreifen würde. Zugleich hat die Parteilinie allerdings dieses Konzept mit einem Fragezeichen versehen, da sie darüberhinausgehend gesetzliche Maßnahmen auch zur „Umleitung von Kapitalströmen“ in ihren Forderungskatalog geschrieben hat.

Nachdem Apel bereits vor einem Monat die Grundzüge des offiziellen SPD-Steuerprogramms vorgestellt hatte, ergänzte er diese nach der einstimmigen Verabschiedung des Parteipräsidiums: Wie die Regierungskoalition hält auch die Opposition eine zweite Steuerentlastungsstufe 1988 für „sinnvoll“, will diese aber stärker auf die mittleren Einkommensschichten zuschneiden. So sollen die steuerlichen Grundfreibeträge drastisch auf 5022 Mark (für Ledige) bzw. 10.044 Mark (für Verheiratete) angehoben und die Proportionalzone bis zur Einkommensgrenze von 21.600 bzw. 43.200 Mark ausgedehnt werden.

Die anschließende Progressionskurve soll nach den Vorstellungen der SPD bis etwa 41.000 bzw. 82.000 Mark abgeflacht, zugleich jedoch entgegen den Regierungsvorstellungen – auf eine Tarifentlastung im oberen Progressionsbereich verzichtet werden. Außerdem hat das Parteipräsidium in den Wunschkatalog die Eingrenzung des Splittingvorteils für Ehepaare sowie die Abschaffung der Kinderfreibeträge aufgenommen, für die im Falle eines SPD-Wahlsiegs 1987 eine einheitliche Erhöhung des Kindergeldes in Kraft treten würde.

INTERNATIONALE FINANZMÄRKTE

OECD: Emissionsvolumen erreichte ein Rekordniveau

J. Sch. Paris
Die internationalen Finanzmärkte wurden 1985 mit 283,3 (im Vorjahr 228,8) Mrd. Dollar in Anspruch genommen, teilt die OECD mit. Damit wurde ein neuer Rekord aufgestellt, wobei die Aufnahme lang- und mittelfristigen Kapitals auf 261 (197) Mrd. Dollar zunahm.

Dieser Boom ist vor allem den Anleiheemissionen zu verdanken, die sich um 50 Prozent auf 168 (112) Mrd. Dollar erhöhten. An internationalen Anleihen (Euro-Obligationen) wurden 136 (82) Mrd. Dollar emittiert und an Auslandsanleihen 81 (28) Mrd. Dollar, während die von den Entwicklungsorganisationen aufgenommenen Gelder auf 1,3 (2,0) Mrd. Dollar zurückgingen.

Die Kreditoperationen, die 1984 nur die Hälfte des Gesamtvolumens ausgemacht hatten, blieben mit fast unverändert 115 (117) Mrd. Dollar

hinter den Anleihen zurück. Dabei stiegen aber die sogenannten Backup-Fazilitäten, das heißt mittelfristige Kreditarrangements zur Absicherung der Ausgabe von anderen Finanzinstrumenten, insbesondere kurzfristiger Euro-Notes auf 50,2 (28,8) Mrd. Dollar, während die von Bankenkonsortien bereitgestellten Kredite auf 43,2 (36,8) Mrd. Dollar zurückgingen.

Die OECD-Länder beanspruchten mit 82 (79) Prozent den Hauptteil der Mittel, und zwar 63 Prozent (147 Mrd. Dollar) in Form von Anleiheemissionen. Die Entwicklungsländer waren mit nur noch 29 (33) Mrd. Dollar beteiligt. Darin kommt zum Teil die Reduzierung – von 11,3 auf 6,3 Mrd. Dollar – der im Rahmen internationaler Umschuldungsabkommen neu gegebenen Kredite zum Ausdruck. Osteuropa hat die Finanzmärkte mit 5,2 Mrd. Dollar um 55 Prozent stärker als 1984 in Anspruch genommen.

AUTOMOBILINDUSTRIE

Ausländer-Nachfrage sorgte für ein glänzendes Ergebnis

adh. Frankfurt
Rekordmarken meldet die deutsche Automobilindustrie: Im vergangenen Jahr wurden in der Bundesrepublik 4.166.700 Pkw/Kombi hergestellt. Das sind zehn Prozent mehr als im Jahr zuvor und auch noch sechs Prozent mehr als 1979. In dem bisherigen „Rekordjahr“ waren 3.932.556 Personenwagen vom Band gelaufen. Eine Wende gab es auch bei den Nutzkraftwagen, mit 279.000 Lkws war die Produktion um neun Prozent höher als im Jahr zuvor. Von 1981 bis 1984 hatte die Branche stetig sinkende Produktionszahlen hinnehmen müssen.

Für das glänzende Jahresergebnis sorgten im letzten Jahr aber nicht die Bundesbürger, sondern das Ausland: Der Export wuchs mit einem Plus von 15 Prozent auf 2.568.400 Personenwagen stärker als die Produktion. Damit wurden 61,6 Prozent der in Deutschland produzierten Pkws ins Ausland verkauft. Im Vorjahr, das als sehr gutes Exportjahr gilt, waren es erst 58,9 Prozent.

Die Lust der Ausländer an deutschen Autos kam der Branche gerade recht. Denn die Deutschen, verwirrt durch Katalysator-Hickhack und die Diskussion um eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Autobahnen, hielten sich im vergangenen Jahr lange Zeit zurück. Bei den Neuzulassungen wird deshalb wahrscheinlich nur der Wert des Vorjahres (2,4 Millionen Zulassungen) erreicht. Marktführer ist übrigens nach wie vor

unangefochten der VW Golf, der bei den Neuzulassungen von Januar bis November (neue Zahlen liegen noch nicht vor) einen Anteil von 12,6 Prozent erreichte, gefolgt vom Opel Kadett mit acht Prozent.

Erst im Herbst erwachte bei den Bundesbürgern die Bestellfreude, dann allerdings gleich kräftig. „Die Nachfrage nach Personenkraftwagen bewegte sich zum Jahresende auf hohem Niveau“, schreibt der Verband der Automobilindustrie (VDA) in seinem Produktionsbericht. Daß im Dezember allein bei der Produktion nicht ganz das Ergebnis des Dezember 1984 erreicht wurde, ist eine Spätfolge des Streiks von 1984, die „Aufhol-effekte“ ließen die Produktion untypisch hoch ausfallen.

Übrigens scheint auch im Export die Nachfrage keine Schwäche zu zeigen. Exportdispositionen auf hohem Niveau meldet der VDA aus der Automobilindustrie. Allein die Binnennachfrage nach Nutzkraftwagen zeige eine leichte Abschwächung. Im ganzen vergangenen Jahr ist die Entwicklung bei den Lkws im übrigen deutlich auseinandergefallen: Während die Produktion von leichten Lkws bis sechs Tonnen mit einem Plus von 15 Prozent deutlich nach oben zeigt (im Export sogar plus 29 Prozent), legten die schweren Lkws bei der Produktion nur zwei Prozent zu, im Export fielen sie sogar um sechs Prozent zurück. Im ganzen bleibt für die Lkw-Hersteller aber erstmals seit vier Jahren ein Exportzuwachs.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Publikumsfonds mit Rekordergebnis

Frankfurt (dpa/VWD) - Den 133 im Bundesverband Deutscher Investmentgesellschaften (BVI) zusammengefaßten Publikumsfonds sind im vergangenen Jahr Rekordmittel in Höhe von 8,2 Mrd. DM zugeflossen. Wie der BVI mitteilt, entspricht das einer Verdoppelung im Vergleich zu 1984. Das Fondsvolumen sei um 28,6 Prozent auf 88,2 Mrd. DM gestiegen. Die Rentenfonds stellen danach mit derzeit 37,1 (28,7) Mrd. DM die mit Abstand größte Gruppe unter den Publikumsfonds dar. Der Mittelzufluß habe sich im Jahresverlauf auf 8,4 Mrd. DM summiert – ein Rekordergebnis, das auch 1977 im bisher besten Jahr der Rentenfonds nur annähernd erreicht worden sei. Die Aktienfonds verdanken der haussierenden Börse einen Anstieg des Fondsvolumens auf 11,2 (8,5) Mrd. DM.

Umsatzzuwächse

Wiesbaden (dpa/VWD) - Der Umsatz von verarbeitendem Gewerbe und Bergbau in der Bundesrepublik wies auch im letzten November nach oben. Er lag nach Darstellung des Statistischen Bundesamtes mit 129 Mrd. DM um 3,1 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresmonat. Den größten Anstieg meldete mit sieben Prozent Zuwachs das Investitionsgütergewerbe, während der Umsatz der Konsumgüterindustrie um 2,1 Prozent stieg.

Gespräche begonnen

Tokio (dpa/VWD) - Der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, hat gestern mit dem japanischen Außenminister Shintaro Abe eine Serie von Gesprächen über Handelsprobleme zwischen Japan und den zwölf EG-Staaten begonnen. Er will während seines fünftägigen Besuchs auch mit Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone und dem für internationale

len Handel zuständigen Minister Michio Watanabe zusammentreffen. Der japanische Überschuß im Handel mit der EG ist nach Berechnungen des Tokioter Finanzministeriums 1985 auf die Rekordhöhe von mehr als elf Milliarden Dollar angewachsen.

Produktionssteigerung

Tokio (dpa/VWD) - Die beiden größten japanischen Autohersteller haben ihre Produktion und ihre Exporte im vergangenen Jahr weiter steigern können. Toyota Motor Corp. produzierte 3,66 Mill. Fahrzeuge, (6,9 Prozent) mehr als im Vorjahr. Bei Nissan Motor Co. lag die Produktionszahl um 2,5 Mill. Einheiten um 0,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Exporte nahmen um 2,3 Prozent auf 1,44 Mill. zu.

Keine Hermes-Kredite

Bonn (VWD) - Für Exportgeschäfte mit Polen wird es zunächst keine Hermes-Deckung geben. Im Bundeswirtschaftsministerium hieß es dazu gestern, die von Bonn den Polen in Aussicht gestellte neue Dekungstranche von 100 Mill. DM könne solange nicht gewährt werden, wie von polnischer Seite nicht bestimmte Bedingungen erfüllt worden seien. Der für die Entscheidung über Anträge auf Gewährung von Bürgschaften und Garantien zuständige Bonner Interministerielle Ausschuss (IMA) hat die Gewährung neuer Deckungen an gewisse regelmäßige Zahlungseingänge von polnischer Seite geknüpft.

Wochenausweis

	31.12.	22.12.	30.11.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	65,2	64,5	68,0
Kredite an Banken	105,3	105,5	99,9
Wertpapiere	4,1	4,0	4,1
Bargeldumlauf	114,7	117,6	113,4
Einl. v. Banken	55,8	44,6	55,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,3	5,1	0,5

EISENBAHN

Gewerkschaft fordert ein „Schienen-Ausbaugesetz“

Mk. Bonn
Eine Gleichbehandlung des Schienenverkehrs mit dem Straßenbau hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), Ernst Haar, auf einer Bundeskonferenz der Geschäftsführer seiner Organisation in Frankfurt gefordert. Er forderte ein Schienen-Ausbaugesetz und wandte sich gegen einen „weiteren Kahlschlag der Bahn durch Streckenstilllegungen und rigorosen Personalabbau“. Im Gegensatz zu den Ankündigungen gebe es keine Verschiebung der dringend notwendigen Investitionen zugunsten der Bahn. Nach Haars Ansicht hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg mehrfach Bundesverkehrsminister Werner Dollinger „überspielt“. So müsse die Bahn weiterhin teure Kredite aufnehmen, die ihr Wirtschaftsergebnis belasten.

Die verbesserte Ertragslage bei der Bahn sei „auf dem Rücken der Eisenbahner“ durch drastische Personal- und Investitionsparierungen erzielt worden. Der Bahnvorstand halte an einer Unternehmensstrategie zur Arbeitsplatzverminderung fest. Die Leistungsanforderungen gingen, so Haar, an die Grenze dessen, was gesetzlich oder tarifvertraglich verlangt werden dürfe. Haar forderte Neueinstellungen bei der Bahn. Im Interesse der öffentlichen Daseinsvorsorge sprach sich die Gewerkschaft entschieden gegen jede Form der Privatisierung aus.

In politischen Kreisen in Bonn hieß es, diese Erklärungen gehörten zum Ritual der Gewerkschaft. Es wird darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaft in den vergangenen Monaten bei den Maßnahmen zum Abbau des Defizits bei der Bahn mitgespielt habe.

EXISTENZGRÜNDUNGEN / Nachfrage nach öffentlicher Hilfe ist leicht gesunken

Das Süd-Nord-Gefälle verstärkt sich

HEINZ STÜWE, Bonn
Das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik macht sich immer stärker bei den Firmengründungen bemerkbar. Von den Hilfen, die die Bund Existenzgründer gewährt, fließt inzwischen knapp die Hälfte nach Bayern und Baden-Württemberg. Besonders deutlich zeige sich das regionale Gefälle bei der im vergangenen Jahr eingeführten Anspärförderung, erklärte in Bonn der Vorstand der bundeseigenen Lastenausgleichsbank (LAB), die die Förderprogramme für Firmengründungen abwickelt. Ein Drittel der Anträge kam aus Bayern, 20 Prozent aus Baden-Württemberg, während Niedersachsen mit knapp sechs Prozent deutlich unterrepräsentiert war.

Das Existenzgründungsprogramm hat sich recht schnell durchgesetzt. „In den ersten Wochen wurden wir mit Anfragen regelrecht über-schwemmt“, berichtete LAB-Vor-

standsleiter Kurt Andreas. Entsprechend der Zielsetzung des Programms, Firmengründungen durch mehrjähriges Anspärförderung zu einer soliden Finanzbasis zu verhelfen, waren unter den 27.000 Antragstellern besonders viele junge Leute. Die Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt von 200 Mill. Mark waren schnell ausgeschöpft, 7000 Personen mußten auf 1986 vertröstet werden.

Bei den übrigen Existenzgründungsprogrammen gab es 1985 mit 1425 Kreditzusagen gegenüber 1520 im Vorjahr einen leichten Rückgang, den Andreas aber als „Stabilisierung auf hohem Niveau“ wertete. An ERP-Existenzgründungskredit wurden 725 (800) Mill. Mark, im Rahmen der Eigenkapitalhilfe 475 (470) Mill. Mark bewilligt. Insgesamt seien von der LAB 1985 bei einem Kreditvolumen von 1,4 (1,5) Mrd. Mark rund 15.000 Firmengründungen unterstützt worden, erklärte Andreas. Die

Ausfälle sind recht niedrig. Von den Gründern, die 1980 Eigenkapitalhilfe erhalten haben, seien bis heute erst 9,3 Prozent gescheitert. Vorstandsmitglied Klaus Nitzel führt dies auch auf die kritische Prüfung der Kreditanträge zurück. Besondere Bedeutung misst er der Qualifikation der Gründer bei. „Wer das, was er plant, nicht gelernt hat, kann kein Geld von uns bekommen.“

Zufrieden zeigte sich der Vorstand mit dem neuen LAB-Gesetz, das in den nächsten Tagen in Kraft tritt und dem Institut eine Umbenennung in „Deutsche Ausgleichsbank“ bringt. Die lange zwischen Bund und Ländern strittige Tätigkeitsbeschreibung des Instituts umfaßt nun – neben der angestammten Aufgabe zur Eingliederung der Aussiedler – die Wirtschaftsförderung für gewerblichen Mittelstand und freie Berufe und die Finanzierung für den Umweltschutz.

Anzeige

Wirtschaft aus erster Hand

manager magazin

Bosch gegen Siemens

Auf Kollisions-Kurs

PROGNOSE 1986

KLÖCKNER-WERKE

Kein Plan für Kapitalschnitt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Alle Vorbereitungen für eine Ausgliederung des Stahlbereichs, in ähnlicher Form wie bei den anderen deutschen Stahlunternehmen, seien getroffen, die Partnerschaft mit dem australischen Rohstoffkonzern CRA werde demnächst durch eine stärkere CRA-Beteiligung im Technologiebereich ausgebaut.

Mit diesen Aussagen antwortet die Klöckner-Werke AG, Duisburg, auf das Gerücht, der Vorstand verhandele mit den Banken über einen Forcierungsvorschlag von weit mehr als 100 Mill. DM und die Banken seien dazu nur bei einem „Eigentümer-Sanierungsbeitrag“ bereit, den sie mit einer Herabsetzung des Aktienkapitals von 489 Mill. DM im Verhältnis 3:2 an-

Weltweite Sicht
kann man abonnieren.

Bitte:

An: DIE WELT, Vertrieb,

Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsten reich-

haltigen Termin an bis auf weiteres

DIE WELT

VERBUNDENES VERLAGSWIRTSCHAFTS- UND

ZEITUNGSGESAMTUNGS- UND VERLAGS-

GESAMTUNGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

VERLAGS- UND VERLAGS- UND

BOEHRINGER INGELHEIM / Der Einstieg in die Gentechnologie verspricht keine schnellen Erträge

Die Bedeutung des Inlandsgeschäfts schwindet

INGE ADHAM, Frankfurt
Wenn er von „seinen“ Forschern spricht, wird Folkert Bellstedt, stellvertretender Vorsitzender der Zentral-Geschäftsleitung von Boehringer Ingelheim und eigentümlich für die Finanzen zuständig, sehr lebendig. Er hat eine „Riesenscheu“ an jener jungen, vorwärtstreibenden Crew, die weltweit für das drittgrößte deutsche Pharmaunternehmen forscht.

Es ist eine junge Generation von Forschern eingezogen, die auch als Manager denken und fakultätsübergreifend arbeiten können, beobachtet Bellstedt. Eine Art Wachablösung, weil viele langjährige Mitarbeiter aus der Aufbauphase nach dem Krieg in den Ruhestand gehen, sicherlich eine Zäsur in dem jetzt hundert Jahre alten Familienunternehmen.

Schlaffrig geworden ist das Unternehmen darüber nicht. Schon seit jeher gilt bei Boehringer Ingelheim der Grundsatz, beim Forschen für die neueste Technik zu sorgen. Vor diesem Hintergrund ist wohl auch der entscheidende Schritt in die Gentechnologie zu sehen, der im letzten Jahr mit einer auch kapitalmäßig Verbindung mit der amerikanischen Gentechnik nachdrücklich untermauert wurde. Bisher kostet die Lizenzpart-

nerschaft erheblich Geld, und Hubertus Liebrecht, Vorsitzender der Zentral-Geschäftsleitung, rechnet nicht mit schnellen Erträgen.

Aber dank vernünftiger Erträge, eines stattlichen Eigenkapitalpolsters und einer hohen Liquidität können sich die Ingelheimer wohl leisten, auf Kurzatmigkeit zu verzichten. Zumal es keine Aktionäre gibt, die auf Dividenden drängen. Auch dies ist sicher ein Grund, warum Boehringer Ingelheim ein Familienunternehmen in der heutigen Form bleiben möchte. Die Gesellschafter entnehmen übrigens keine Gewinne.

Wir wollen den wesentlichen Vorteil eines Familienunternehmens – die Beweglichkeit in den Entscheidungen – nutzen“, formulierte einmal Hubertus Liebrecht, einer der Vertreter der drei Familienstämme in der Geschäftsführung. Die Beweglichkeit verlangt er auch von seinen Mitarbeitern, die er allerdings erklärmaßen sehr selbstständig arbeiten lässt. Bei der Suche nach neuen Kräften für Spitzenpositionen stützt sich das Unternehmen am liebsten auf den Nachwuchs aus dem eigenen Haus. Bei der notwendigen „Internationalität“ der Mitarbeiter gibt es keine Probleme, fast 60 Prozent der Boehringer-Beschäftigten arbeiten im Ausland, das 80 Prozent zum Boehringer-Geschäft beiträgt.

Vor allem die Internationalität hat Boehringer Ingelheim in den letzten Jahren zu stetigem Wachstum verholfen. Auch im letzten Jahr dürfte der Umsatz währungsbereinigt um gut zehn Prozent gestiegen sein. Von den 4,5 Mrd. DM Weltumsatz entfielen rund 85 Prozent auf Arzneimittel.

Am deutschen Arzneimittelmarkt ist Boehringer Ingelheim mit einem Marktanteil von rund fünf Prozent beteiligt, etwa ein Fünftel des weltweiten Pharmazumsatzes wird in der Bundesrepublik erarbeitet. Aber immer noch arbeiten zwei Drittel der mehr als 3000 Mitarbeiter in der Forschung in der Bundesrepublik.

Die Forschungsintensität hat im letzten Jahr eher zugenommen (1984 wurden 16 Prozent vom Pharmazumsatz in die Forschung gesteckt). In diesem Jahr veranschlagt Bellstedt allein die Sachinvestitionen besonders für die Erneuerung alter Forschungsgebäude auf rund 400 Mill. DM.

„Unsere Hauptbetätigung ist und bleibt der Gesundheitssektor“, betont Liebrecht. Auch wenn die Entwicklung in der Bundesrepublik im

letzten Jahr etwas besser war als 1984, wird die Bedeutung des deutschen Geschäfts für den Firmenverbund tendenziell weiter abnehmen. Denn auch im vergangenen Jahr ist der Umsatz im Ausland deutlich stärker als im Inland gestiegen. „Wir wollen dort weiter wachsen, wo wir gut sind“, sagt Liebrecht. Und damit meint er vor allem die USA (in Nordamerika werden inzwischen 30 Prozent vom Pharmazumsatz erzielt) und Japan, wo die Chancen noch nicht voll ausgeschöpft sind.

Bei der jetzt erreichten „guten geographischen Streuung“ (Liebrecht) ist Boehringer Ingelheim immer dem Grundsatz gefolgt: Erst das Geschäft aufbauen (häufig zunächst mit einem befreundeten Unternehmen) und dann erst die Fertigung nachziehen. Im Falle USA heißt das inzwischen auch die Fertigung von Wirkstoffen, um den kritischen Augen der amerikanischen FDA zu entsprechen.

Weltweit arbeiten für das Familienunternehmen inzwischen annähernd 22.000 Menschen, es könnten noch mehr werden. „Unsere Ausgangsposition ist gut“, betont Liebrecht. Sorgen machen ihm freilich die möglichen Entwicklungen in der Pharmapolitik.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Holsten zahlt Bonus

Hamburg (dpa/WVD) – Eine unveränderte Dividende von 8 DM und einen Bonus von 1 DM will die Holsten-Brauerei AG, Hamburg, für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. September) ausschütten. Das Grundkapital von 30 Mill. DM wird zu mehr als einem Viertel von der Vereins- und Westbank, Hamburg, gehalten (HV am 7. März).

Gasabgabe gesteigert

Hamburg (zy) – Die Hamburger Gaswerke (HGW) wollen in diesem Jahr an die Investitionserfolge ihres Vorjahres anknüpfen und 150 Mill. DM für die Verteilung und Sicherung der Erdgasversorgung aufwenden. 1985 hatte das Unternehmen 170 Mill. DM investiert. Ende vergangenen Jahres versorgten die HGW neben der Hansestadt insgesamt 95 Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein und im nördlichen Niedersachsen. Die 458.000 Kunden bezogen 21,9 Mrd. kWh. Damit konnten die Gaswerke ihre Energieabgabe um 2,5 Prozent steigern, obwohl der größte Einzelkunde, die Hamburgischen Electricitätswerke, im Sommer 1985

ihre Erdgaslieferung Moorborg stilllegten. Im Bereich der kommunalen Erdgasversorgung betrug die Abgabesteigerung mehr als acht Prozent und stieg auf 17,8 Mrd. kWh.

Übernahmeangebot

London (dpa/WVD) – Die Großbrauerei Guinness hat dem britischen Spirituosenhersteller Distillers ein Übernahmeangebot von 2,27 Mrd. Pfund (rd. 8 Mrd. DM) unterbreitet. Die Distillers-Gruppe ist der weltweit größte Hersteller von schottischem Whisky. Das Übernahmeangebot ist das höchste in der Geschichte der britischen Privatwirtschaft. Distillers hat gestern das Angebot begrüßt. Eine Offerte der Supermarkt-Gruppe Argyl über 1,9 Mrd. Pfund hatte Distillers vor kurzem abgelehnt. Guinness übernahm erst im vergangenen August eine Aktienmehrheit bei dem Whiskyhersteller Bell's und würde mit der Übernahme von Distillers mehr als 50 Prozent des Weltmarktes für Scotch Whisky kontrollieren.

Kooperation in Taiwan

Düsseldorf (Py) – Der US-Reifenkonzern Goodyear und die Formosan

Rubber Group Inc., Taiwan, beabsichtigen in der Republik China ein Produktionsunternehmen für Zubehörsysteme internationaler Autohersteller und anderer industrieller Erzeuger zu gründen. Die neue Gesellschaft, an der beide Partner jeweils zur Hälfte beteiligt sind, wird zunächst Keimriehe herstellen und über die Goodyear-Vertriebsorganisation weltweit anbieten.

Kurzarbeit bei Kali+Salz

Kassel (rt) – Die insgesamt 6000 Beschäftigten der Kali und Salz AG werden in diesem Jahr zwei bis fünf Wochen kurzarbeiten. Das Kasseler Unternehmen, eine Tochtergesellschaft des Chemiekonzerns BASF, führt dies auf die deutliche Verschlechterung der Marktbedingungen im Kalisalzgeschäft – vor allem in Ausland – zurück.

Hohes Umsatzwachstum

Mannheim (WVD) – Die Boehringer Mannheim GmbH will 1988 stärker wachsen. Nach Angaben von Geschäftsführer Heinrich Hornet ist der Inlands-Umsatz der Gruppe 1985 um 9 Prozent auf 1,4 Mrd. DM – bei einem

Betriebsergebnis etwa in Vorjahreshöhe – gestiegen. Im laufenden Jahr werde ein zweistelliges Umsatzwachstum angekündigt. Ausschlaggebend werde das Auslandsgeschäft bleiben, das 1985 um 17 Prozent (Inland gut 2 Prozent) zunahm. Der Exportanteil überschritt damit erstmals 50 Prozent.

Gewinnplus bei Océ

Düsseldorf (J. G.) – Hollands führender und auch auf deutschem Markt starker Kopiertechnik-Produzent Océ-van der Grinten N. V., Venlo, nennt für 1985 eine Steigerung des Gruppenumsatzes um 7,5 Prozent auf 1,97 Mrd. hfl. Der Reingewinn habe sich um 20 Prozent auf 77 Mill. hfl. verbessert.

Neue Produktionsstätte

Bielefeld (hdt.) – Rund 7,5 Mill. DM investiert die Dr. August Oetker Nahrungsmittel GmbH, Bielefeld, in eine neue Produktionsstätte im ostwestfälischen Oerlinghausen, in der ab April die Fertigung von Mischauflauf wird. Bereits in der Anlaufphase sind 45 neue Arbeitsplätze zu besetzen.

POLEN / Werften können Lieferfristen nicht einhalten – Mangel an Arbeitskräften

Künftige Auslandsaufträge gefährdet

AFF, Warszawa
Die polnische Schiffbauindustrie hat erhebliche Schwierigkeiten, ihre Produktionspläne zu erfüllen und vereinbarte Lieferfristen einzuhalten. Die Verzögerungen in der Auslieferung nehmen in einem Ausmaß zu, daß künftige Auslandsaufträge immer stärker gefährdet werden könnten. Eine schwedische Reederei kündigte inzwischen an, daß sie Polen wegen der Nichterfüllung von vor und acht Jahren eingegangenen Verpflichtungen vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag verklagen will.

Die Lage im polnischen Schiffbau, der zu einer der Schlüsselindustrien des Landes gehört, wird inzwischen auch von den Parteiführern der Ostseeregion als „sehr besorgniserregend“ eingestuft. Sie traten in der vergangenen Woche in Danzig (Gdansk) zusammen, um über die Möglichkeiten einer Verbesserung zu beraten. Nach den Angaben des Dan-

ziger Parteivorsitzenden „Głos Wybrzeża“ wird die Schiffproduktion der Werften seit drei Jahren durch „zahlreiche Mängel, Materialverschwendung und schlechte Qualität“ beeinträchtigt. Die mit westlichen Reedereien abgeschlossenen Kontrakte könnten darum nicht fristgemäß eingehalten werden. Die Verzögerungen in der Auslieferung bestellter Schiffe nehmen ständig zu und haben inzwischen Jahre erreicht. So wartet unter anderem die erwähnte schwedische Reederei, die in den siebziger Jahren vier Fährschiffe in Auftrag gab, noch immer auf die Lieferung. Um das erste bestellte Fährschiff, mit dessen Bau schon vor Jahren begonnen wurde, fertigzustellen, mußte sie schwedische Arbeitskräfte anheuern, die nun auf den polnischen Werften arbeiten.

Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban hatte in der vergangenen Woche Schwierigkeiten in der Schiffbauindustrie zugegeben. Er nannte den Mangel an Arbeitskräften das

größte Problem der polnischen Werften. In der Tat sind Tausende von Arbeitskräften aus den Schiffbaubetrieben ausgeschieden. Seit dem im Dezember 1981 gegen die freie polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarność ergriffenen Maßnahmen wurden zahlreiche Arbeiter entlassen. Andere gaben ihre Arbeitsstellen in den Werften von Danzig und Gdingen auf, da sie in diesen Hochburgen des Arbeiterwiderstandes ständig unter strenger polizeilicher Überwachung standen. Allein die Danziger Werften zählten während der großen Auguststreiks 1980 rund 17.000 Arbeitskräfte. Heute sind hier nur noch rund 13.000 Arbeiter beschäftigt.

Nach den Angaben des Parteivorsitzenden Głos Wybrzeża sieht es in vielen anderen Betrieben der alten Hansestadt für 1985 viel besser aus. Sie macht dafür jedoch hauptsächlich die ständig sinkende Arbeitsdisziplin verantwortlich, was zu hohen Produktionsausfällen führe.

HANNS ARNT VOGELS / MBB-Chef wird 60 Jahre

Gespür für kluge Schachzüge

Eine schwere Aufgabe haben ihn nie geschreckt. Und wenn jemand meint: „Das geht nicht“, dann reagiert Dr.-Ing. Hanns Arnt Vogels, der morgen seinen 60. Geburtstag feiert, eher kalauerhaft: „Machen Sie Beine drunter, dann geht's.“ Ähnlich muß er gedacht haben, als er Anfang Februar 1983 den Vorstandsvorsitz bei MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm in Ottobrunn übernahm.



FOTO DIEWELT

Um seine neue Aufgabe, den flügelarmen größten deutschen Luft- und Raumfahrtkonzern wieder auf Vordermann zu bringen, beneidete ihn damals niemand. Doch schon nach kurzer Amtszeit erwies sich der gebürtige Berliner als Glücksgriff für MBB, dessen Aufsichtsratsvorsitzender, der bayerische Finanzminister Max Streibl, auf die „vielfältigen Begabungen und Fähigkeiten des erfahrenen Managers Vogels“ gehofft hatte. Nicht mit Hausruck-Verfahren, sondern in zäher Arbeit und mit Überzeugungskraft verstand es Vogels, MBB Beine zu machen.

Als Sanierer des bundeseigenen Maschinenbaukonzerns Diag (1977) und als persönlich haftender Gesellschafter im Flick-Konzern (ab 1978) hatte sich Vogels einen guten Namen gemacht. Bei MBB erkannte der Ingenieur und Energieexperte die Notwendigkeit, Synergieeffekte zu nutzen und zukunftssträchtiges Know-how an den richtigen Stellen zu platzieren. Von Turbulenzen und Durststrecken spricht heute niemand mehr. Der Luft- und Raumfahrtkonzern hat inzwischen eine solche starke Stellung in zivilen und militärischen Hochtechnologie-Sparten, daß man mit Gelassenheit den 90er Jahren entgegen sehen kann. Bis dahin will Vo-

gels den Umsatz auf über zehn (1982: 5,7) Mrd. DM bringen.

Aber nicht nur sein Gespür für kluge Schachzüge und sein Know-how machen den charismatischen Vogels, der ruhige und effektive Arbeiter schätzt, zu einem gefragten Manager. Dazu trägt auch seine Offenheit und sein Beharrungsvermögen bei. Vogels sucht nicht laufend nach der eigenen Balance, er nimmt in Kauf auf 60. fentlich anzusehen, weil er sagt und tut, was er denkt.

Das war nicht nur der Fall, als es darum ging, Krauss-Maffei wegzuschieben in den Dunkelkreis von MBB zu bringen. Zuletzt bekam dies selbst der bayerische Ministerpräsident Stauff zu spüren. Mit sehr viel Mut trat ihm Vogels entgegen und lehnte in aller Öffentlichkeit einen BMW-Einstieg bei MBB ab. Ob sein allgewaltiger Landesvater ihm diesen Geburtstagswunsch erfüllt? DANKWARD SEITZ

GROSSBRITANNIEN / Finanzplanung bis 1988/1989

Ausgaben werden eingefroren

London
Die britische Regierung hat mit der Vorlage ihres Haushalts-Weltbuchs für die Finanzplanung bis zum Finanzjahr 1988/1989 bestätigt, daß sie die Staatsausgaben in den nächsten drei Jahren real einfrieren wird. So soll das Haushaltsvolumen für das kommende Finanzjahr 1986/1987 (Stichtag 1. April) 139,1 Mrd. Pfund (493,8 Mrd. DM) betragen. Im jetzigen gebenden Finanzjahr liegt das Budget bei 134,2 Mrd. Pfund. Bis zum Finanzjahr 1988/1989 soll der britische Haushalt nur auf 148,7 Mrd. Pfund steigen.

Das Einfrieren der Staatsausgaben wird in erster Linie durch Kürzungen im Verteidigungset und ein beschleunigtes Privatisierungsprogramm möglich. So wird sich der Anteil der Verteidigungsausgaben am Haushaltsvolumen zwischen dem jetzigen Finanzjahr 85/86 und dem Finanzjahr 88/89 von 13,1 auf 12,9 Prozent verringern.

In jedem der nächsten drei Jahre erwartet die Regierung Thatcher Einnahmen aus Verkäufen von Staatsunternehmen und staatlichen Beteiligungen in Höhe von 4,75 Mrd. Pfund (16,9 Mrd. DM).

Am stärksten wird sich der Anteil der Ausgaben für die Bereiche Sozialversicherung und Gesundheit ausweiten, nämlich von gegenwärtig zusammen 45,7 auf 48,5 Prozent des Haushaltsvolumens in drei Jahren. Dagegen wird sich der Anteil der Ausgaben für Erziehung und Wissenschaft von 12,7 auf 12,1 Prozent, der für die Wirtschaftsförderung von 2,9 auf ein Prozent und der für die Haus- und Wohnungshilfen von vier auf 3,7 Prozent verringern.

Von der Opposition ist die Haushaltsvorlage scharf kritisiert worden. Schatten-Schatzminister Hattersley bezieht die Regierung, keinerlei Rücksicht auf die Arbeitslosen zu nehmen.

FRANKREICH / Geringere Nachfrage aus der Dritten Welt

Außenhandel enttäuschte

J. Sch. Paris
Im Außenhandel hat die französische Regierung im letzten Jahr ihr Ziel einer mindestens ausgeglichenen Bilanz nicht erreicht. Nach vorläufigen Angaben entstand ein Defizit von 24 Mrd. Franc. Gegenüber dem des Vorjahres von 24,7 Mrd. Franc. ergab sich praktisch keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung. Denn die definitiven Ergebnisse sind meist ungünstiger als die provisorischen. So war vor einem Jahr der Passivsaldo für 1984 nur auf 19,8 Mrd. Franc. veranschlagt worden.

Zwar hatte die Stabilisierungspolitik der Regierung den privaten Verbrauch und damit die Importe zu nächst stark gedrosselt – 1982 betrug das französische Handelsbilanzdefizit noch 33,5 Mrd. Franc. – aber die

Exporte konnten im letzten Jahr nur um bescheidene 2,4 Prozent ausgeweitet werden.

Obwohl sich die Energieimporte wegen der Ölpreisschüsse auf netto 181 (187) Mrd. Franc. verminderten, schrumpfte der Ausfuhrüberschuß an Industriegütern auf 88,8 (102,5) Mrd. Franc. Schuld war nicht zuletzt die stark erhöhte Automobilenfuhr. Außerdem nennt das Außenhandelsministerium fehlende Großaufträge aus der Dritten Welt als wichtigen Grund für das enttäuschende Ergebnis.

Die französische Leistungsbilanz wird jedoch für 1985 zum ersten Mal seit längerer Zeit wieder mit einem Überschuss abschließen, vor allem wegen des gestiegenen Aktivsaldo im Touristenverkehr.

KODAK / Einstieg bei kompakten Kleinbildkameras

Zweistellige Zuwachsraten

Stuttgart
Der Fotokonzern Kodak steigt nunmehr auch in das Geschäft mit Kleinbild-Sucherkameras, die auf 35 mm Brennweite des Objektivs und somit für das Bildformat 24 x 36 Millimeter ausgelegt sind, ein. Wie von der Kodak AG, Stuttgart-Wangen, verlautet, handelt es sich dabei um eine Modellreihe von drei unterschiedlich ausgestatteten Kleinbild-Kompaktkameras (in der voraussichtlichen Preislage zwischen 200 und 300 DM), deren oberstes Modell beispielsweise mit automatischer Einstellung der Filmempfindlichkeit, elektronischer Belichtungssteuerung, Autofocus, Schärfeerkennung und Blitzschaltung ausgerüstet ist.

Entwickelt wurde diese Kamera-Serie, mit der Kodak nunmehr der positiven Marktentwicklung beim Absatz kompakter Kleinbildkameras folgt, zusammen mit dem japanischen Fotounternehmen Chinon, das die Geräte für Kodak produzieren wird. Am Chinon ist Kodak mit zehn Prozent beteiligt. In der Bundesrepublik wird Kodak die Kameras ab Herbst anbieten. Mit diesem neuen Produkt erweitert Kodak seine Angebotspalette über die Pocket- und

Disc-Kameras hinaus in den Sektor der kompakten Kleinbildkameras hinein, um auch hier getreu dem haus-eigenen Prinzip entdeckungsfreier Fotografie Kompetenz vorweisen zu können. Weltweit war das Marktvolumen für Kleinbild-Sucherkameras 1985 gegenüber dem Vorjahr um etwa 20 Prozent auf insgesamt rund 16 Mill. Stück angestiegen. Für das laufende Jahr wird erneut eine zweistellige Zuwachsraten erwartet.

Zugleich kündigt Kodak auch die Einführung einer neuen Serie von Farbnegativ-Kleinbildfilmen („Kodacolor go“) an, die eine wirklichkeitsgetreue Farbwiedergabe innerhalb eines größeren Belichtungsspielraums ermöglichen. Mit diesen ab Früh Sommer verfügbaren Filmen (zunächst in den Empfindlichkeitsstufen 100 und 400 ASA) wird die Filmgeneration „Kodacolor VR“ abgelöst.

Nicht zuletzt den innovativen Erfolgen beim Film sei es nach Kodak-Einschätzung zuzuschreiben, daß die Zahl der in 1985 gefertigten Farbbilder in der Bundesrepublik um sechs bis sieben Prozent auf 1,7 Mrd. Stück angestiegen ist. Zwei Minilab-Systeme vervollständigen die Neuheiten-Vorstellung.

PEUGEOT / Konzern erwartet ausgeglichenen Abschluß

Klage über deutschen Markt

J. Sch. Paris
Während der staatliche französische Automobilkonzern Renault auch im letzten Jahr Milliardenverluste verbuchte, wird der private Peugeot-Konzern (PSA) einen ausgeglichenen Abschluß vorlegen. Nach dem vorläufigen Stand der Konsolidierung ist mit einem eher positiven als negativen Ergebnis zu rechnen, erklärte der Präsident der Konzernholding PSA, Jacques Calvet, anläßlich eines Pressespekels der neuen 205-Reihe in Süd-Marokko. Gegenüber der WELT beklagte er sich aber über völlig unzureichende Gewinne auf dem deutschen Markt, dem drittgrößten nach Großbritannien und Spanien. „Dies ist ausschließlich der Unterbewertung des Franc gegenüber der D-Mark zuzuschreiben.“

Allerdings entwickelten sich die beiden Automobilgesellschaften des Konzerns sehr unterschiedlich. Die Automobile Peugeot konnte ihren Gewinn von 350 Mill. Franc 1984 trotz der starken Absatzverluste an Talbot-Wagen 1985 auf etwa 500 Mill. Franc steigern, was vor allem dem Erfolg des „205“ zuzuschreiben war. Dagegen schrieben die Automobile Citroën weiter rote Zahlen. Allerdings konnte sie ihre Verluste von

1,15 Mrd. Franc 1984 um etwa die Hälfte reduzieren.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der anderen Tochtergesellschaften (Motocyclen, Fahrräder, Werkzeugmaschinen usw.) kommt man wohl auf einen konsolidierten Gewinn, hieß es, nachdem der Konzern für 1984 einen Verlust von 341 Mill. Franc ausgewiesen hatte, gegenüber von 2590 Mill. Franc 1983. Diese Verbesserung der Ertragslage war auch dem starken Belegschaftsabbau und der Reduzierung der Produktionskapazitäten zu verdanken. Sie liegen gegenwärtig bei 1,5 Mill. Fahrzeugen gegenüber 2,2 Mill. 1979.

Auch in diesem Jahr will Calvet vor allem in den Citroën-Werken Personal freisetzen. Aber erst 1987 könnte diese Gesellschaft ihre Schwierigkeiten überwinden, die nach Calvet vor allem auf der nicht zügig genug verfolgten Modellpolitik beruhen. Der Nachfolger des legendären 2CV kommt erst im Herbst auf den Markt und kann dieses Jahr noch nicht zu Buche schlagen.

Nicht zuletzt aber will die PSA-Gruppe ihre obere Wagenklasse erneuern. 1987 und 1988 werden der Citroën CX und die Peugeot-Modelle 505 und 604 abgelöst.

KENIA / Unverhoffte Deviseneinnahmen durch sprunghaften Preisanstieg bei Kaffee

Brasilien Mißernte Nairobis Glück

dpa/WVD, Nairobi
Für Politiker und Geschäftsleute in Kenia gibt es gegenwärtig nur ein Thema: die Kaffeepreise. Ihr sprunghafter Anstieg als Folge der dürrebedingten brasilianischen Mißernte läßt den ostafrikanischen Produzenten auf ein gutes Geschäft hoffen. Experten rechnen bereits, das Land könne in diesem Jahr seine Deviseneinnahmen aus Kaffee von 283 Mill. US-Dollar im Jahr 1985 (707 Mill. DM) verdreifachen.

„Coffee Bonanza“ ist das Stichwort in den Zeitungen Nairobis. Noch waren die Dürrschäden in Brasilien gar nicht richtig bedacht, als der kenianische Staatssekretär für Landwirtschaft, George Mwiggi, schon vorher sagte, der Boom werde mindestens zwei Jahre dauern. An der Börse in Nairobi haben sich die Notierungen im Vergleich zum September bereits verdoppelt. Die Spitzenpreise liegen 83 Prozent über denen des Booms von 1977/78.

„Behandelt jeden Kaffeestrauch wie eine Goldgrube“, fordern Politiker. Und Staatspräsident Daniel Arap Moi warnt Schmuggler davor, wie 1977 erneut große Mengen der Ernte an der nationalen Kaffeebehörde vorbei ins Ausland zu bringen.

Anlaß der Freude ist der bis auf 50 Prozent geschätzte Ernteausschlag in Brasilien, das rund 30 Prozent des Weltkaffees beisteuert. Zur gleichen Zeit wird nämlich in Kenia eine Rekordmenge erwartet. Rund 2,2 Mill. Säcke zu je 60 Kilogramm werden nach Schätzung der nationalen Kaffeebehörde 1985/86 (1. Oktober) geerntet. Das wäre ein Mehrertrag von 43 Prozent gegenüber 1984/85. Hinzu kommen eine Million Säcke, die Kenia wegen seiner geringen Quote von 2,3 Prozent innerhalb des internationalen Kaffeeabkommens von 1984 im vergangenen Jahr nicht absetzen konnte. Den Exporteur steht somit doppelt so viel zur Verfügung wie im Kaffeejahr 1984/85 mit 1,6 Mill. Säcken.

Die doppelte Menge zum doppelten Preis – so lautet allerdings nur die Rechnung der allergrößten Optimisten. Besonnendere Experten meinen, daß sich die Preise nach dem für Mitte Februar erwarteten Auslaufen des Quotensystems wieder stabilisieren. Dann können alle Kaffeeländer ihre gesamte Produktion auf den Markt bringen. Wahrscheinlich, so ein erfahrener Kaffee-Einkäufer in Nairobi, werden die Preise für den kenianischen „Arabica“ im Jahresdurchschnitt „nur“ um 50 bis 60 Prozent über den Werten von 1985 liegen.

Sollte das Quotensystem auseinanderbrechen, wären die Folgen für Kenia verheerend. In normalen Erntejahren übertrifft die Weltproduktion den Konsum bei weitem. Die Quotenregelung,

CHEMIKANT / Ein Beruf mit glänzenden Aussichten

Technische Kenntnisse sind wichtiger als starke Muskeln

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Ulrich Gruber, Leiter der Aus- und Weiterbildung der Hoechst AG, Frankfurt, betont es mehrmals: „Das ist kein Beruf, der nur viel Kraft und Muskeln erfordert, sondern der auch die hohen geistigen Anforderungen moderner Technologien mit sich bringt.“ Die Rede ist vom Chemikanten (vormals: Chemiefacharbeiter), der Allround-Kraft im chemischen Betrieb.

Das Feld seiner Aufgaben und Wissensgebiete ist beeindruckend: Er muß

- Reaktionsgemische in großtechnischem Maßstab ansetzen und vorbereiten können. Das geht nicht ohne Kenntnisse der Chemie und der (sicheren) Materialhandhabung;
- chemische Produktionsprozesse steuern und überwachen können. Hier hält zunehmend die Mikroelektronik Einzug – der Umgang mit speicherprogrammierbaren Steuerungen oder mit Prozessleitsystemen gehört zum alltäglichen Handwerkzeug;
- die modernste Produktionstechnik der Chemie wie der Biochemie im Griff haben. Hier wachsen die Anforderungen noch mit der tendenziellen Abflachung der Großproduktionen durch feinechemische Prozesse mit hohem technischem Know-how;
- eine ganze Reihe von Laborarbeiten – mit den modernsten Analysemethoden und den zugehörigen Geräten – beherrschen, um die nötigen Kontrollen im Produktionsprozeß durchzuführen.
- Kenntnisse in der Anlagenwartung haben, um mit den Wartungsspezialisten zusammenarbeiten zu können.

Die dreijährige Ausbildung entspricht der Vielfalt dieser Anforderungen. Produktions- und Verfahrenstechnik, Wartungstechnik, Labortechnik sowie Steuerungstechnik

und Prozessautomation sind die Hauptfelder, mit denen sich die Azubis auseinanderzusetzen haben.

In der Regel sind es Haupt- und Realschüler, die sich auf so viel Abwechslung einlassen. Ihre Chancen stehen gut. Denn im Laufe der nächsten Jahre wird die Nachfrage schon als Folge der erhöhten Altersbedingten Abgänge – in der Chemie noch verstärkt durch eine tarifliche Vorruhestandsregelung – weiter wachsen.

Allerdings haben die Ausgelernten schon heute beste Aussichten, übernommen zu werden. Bei Hoechst warten auf die 70 fertigen Chemikanten dieses Winters 120 Stellen.

Nach den rund 600 Mark Monatslohn im ersten, nach 700 und 800 Mark im zweiten und dritten Lehrjahr beginnt damit das richtige Geldverdienen. Bei 2800 Mark liegen die Anfangsgehälter in der Normalschicht, und durch Schicht-, Sonn- und Feiertagszulagen können daraus bis zu 3400 Mark werden.

Damit ist freilich auch eine Kehrseite des verantwortungsvollen Berufs angesprochen: Weil große Chemieanlagen in der Regel rund um die Uhr laufen, geht es selten ohne Schichtarbeit, ein Grund dafür, daß bislang kaum weibliche Chemikanten ausgebildet werden. Höhere Einkommen und größere zusammenhängende Freizeitblöcke bieten eine gewisse Entschädigung dafür.

Aktivität scheinen auch die Karrierechancen. Vom Facharbeiter über den Schichtführer bis zum Vorarbeiter kann man auf betriebsinternen Pfaden vorankommen. Der Industriemeister der Fachrichtung Chemie bedarf einer weiteren Ausbildung und Prüfung. Und mit etwas Ehrgeiz kann man es auch zum Betriebsleiter oder gar zum Diplom-Ingenieur bringen.

DIE GESCHÄFTSIDEE / Eine Zeitschrift liefert Tips und detaillierte Rezepte zum Selbständigmachen

Wie man mit viel Mut, aber wenig Geld den Traum vom eigenen Unternehmen verwirklicht

HEINZ STÜWE, Bonn

Ein vierzigjähriger Arbeitsloser gründet im Mai 1984 eine Spezialfirma zum Möbelabbauen und kommt mit fünf Mitarbeitern bereits im Jahr 1985 auf 850 000 DM Umsatz und 180 000 DM Gewinn. Ein arbeitsloser ehemaliger Maler und Möbelfachverkäufer macht sich mit selbständig und erzielt im zweiten Jahr 400 000 DM Umsatz und 80 000 DM Gewinn. Sein Weg zum Erfolg: eine Prospektverteilung.

Diese Firmengründer haben eines gemeinsam: Die Idee und das Konzept für ihr Unternehmen stammen aus der Zeitschrift „Die Geschäftsidee“. Sie verbreitet seit neun Jahren leicht lesbare Anleitungen für Unternehmensgründungen, von der Dachrinneinstallation bis zum Sandwichladen. Herausgeber und Initiator ist Norman Rentrop (29), Diplomkaufmann aus Bonn.

Mit seiner Zweimonatszeitschrift setzte er 1976, damals noch Student, seine beste Geschäftsidee in die Tat um. Heute beschäftigt der agile Jungunternehmer in seinem Fachverlag für Unternehmensaufbau über 80 Mitarbeiter. Das Verlagsprogramm umfaßt zahlreiche Ratgeber für Gründungen und Management, das Preisschiff (Auflage: über 20 000, Preis: 199,50 DM im Jahr) bleibt aber „Die Geschäftsidee“.

Ähnliche Publikationen für Neuentnehmer in den USA waren für Rentrop seitdem das Vorbild. Nachmachen könnte auch die Devisen des neunköpfigen Redaktionsteams der „Geschäftsidee“ lauten. „Wir berichten nicht über spinnersche Ideen, sondern über praktische Vorgehensweisen“, betont Rentrop.

Wo sich Kleinunternehmer in neuen Märkten tummeln, sind Rentrops Leute zur Stelle. Die Pioniere werden zu ihren Erfahrungen und Problemen befragt, vor allem aber zu Umsatz und Gewinn. Branchenexperten werden hinzugezogen. Mit den daraus gefilterten Marktstudien glaubt Rentrop, in dem Informationsdickicht für Gründer eine Lücke zu füllen. Im neuesten Heft umfaßt die Themenpalette einen Frischwudel



Die Werbung ist der beste Kunde: Das Computergrafik-Studio ist eines der Unternehmenskonzepte aus dem Verlag Rentrop. FOTO: GESCHÄFTSIDEE

stand, Werbung auf Gully-Deckeln, eine Zeitschrift für Vermittler, einen Kloppladen, eine Personal-Computer-Vermietung und eine Hundefahrschule.

Ausführlich wird als Unternehmenskonzept Nr. 116 ein Windschutzscheiben-Reparaturdienst vorgestellt. Dabei geht es darum, daß kleine Schäden an Verbundglas-Autoscheiben mit Hilfe eines flüssigen Kunstharzes repariert werden, so daß nicht die ganze Scheibe ausgetauscht werden muß. Der Arbeitsablauf sei in zwei Tagen erlernbar und erfordere keine besonderen Vorkenntnisse. Bei Reparaturpreisen von 150 DM (für einen PKW) und 480 DM (für einen Bus) bleibe eine „saftige Gewinnspanne“, heißt es in dem Artikel. Schon mit 4000 DM sei der Start möglich, das Risiko mithin gering.

In einer Beispielkalkulation kommen die „Geschäftsidee“-Experten auf 98 000 DM Gewinn vor Steuern im Jahr. Als höchster Gewinn werden gar 240 000 DM genannt. Daß mit Rentrops Ideen Geld zu verdienen ist, bestätigt Andreas Tisler aus Rhein-

bach. Als 19-jähriger, den Gesellenbrief als Kfz-Mechaniker gerade in der Tasche, begann er 1981 mit der Reparatur von Kunststoffmöbeln. „Am Anfang lief das sehr gut“, erinnert er sich heute. „Als sich dann aber Umwegen von Leuten darauf stürzten, die sich nicht mehr auskennen, kam die Sache in Verruf.“ Nach einhalb Jahren hatte Tisler seinen Aktionsradius auf 400 km ausgeweitet und war dennoch nicht mehr ausgelastet. Er sah also ein, daß er heute selbständiger Versicherungskaufmann. Daß er seinen Reparaturservice so schnell aufgeben mußte, mag er Rentrop nicht anlasten, wohl aber, „daß er die Idee noch als gut verkauft, als längst klar war, daß das nicht mehr funktioniert.“

Härter mit der „Geschäftsidee“ ins Gericht geht Rainer Molsch aus Markgröningen, Rentrops Paradebeispiel für eine Prospektverteilung. „Ich habe nur die Idee aus der Zeitschrift. Wenn ich mich nach dem Konzept gerichtet hätte, wäre ich nach einem Monat pleite gewesen“, betont Molsch. Sein Unterneh-

men ist jetzt vier Jahre alt. Rentrops Konzepte seien miserabel gemacht und enthielten keine realistischen Zahlen. „Für eine Prospektverteilung ein Startkapital von 800 DM anzugeben, ist ein Witz. Ich habe 25 000 DM gebraucht.“ Die „Geschäftsidee“ empfehle, zuerst Kundenwerbung zu betreiben und dann eine Vertriebsorganisation aufzubauen. Molschs Kommentar: „Jedes Kind kann sich denken, daß es nur umgekehrt herum funktioniert.“ Abwegig ist für Molsch der Hinweis, das Ganze könne ohne eigenes Auto klappen. Regionale Marktschwächen würden zudem überhaupt nicht berücksichtigt, die Bedeutung von Qualifikation und Branchenkenntnissen vernachlässigt.

Molsch befürchtet, daß so Interessenten mit völlig falschen Vorstellungen dazu verleitet werden, sich selbständig zu machen. Allein aus seiner Branche könne er fünf Personen nennen, die sich mit dem Projekt Prospektverteilung nichts als Schulden aufgelastet hätten. „Darin sehe ich eine Gefahr.“

Rentrop weist solche Vorwürfe entschieden zurück: „Unrealistisch sind nicht unsere Gewinnangaben, sondern höchstens die Erwartung, diese Zahlen seien Gewinngarantien. Wir können keine Erfolgsrezepte bieten und wollen das auch nicht.“ Die potentiellen Gründer werden deshalb zu eigenen Rechnungen animiert. „Interessenten müssen selbst Marktreise machen. Unsere Kalkulationen sollen sie nur zur eigenen Arbeit anleiten“, betont „Geschäftsidee“-Redaktionsleiter Michael Rieck. Tatsächlich werden künftige Risiken in der Zeitschrift nicht verschwiegen, etwa beim Windschutzscheiben-Reparaturdienst: „Wenn nur ein Teil der 80 Autogläser repariert und 39 000 Kfz-Betriebe in das Reparaturgeschäft einsteigt, könnte es für die Gründer eng werden.“

Daß seinem Team einmal die Themen ausgehen könnten, fürchtet Rieck nicht. „Es tut sich immer etwas. Zur Zeit gibt es mindestens 200 Geschäftsideen, die wir genau beobachten.“

URTEILE

Bewerbungsgespräch

Sieht eine Betriebsvereinbarung die Beteiligung des Betriebsrates bei Bewerbungsgesprächen vor und findet ein solches Gespräch ohne Beteiligung der Arbeitnehmervertretung statt, kann der Betriebsrat aus diesem Grund seine Zustimmung zu der Einstellung verweigern. In einem Fall hatte der Geschäftsführer einer GmbH sich darauf berufen, daß an dem Gespräch mit dem Bewerber der Aufsichtsratsvorsitzende der GmbH teilgenommen habe. Das Landesarbeitsgericht Berlin entschied, daß sich der Geschäftsführer, da er sich die Entscheidung des Aufsichtsratsvorsitzenden zu eigen gemacht habe, dessen Verhalten zurechnen lassen müsse, weil andernfalls das Beteiligungsrecht des Betriebsrates umgangen werden könne. (Az.: 9 Ta BV 5/84 vom 11. 2. 1985)

Unfall beim Teeholen

Geht ein im Bergbau Beschäftigter während der Arbeitszeit von seinem Arbeitsplatz über das Zechengelände, um sich Tee zu holen und zieht er sich auf dem regennassen Gelände bei einem Sturz eine Fußverletzung zu, so steht dieser Unfall nach einer Entscheidung des Bundessozialgerichts (Az.: 5a RKuU 3/84 vom 14. 5. 1985) unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Grundsätzlich gilt die Nahrungsaufnahme als unverzichtbare Tätigkeit aus dem privaten und persönlichen Lebensbereich. Ist ein Arbeitnehmer aber bei seiner Beschäftigung „dursterregenden Einwirkungen“ ausgesetzt, so steht er unter Versicherungsschutz, wenn er Flüssigkeit zu sich nimmt. Die Begründung: Das Trinken dient in diesem Fall „wesentlich der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit“.

Ehrenamtlich Tätige

Ein ehrenamtlich Tätiger kann nach einem Urteil unter besonderen Umständen auch im häuslichen Bereich unter Versicherungsschutz stehen. Im konkreten Fall wurde der Vorsteher eines Wasserbeschäftigtenverbandes nachts durch ein Tischnägel der in seinem Haus installierten Anlage zur Überwachung von Wasserbehältern geweckt und war dann bei der Überprüfung der Ursache im Haus gestürzt. (Az.: 2 RU 71/84 vom 26. 6. 1985)

Rezeptgebühr

Das Bundessozialgericht hat grundsätzlich entschieden, daß bei der ärztlichen Verordnung von verschiedenen Heilmitteln auf einem gemeinsamen Rezept von den Patienten für jedes Heilmittel die Rezeptgebühr einzeln entrichtet werden muß. Das Bundessozialgericht entsprach damit in letzter Instanz der Rechtsauffassung des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen. Das Bundessozialgericht wies die Klage eines selbständigen Masseurs und Bademeisters aus Bremen ab. Der Kläger hatte von seinen Patienten für jedes Rezept mit mehreren Verordnungen nur eine Rezeptgebühr kassiert und wandte sich nunmehr dagegen, daß ihm die Ortskrankenkassen bei der Abrechnung für jedes Heilmittel die Rezeptgebühr von der Vergütung abgezogen haben. (Az.: 3 RK 37/84)

BEFRISTETE ARBEITSVERTRÄGE / Zur Rechtslage

Neueinstellungen erleichtert

Stil. Bonn
Personalchefs, die den erweiterten Spielraum für befristete Arbeitsverträge aufgrund des Beschäftigungsförderungsgesetzes nutzen wollen, müssen darauf achten, daß nur wirkliche Neueinstellungen und nur die erste Befristung, nicht aber etwaige folgende, unter das Gesetz fallen. Darauf hat Friedhelm Jobs, Richter am Bundesarbeitsgericht in Kassel, in einem Beitrag für die Zeitschrift „Personalführung“ (Heft 1/1986) hingewiesen.

Nach Paragraph 1 des Beschäftigungsförderungsgesetzes (BeschFG) sind vom 1. Mai 1985 bis zum 1. Januar 1990 einmalig befristete Arbeitsverträge bis zu 18 Monaten auch ohne einen die Befristung rechtfertigenden Grund zulässig. Dies gilt allerdings nur in zwei Fällen:

- wenn mit dem befristeten Arbeitsvertrag ein Arbeitnehmer neu eingestellt wird oder
- wenn für einen Auszubildenden nach der Lehre kein Dauerarbeitsplatz vorhanden ist und er befristet weiterbeschäftigt werden soll.

In bestehende Arbeitsverhältnisse könne diese Bestimmung nicht eingreifen, hebt Jobs hervor. Diese bedürfen aufgrund der Rechtsprechung

eines „sachlichen Grundes und einer Rechtfertigung für die Dauer“, um zulässig zu sein.

Bei einer Neueinstellung muß dies nun nicht mehr der Fall sein, da die neue Gesetzesbestimmung gegenüber der Rechtsprechung und tarifvertraglichen Grundsätzen ranghöheres Recht ist und zwingend gilt. Jobs empfiehlt jedoch, in jedem Fall die Rechtslage genau zu prüfen. „Sind die Voraussetzungen des Paragraphen 1 BeschFG nicht gegeben, besteht ein Dauerarbeitsverhältnis, wenn im übrigen kein sachlicher Grund vorliegt“, schreibt Jobs. Dabei geht es vor allem um den Begriff „Neueinstellung“. Probleme könnten auftauchen, wenn ein Arbeitnehmer wiederholt bei demselben Arbeitgeber beschäftigt war. Eine Neueinstellung sei insbesondere dann nicht gegeben, wenn der Zeitraum zwischen den Arbeitsverträgen kürzer als vier Monate sei.

Eine weitere Befristung nach dem ersten Vertrag sei, wie Jobs betont, unzulässig, auch dann, wenn durch beide Verträge zusammen die Höchstdauer von achtzehn Monaten nicht überschritten werde. Einzige Ausnahme: wenn es für die Befristung einen sachlichen Grund gibt.

TOP-MANAGER / Erfolgreiche Unternehmerinnen berichten über ihre Erfahrungen beim beruflichen Aufstieg

Auf der Suche nach dem typisch weiblichen Führungsstil

INGE ADHAM, Frankfurt

Vier weibliche Top-Manager brachten Heinz Goldmann, agiler Präsident der gleichnamigen Stiftung, aufs Podium. Einer „typisch weiblichen“ Unternehmensstrategie und dem damit verbundenen Führungsstil kam er dabei freilich nicht auf die Spur. Um das Fazit vorwegzunehmen: Karriere macht nur, wer a) gut ist und b) sich auch entsprechend einsetzt, und das völlig unabhängig vom Geschlecht.

Ob dies für die Teilnehmer am Unternehmensseminar, bei dem mit mehr als einem Drittel Anteil die Damen weitaus stärker repräsentiert waren als zur Zeit – noch? – auf den Management-Etagen der Unternehmen, eine wirklich neue Erkenntnis war, ist zu bezweifeln. Als Trost auf dem harten Weg nach oben durften sie allerdings ein Bekenntnis aller vier Managerinnen mitnehmen: Eine

typische Diskriminierung wegen ihres Geschlechts sei ihnen nicht widerfahren. Am deutlichsten sagte es Dr. Viola Hallmann (41), seit 1972 erfolgreich an der Spitze der Theis-Gruppe, Hagen (Stahl): In ihrem Unternehmen ist keine weitere Frau in einer Führungsposition. Niemand habe sich darum bemüht, bedauert sie, die Frauen seien allzuoft uninteressiert daran, Karriere zu machen.

Viola Hallmann wurde immerhin ebenso wie der Italienerin Claudia Matta (Carrara & Matta – Badedarmeinrichtungen) der Einstieg erleichtert: Beide stehen an der Spitze eines Familienunternehmens. Aber der Einstieg ist nicht alles, der Beweis, daß man „es kann“, die Erfolge, dürfen nicht ausbleiben.

Viola Hallmann hat es geschafft, Familie (Mann und ein Kind) und be-

rufliches Engagement unter einem Hut zu bringen, während Frau Matta einräumte, daß über ihren starken Inanspruchnahme durch die Firma ihre Ehe gescheitert sei. Die Notwendigkeit der Unterstützung und des Verständnisses beim Partner wurde denn auch von allen Teilnehmerinnen unterstrichen. Denn verheiratet sind sie alle und somit lebender Beweis für den Unsinn der These, eine Frau könne nur Karriere machen, wenn sie Junggesellin bleibe.

Jolanta Buch Andersen, Vorsitzende des Vorstands der dänischen Fancy Food Group A/S und vor 23 Jahren aus Polen nach Dänemark eingewandert, sagte sehr deutlich, worauf es ankommt: „Was immer man vorhat, man muß zunächst Prioritäten setzen.“ Auch damit unterscheidet sich das karrierewillige weibliche Wesen dann nicht vom männlichen Wettbe-

werber. Dr. Lilian Uchtenhagen, Nationalrätin und Präsidentin des Verwaltungsrates der co op Schweiz, bemüht sich, Frauen zu ermutigen. „Frauen müssen mehr Mut bekommen zum Learning by Doing.“

Besonderheiten in Unternehmensstrategie und Führungsstil ließen sich aus der Tatsache, daß die Manager weiblichen Geschlechts sind, aber nicht herleiten, deutlich wurden jedoch Nuancen des persönlichen Stils, wie sie auch unter männlichen Managern zu finden sind.

Ob es Goldmann gelungen ist, den weiblichen Zuhörern mehr Mut zur Karriere zu machen, bleibt unsicher. Auf alle Fälle hat er sich gut verkauft, als geschickter Gesprächsführer nämlich. Als Verkäufer ist Goldmann bekannt, „ein As, was alle Verkaufstechniken angeht“, meinen Teilnehmer seiner Seminare.

Allianz  Firmenversicherung

Mit uns sind Sie weltweit gut beraten.

Sie investieren, produzieren oder verkaufen im Ausland. Das heißt, Sie müssen sich mit einer fremden Sprache, anderen Gewohnheiten und neuen Risiken auseinandersetzen.

Wenn Sie dabei solide Unterstützung brauchen, dann sind wir für Sie der richtige Partner. 4.300 Mitarbeiter der Allianz stehen Ihnen im Ausland zur Verfügung.

Darüber hinaus arbeiten wir in zahlreichen Ländern mit lokalen Versicherern zusammen, die sich seit langem als Partner bewährt

haben. Wir kennen uns also in fremden Märkten aus: zu Ihrem Vorteil. Unser Koordinationssystem in München mit speziell ausgebildeten Mitarbeitern sorgt dafür, daß wir Ihnen auch im Ausland den gewohnten Allianz Service bieten können.

Risiken ermitteln, versichern und überprüfen: Das ist unser Konzept, mit dem Sie weltweit gut beraten sind.

Abrufbereit für Ihre tägliche Arbeit:

Name _____
Firma _____
Straße _____
Ort _____



Allianz  Firmenversicherung

Das Konzept gegen halbe Sachen.

Allianz Versicherungs-AG
Firmenversicherung, Königsplatz 28,
8000 München 44, Tel. (089) 3830-2131

Wann wissen Sie, wie Ihre Bürokommunikation morgen aussieht?

Reise von
LKO

Preise** bei Nominalzinsen von					
6%	7%	8%	9%	10%	
101,1	102,1	103,0	104,0	104,9	
101,3	103,1	105,0	106,8	108,7	
100,8	103,2	105,9	108,6	111,3	

[illegible]

Offen für das, was Sie haben,
offen für das, was Sie brauchen,
offen für das, was kommt.
Wie wirtschaftlich HICOM für Ihr Büro ist,
erfahren Sie von Ihrem Berater im nächsten
Siemens-Büro oder von Siemens AG,
Infoservice 132/122, Postfach 153, 8510 Fürth.

„Das gebremste Lachen“: Kabarett in der „DDR“

Frontberichterstattung

Wer kann schon noch darüber lachen, wenn er die lächerlichen Verrenkungen eines Kriegstreibers auf den Brettern der DDR sieht? Wem ist mit stereotypen Karikaturen gedient, die den Mann im Westen als dumm, räuberisch oder hilflos dem forschenden Gang der Weltgeschichte ausgesetzt zeigen? Die Westmänner alten, einfügenen Zuschnitts ist tot! Das stellte der „Sonntag“ aus Ost-Berlin dieser Tage anlässlich des neuen Programms des Leipziger Kabaretts „Pfeffermühle“ fest. Es war jedoch nicht als eine grundsätzliche Kritik und als Plädoyer für ein kritisches Kabarett gemeint. Den Autor störte lediglich, daß die richtigen Ziele mit falschen Mitteln angestrebt



würden. „Die alten Feindbild-Klischees“ taugen seiner Meinung nach nicht mehr, „weil sie Terrain im Friedenskampf kosten“. Das Kabarett in der „DDR“ wird also noch immer als Teil der Frontberichterstattung betrachtet.

Wenn es dagegen selbst Front bezieht, dann stößt es sehr schnell an Grenzen. Das mußte die „Pfeffermühle“ 1978 bei ihrem Jubiläumprogramm „Wir können uns gratulieren“, erfahren. Darin gab es eine Nummer, die sich über die mündigen Vorbereitungen eines „spontanen Besuchs“ von Erich Honecker in einer neuerbauten Musterwohnung bei einem sozialistischen Musterhepau lustig machte. In zweiter Instanz mußte das gesamte Programm zurückgezogen werden, „weil es „flüchtig vorbereitet“ worden und „überarbeitungsbedürftig“ sei.“

An diese Ereignisse – und damit an die Grenzen der kommunistischen Kunst in der „DDR“ – erinnert Peter Boris in dem Band „Das gebremste Lachen“. Er beschränkt sich weitgehend auf die Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes von Kabarett und Kabarett in der „DDR“. Historische Aspekte kommen nur selten ins Bild. Allerdings hat sich auch in den 40 Jahren nach Kriegsende an den Bedingun-

gen, unter denen „sozialistische Satire“ produziert und konsumiert wird, nur wenig geändert.

Zu der sehr umfangreichen Liste der Themen, die für Kabarett und Karikatur tabu sind, kamen eher neue hinzu, als daß alte freigegeben wurden. So dürfen beispielsweise bei der Umweltverschmutzung nur die Hausfrau, die Müll in den Wald kippt, oder der namenlose Betrieb, der nachts schmutzige Abwässer in den Fluß leitet, kritisiert werden, nicht aber eine Wirtschaftspolitik, bei der die Produktion allemal vor der Umwelt rangiert. Und wenn auch in der Jahresausgabe 1984 des „Zulenspiegel“, der Ostberliner „Wochenzeitung für Satire und Humor“, einmal ein paar Minister und Verbandspräsidenten karikiert werden durften – natürlich nur positiv – so gilt doch nach wie vor das Verbot, Witze auf Kosten der Partei- und Staatsfunktionäre zu machen. Auch die SED, die Nationale Volksarmee, die „ewige Freundschaft zur Sowjetunion“, die Sowjets in und außerhalb der „DDR“, der Marxismus, das Plansystem und die Planwirtschaft, der Ost-West-Handel mit seinen speziellen Bedingungen, die Ursachen der schlechten Versorgung, der unzureichende Arbeitsschutz, die gleichgeschaltete Presse, voran das „Neue Deutschland“ und vieles mehr dürfen nicht bespöttelt oder gar kritisiert werden.

Zum Belästigen freigegeben sind nur Kleinigkeiten und die allerunterste Ebene der Verwaltung. Peter Boris belegt das mit vielen Beispielen aus dem „Zulenspiegel“, mit Karikaturen aus den Bezirkszeitungen der SED und Texten aus den Kabarettprogrammen. Da dürfen dann Bürokraten und die permanente Unfreundlichkeit in den Gaststätten, Bestechlichkeit, Diebstähle im Betrieb, Arbeitsunmühe und ähnliche Leppalien aufgeführt werden. Dazu kommen harmlose Witzzeichnungen – und noch immer jene abgedroschene „Westnummer“. Das Komische läßt sich also in engen Grenzen, und wirkliche Satire riskiert nur, wer alles zu riskieren bereit ist.

Der Autor des „Sonntag“ hat deshalb mit dem Einleitungsatz seiner „Pfeffermühle“-Kritik in einer Weise recht, die er gewiß nicht zu denken wagt: „Leicht hat es die Kabarett-Satire (in der „DDR“) gewiß nicht.“

PETER DITTMAR
Peter Boris, „Das gebremste Lachen“, Uebersee-Verlag, Bonn, 127 S., 12 Mark.



Zwischen Skelett und Homöopathie: Sitzung beim Wahnsager („Medizin und Sideraphel“), Radierung und Kupferstich von William Hogarth (1724)

Paradoxe Schönfärberei: Das grafische Werk von William Hogarth in Bitburg

Mit kühnem Strich gegen harte Herzen

Im Haus Bada zu Bitburg in der Eifel ist das grafische Werk von William Hogarth (1697–1764) in seiner Vollständigkeit ausgestellt. Zu sehen sind mehr als 200 Blätter einer süddeutschen Privatsammlung, davon viele in Farbe. Dabei handelt es sich um nachträglich kolorierte Drucke. Von wem und wann sie koloriert wurden, wird nicht mitgeteilt, ist auch belanglos. Denn ein Vorzug oder gar ein künstlerischer Gewinn läßt sich in den farbigen Fassungen nicht erkennen, eher das Gegenteil. Die unmittelbare Vergleichsmöglichkeit macht es deutlich: Die bunten Blätter wirken geschönt, dekorativ, die Satire entschärft. Das aber nähert sich bedenklich der gefälligen Zeit- und Gesellschaftskritik von „Bunden Blättern“, damit hat Hogarth genauso wenig zu tun wie mit den trivialen Karikaturen von Witz- und Flugblättern. Ihn schmerzhaft ist paradox.

Hogarth kommt von Bruegel und Callot. Seine englischen Vorbilder sind in der Literatur zu finden und heißen etwa John Earle, Pope, Gay,

Steele und Swift vor allem. Swift erklärte auch den Erfolg seiner Satiren – der Satire überhaupt: Sie seien eine „Art Spiegel, in dem die Betrachter jedesmanns Gesicht erkennen können, nur nicht ihr eigenes“. Der ausgeprägte Geschäftssinn Hogarths erkennt darin eine ideale Voraussetzung für rasche Verbreitung. Er führte seine Satiren mit englischem Alltag, aber genossen wurden sie in aller Welt. Seine Figuren waren in der Tat mitunter so real aus dem Leben gegriffen, daß die Zeitgenossen darin zeitgenössische Physiognomien und Ereignisse wiedererkennen konnten, gleichwohl besitzen sie so viel allgemeingültigen Charakter, daß sie auch ohne derlei Kenntnisse populär wurden. Auch in Deutschland war Hogarth schon früh bekannt und blieb es bis heute.

Hogarth hatte seinen besten Propagandisten und ausführlichsten Interpreten hierzulande in G. C. Lichtenberg; der nannte ihn in einem Atemzug mit Shakespeare, Chaucer und Fielding. Fielding selbst schätzte den „hochbegabten Herrn Hogarth als ei-

nen der nützlichsten Satiriker aller Zeiten“, dessen Sittenbilder „der Sache der Moral besser dienen als alle je über die Moral geschriebenen Füllblätter“. Reservierter äußerte sich Chodowiecki: „So hervorragend ist Hogarth in Komposition, Erfindung und Poesie seiner Arbeiten, daß, so wenig ihn ich mit seiner Zeichnung und seiner Ausführung im allgemeinen zufrieden.“

Die unterschiedlichen Urteile sind symptomatisch. Für die geistesverwandten Schriftsteller war die moralische Wirkung vor allem wichtig; der Dandier-Maler-Redierer hielt sich zuvörderst an das Formale und hatte begrifflicherweise an den oft hart und trocken gestochenen Blättern „fachmännisch“ mancherlei auszusetzen. Hogarth selbst war sich dieser Mängel bewußt; er entschuldigte sie mit dem „moralischen Zweck“ seiner Drucke; weil diese sich an „harte Herzen“ wandten, habe er es vorgezogen, ihnen ihre Härte zu lassen und ihnen Wirkung „durch einen kraftvollen und kühnen Strich“ zu geben. (Bis 2. Febr.; Kat. 6 Mark) EO PLUNZEN

Bielefeld: Meyerbeers „Prophet“ unter John Dew

Rote Nelken im Mikro

Kommt nun doch so etwas wie eine kleine Meyerbeer-Renaissance in Gang? Nachdem die Pariser Oper wieder „Robert, le diable“ spielt, die Deutsche Oper Berlin für die kommende Spielzeit die „Hugenotten“ ankündigt und John Dew für diese seine Berliner Inszenierung jetzt in Bielefeld eine Art Meyerbeer-Generalprobe mit dem „Propheten“ ansetzt, braucht man sich jedenfalls nicht mehr ausschließlich auf die Vorurteile des 19. Jahrhunderts zu verlassen.

Die resultierten ja nicht nur aus Wagners Schmähchrift. Schon Robert Schumanns Neue Zeitschrift für Musik hatte gegen Meyerbeer polemisiert. Heinrich Heine Spottgedichte verfaßt. So erfolgreich Meyerbeer eine Zeitlang beim bürgerlichen Theaterpublikum (und nicht nur beim französischen) war, an maßgebenden Widersachern haben er und sein Werk nie Mangel gelitten. Schließlich hatte man damit Erfolg: Meyerbeers Musik wurde selbst in doch eigentlich der Neutralität verpflichteten Lexika und Opernführer abgetan als pure Effekthascherei.

Welch ein Unsinn! Sie ist kunstfertig und glänzend komponiert. Sie besitzt Eleganz und Fülle zugleich. Gewiß, sie ist zuweilen auf gekonnte Art kalt, ohne Gefühlstiefe, ohne Intensität. Sie ist nicht gerade die große Kunst, aber zeugt stets von großem Können. Sie hält unorthodoxe, überraschende Wendungen bereit, kompositorische Kniffe, die noch immer einen Hauch von Kühnheit haben. Wie sie damals, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, eingeschlagen sind, kann man sich wohl gar nicht vorstellen. Das Finale dieses „Propheten“ hört sich an wie purer Gustav Mahler.

Wo bei Donizetti die Begleitfiguren unter den Arien im Dreierhythmus raseln, dürfen sich im „Propheten“ zierliche Apertogen spreizen. Dem vielfarbigen Instrumentarium zu lauschen ist eine Lust. Die segelnden Kantilenen und das Feuer der Straten verraten Meyerbeers italienische Gesellenjahre. Kein Zweifel, an musikalischem Reichtum übertrifft dieses Werk so manches, was uns aus der italienischen Belcanto-Opernküche jener Zeit wieder auf den Tisch gebracht worden ist.

Eben den „Propheten“ hatte vor gut 20 Jahren die Deutsche Oper Berlin schon einmal zur Diskussion gestellt. Das war damals einer der größ-

ten Premierenkandale der neueren deutschen Theatergeschichte. Bohumil Hrabě hatte das Stück an Kopf und Gliedern amputiert. In Bielefeld ging es dem Werk kaum besser, ohne daß sich heute noch eine Hand dagegen erhoben hätte.

Der Regisseur John Dew und sein Ausstatter Gotthard Filz meinten es ja gut. Sie haben die Geschichtsklitterungen des Scribeschen Librettos allesamt rückgängig gemacht. Sie haben dann ganze Akte umgestellt, sie haben neue Texte unter Arien gelegt, sie haben Schauplätze geändert und die Namen von Personen, die Abfolge der Handlung und so manches Handlungsmotiv sind neu, sie haben das Stück auf drei Stunden einschließlich Pause eingekürzt. Nein, Meyerbeers „Le Prophète“ gibt es in Bielefeld nicht zu sehen, sondern eine Wiederaufnahme von Meyerbeerscher Musik (Dirigent: David de Villiers). Das ist schon wieder höchst ärgerlich.

Warum Dew das anstellt, kann man nur ahnen. Die Oper Meyerbeers ist eindeutig ein Pamphlet gegen die revolutionären Bewegungen ihrer Zeit gewesen. Bei einem Beginn der Arbeit anno 1832 und der Uraufführung 1848 waren da einige Beziehungen zu knüpfen. Wenn Dew die aufständischen, zu den Wiedertäufern übergegangenen Bauern Transparenzen entrollen läßt mit Forderungen wie „Friede den Hütten, Krieg den Palästen“ oder „Jeder nach seinem Bedarf“, dann will er wohl etwas Sympathie auf den sozialen Keim der später scheiterten Bewegung lenken. An der Konsequenz dieser Revolution ändert das nichts.

Dew und Filz geben dem ganzen Werk den Anstrich von heutigem Revolutionsdrama, mit rot beschnittenen Mauerwänden, demagogischen Ansprachen über Ring-Mikrophon, mit roten Fächern und roten Nelken, mit Hell-Gebrüll, daß man kaum noch Meyerbeers Musik versteht. Was die moderne Kunst doch längst gelehrt haben sollte, nämlich ein Werk als das zu nehmen, was es ist, und nicht als Argument, mit dem sich eigene Politik machen läßt, Dew will es nicht lernen.

Die beiden Diven des Bielefelder Ensembles haben ihre großen Auftritte: Christine Weidinger als Berta und Krystyna Michalowska als Fides. Der Johann von Leiden liegt Stephen Algie hörbar schwer im Hals.

REINHARD BEUTH

Selbst die Technik ist erotisch angehaucht: Video-Zeitschriften unter der Lupe

Ein neues Dorado für Blattmacher

Kaum einen zuverlässigeren Gradmesser für die Beliebtheit bestimmter Themen oder für die „Gesundheit“ irgendeines Trends könnte es heutzutage geben, als den der ständig anwachsenden Fachliteratur und, vor allem, der Fachblätter, vulgo: der populären Bunt- bis Edelmagazine. Wer im Kaufhaus, im Fachgeschäft oder am Kiosk beispielsweise die Angebote aus Bereichen wie EDV, Computerhobby, Show und Musik (vgl. WELT vom 21. 10. 1985), Sport und Mode nur flüchtig sondiert, weiß sehr schnell um die Krisenfestigkeit bewährter wie um die zukunftsweisende Herausforderung noch junger Themen.

Eines davon ist der gesamte Bereich „Video“, der sich binnen der letzten sechs, sieben Jahre unaufhaltsam zu einem Dorado von Blattmachern gemauert hat. Die Videoindustrie liefert, zwischen Hard- und Software, den Druckerzeugnissen unaufhörlich Themen, und das Feedback funktioniert: Die Branchen profitieren voneinander und arbeiten deshalb Hand in Hand.

Im wesentlichen sind es zwei Typen von Zeitschriften im Video-Sektor, die sich in den florierenden Magazine-Markt teilen: Blätter für Anregungen zum „passiven“ Video-genuss, sprich: für die „Seher“, und solche für die Aktiven – für Technik-freaks und Menschen, die gern selber filmen. Die WELT stellt eine repräsentative Auswahl vor.

Generell am auffälligsten bei den Passiv-Erzeugnissen sind die leicht oder gar nicht bedruckten Damen auf Titelblättern, die zum Kauf animieren unter eher fadenscheinigen Titeln wie „Die neuen Erotik-Stars“, „Sex-Karriere“, „Hollywood-Karriere mit Sex“ oder „Schöne Aussichten“. Gemeint sind dabei die auf spezielle weibliche Stars wie Audrey Landers oder derzeit Jamie Lee Curtis und Musikkstars, die es im Film zu bewundern gibt.

Neben den gerade vorzustellenden neuen Video-Filmangeboten – monatlich etwa zwischen 50 und 100 – werden häufig auch der aktuelle Kinofilm und seine Stars berücksichtigt. Technische Beiträge schließlich wie „TV-Zukunft“ via Satellit oder „Killer der Mikrocip ihren Job?“ haben in diesem Rahmen oft nur Alibi-Charakter. Und wie nicht anders zu erwarten: Unterhaltung, Action, Gewalt, Nonsens und Erotik machen den Löwenanteil der (Film-)Themen aus.

VideoPlay (erscheint monatlich, 4 Mark) setzt am kräftigsten auf Sex im Film, nimmt dann den derzeitigen Attenborough-Hit „Chorus Line“ zum Aufhänger für die Vorstellung von Tanzfilmen auf Video. Es porträtiert Belmondo als Star eines neuen

Kinofilms und interviewt, ohne direkten Anlaß, Peter Ustinov. Im Starporträt erscheint, nach diversen Filmvorstellungen, Michael Caine, dann geht es um Skandalfilme, die Geschichte machen. Teil 1: Nick Nolte und Otto zieren das Januarheft. Nastassja Kinski liefert ebenso stimulierende Optik wie die „Love Fighters“ aus dem US-Popmilieu. Kommentierte neue Video-Angebote machen einen Großteil des Magazins aus, ein spezielles Thema heißt, wieder mal, „Musik auf Video“, und der Technik-Bereich (maximal zwei Seiten) wird auch noch erotisch-optisch aufgepeppt.

Recht ähnlich die Machart von „Video VIS“ (monatlich, 6 Mark), das in einem Heft James Dean und Steven Seagal porträtiert, das Thema „Fliegen“ im Videofilm (in VIS verfilmt: Vilma) vorstellt, auch auf harte Kerle und rassistische Damen setzt, aber auch eine „Test + Technik“- und „Computer“-Rubrik bietet. „Vilma“-Rezensionen nehmen im Durchschnitt eine Seite ein, die Fernsehprogramme werden recht ausführlich präsentiert. Das Thema Kinofilm spielt nur eine untergeordnete Rolle, aber die insgesamt „seriösere“ Absicht ist erkennbar.

Das „Video Magazin“ (monatlich, 4,50 Mark), merkwürdiger weniger bunt bedruckt, gibt sich mit Mischung und Layout betont „weltläufiger“, nachrichtlicher. Hier werden Film und Technik gemischt, visuell reizvolle Sportthemen, Produkttests (Recorder, Kameras), allgemein Interessierendes wie die Wetterkarte via Videoabruf geboten und insgesamt mehr auch an nicht so gängigen Themen. Dazu gehören beispielsweise Feinschmeckertipps für Videofreunde oder Blicke hinter die Kulissen der Traumfabriken.

Schlicht „video“ nennt sich, in Ergänzung zum Fachblatt „audio“, das dem gleichen Hause, die sicherlich seriöseste dieser Zeitschriften, die wie das „Video Magazin“ vorgestellte Filme auch mit Prädikaten bewertet. Dabei kommt sie zwar auch nicht ohne ein gerüttelt Maß Sex aus, hat aber dafür – vom Software-Teil durch Anzeigen getrennt – einen äußerst respektablen und nach bewährter Technik, der sich gern schon mal vom reinen Fachidiotentum zu lösen versteht. Neben gezielten TV-Filmpfehlungen gibt es hier auch Buchtipps, spezielle Themen-Features (z.B. „Heimafilme“) und vor allem einen journalistisch perfekt gemachten Nachrichtenteil. Kurzum: „video“ (monatlich, 4,50 Mark) ist das Flaggschiff unter den „Passiv“-Magazinen.

Zeitungssähnlicher und pro Ausgabe für 1,50 Mark kommen noch zwei Buntblätter hinzu, von denen der Titel „Video Tip“ (monatlich) eher wie ein hauptsächlich auf Radu Gheorghe Gemachtwarenladen mit düpplierter Information zu den Videofilmen wirkt, dagegen „Video aktuell“ (gemeinsam mit dem „Funk-Uhr“ produziert, vierteljährlich) mit seinen Hintergrundberichten – etwa über SAT 1 oder im Gespräch mit ZDF-Chef Rita – wie den in wesentlichen tabellarischen Rubriken zu neuen Filmen, zu Software und Videospielen und dem auf dem kuaupen Platz von 30 Seiten erstaunlich vielfältigen Thema Technik ein respektables Gesamtangebot aufweist.

Was „video“ für die „Passiven“, das ist „Video aktiv“ für die Freunde an Technik und Selberfilmen (zweimonatlich, 7 Mark). Hier geht es um Kameragriffe, um Leuchtentens, um Kameraschulterbügel und Kabelanschlüsse, um Motiv-Ratschläge wie auch um das Medium Video in der Psychotherapie, um Video-Kurse, ein wenig auch über neue Filme („Enemy Mine“) und Leute dahinter (Spielberg, Coppola) und insgesamt alles, was den „Aktiven“ auch nur am Rande interessieren könnte.

„Videofilmen“ (vierteljährlich, 6 Mark) widmet sich neuen Recordern und neuen Normen, berichtet, wie Schüler Videoclips drehen oder wie man Schlüsselschloßpaß filmen kann, wie man nachvertonet und ein Drehbuch komponiert. Ganz auf die Praxis abgestellt, ist „Videofilmen“ seinem Thema gemäß wohl am konsequentesten.

Einmal im Jahr erscheint „Film-Video“ (14 Mark), ein beinahe katalogmäßig auf die Vorstellung neuer Produkte konzentriertes, knorriges Magazin, das um ein Film- und Videolexikon herum Zubehör vorstellt, Kameras, Projektoren und Kamera-Recorder, wie stationäre und tragbare Recorder nach Systemen geordnet. Ein Bezugsnachweis samt Herstelleranschriften vervollständigt dieses Jahresresümee.

Folgende Bilanz läßt sich bei einem ersten Überblick ziehen: Erfüllen die „Aktiven“ fast durchweg die Erwartungen ihrer Zielgruppe, so herrscht bei den Film-Buntblättern zumeist ein fast erschreckend flaches Niveau vor, das im Interesse des kommerziellen Wechselspiels der Branchen anspruchsvollere Filmfreunde nahezu ignoriert. Sex, Krieg, Abenteuer, Biokleien beherrschen die Paletten und appellieren an den Massengeschmack. Ausnahmen bestätigen, wieder einmal, die Regel. Siehe oben.

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Wie lebt man als Politikergatte?

Alle reden von Rita, und keiner spricht von Hans. Deshalb reizte es Ingeborg Wurster, diesmal im Sonntagsgespräch (ZDF) Professor Dr. Hans Süßmuth vorzustellen. Historiker mit dem Spezialgebiet Geschichtsdidaktik. Herr Süßmuth ist der Mann hinter Frau Süßmuth, wie sagen, er ist mit der Bundesfamilienministerin verheiratet.

Seit vier Monaten bekleidet Rita Süßmuth das Amt, liegt seitdem ihren Namen beinahe täglich in den Zeitungen und findet sich dabei durchaus nicht immer positiv dargestellt. Wie empfindet der Ehemann es, wenn seine Frau plötzlich dem Scheinwerferlicht der Medien ausgesetzt ist? Dem Professor gefällt's, behauptet er, und man nimmt ihm die Antwort ohne weiteres ab. Schließlich hat er ja die Seine bestirkt, den Posten anzunehmen.

Gibt es Rollenschwierigkeiten? Nein, sie seien beide nämlich in die Aufgabenverteilung hineingewachsen, haben zusammen studiert, lange Jahre gemeinsam wissenschaftlich gearbeitet, eine Tochter großgezogen. Rita entsprach der Vorstellung, die der Student Hans von seiner zukünftigen Frau hatte. Sie sollte diskutieren können und zugleich einfühlsam sein.

Im Schatten der politisch tätigen Ehehalfen steht der Herr Professor gewiß nicht, hat aber dennoch sein Amt als Dekan niedergelegt, als der Ruf aus Bonn kam. Denn anderenfalls hätte es das Familienleben doch einer zu großen Belastungsprobe ausgesetzt.

Der Historiker Süßmuth verfolgt intensiv, wie die „DDR“ konsequent ein eigenes Geschichtsbewußtsein entwickelt. In der Bundesrepublik vermisst er – bei einigen Kollegen ebenso wie bei manchen Politikern – eine ähnlich systematische Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit.

Im übrigen ist er – bislang noch – parteilos; seine Frau trat 1981 der CDU bei. Aber er kann sich durchaus vorstellen, eines Tages irgendwo „dazuzugehören“. Allerdings müßte diese Partei ein starkes soziales Engagement auf ihr Panier geschrieben haben.

Alles in allem bot dieses „Sonntagsgespräch“ eine angenehme Begegnung mit einem Wissenschaftler und zeitkritischen Beobachter – und keinem Prinzgemahl.

CORNELIA REISER

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF Info „Das trübliche Krankenzimmer“	11.55 ZDF Info „Kulturelles Fragezeichen“
10.00 Tagesschau	12.00 Tagesschau
10.15 Ein langes Wochenende	12.05 Tagesschau
10.30 Tagesschau	12.10 Tagesschau
10.45 Lebensabenteuer „Artenfamilien ganz privat“ Film von Conrad Schubert Auf jedem Baum leben, wohnen und arbeiten sie zusammen. Und, das jeden Tag, genau: 24 Stunden. Sei es im Hotelzimmer, im Wohnzimmer, in der Freizeit oder zu Hause.	12.15 Tagesschau
10.55 Sport am Dienstag Unterhaltungsmagazin für Kinder Herr Rosi sucht das Glück (7)	12.20 Tagesschau
11.00 Tagesschau	12.25 Tagesschau
11.15 Tagesschau	12.30 Tagesschau
11.25 Tagesschau	12.35 Tagesschau
11.30 Tagesschau	12.40 Tagesschau
11.35 Tagesschau	12.45 Tagesschau
11.40 Tagesschau	12.50 Tagesschau
11.45 Tagesschau	12.55 Tagesschau
11.50 Tagesschau	13.00 Tagesschau
11.55 Tagesschau	13.05 Tagesschau
12.00 Tagesschau	13.10 Tagesschau
12.05 Tagesschau	13.15 Tagesschau
12.10 Tagesschau	13.20 Tagesschau
12.15 Tagesschau	13.25 Tagesschau
12.20 Tagesschau	13.30 Tagesschau
12.25 Tagesschau	13.35 Tagesschau
12.30 Tagesschau	13.40 Tagesschau
12.35 Tagesschau	13.45 Tagesschau
12.40 Tagesschau	13.50 Tagesschau
12.45 Tagesschau	13.55 Tagesschau
12.50 Tagesschau	14.00 Tagesschau
12.55 Tagesschau	14.05 Tagesschau
13.00 Tagesschau	14.10 Tagesschau
13.05 Tagesschau	14.15 Tagesschau
13.10 Tagesschau	14.20 Tagesschau
13.15 Tagesschau	14.25 Tagesschau
13.20 Tagesschau	14.30 Tagesschau
13.25 Tagesschau	14.35 Tagesschau
13.30 Tagesschau	14.40 Tagesschau
13.35 Tagesschau	14.45 Tagesschau
13.40 Tagesschau	14.50 Tagesschau
13.45 Tagesschau	14.55 Tagesschau
13.50 Tagesschau	15.00 Tagesschau
13.55 Tagesschau	15.05 Tagesschau
14.00 Tagesschau	15.10 Tagesschau
14.05 Tagesschau	15.15 Tagesschau
14.10 Tagesschau	15.20 Tagesschau
14.15 Tagesschau	15.25 Tagesschau
14.20 Tagesschau	15.30 Tagesschau
14.25 Tagesschau	15.35 Tagesschau
14.30 Tagesschau	15.40 Tagesschau
14.35 Tagesschau	15.45 Tagesschau
14.40 Tagesschau	15.50 Tagesschau
14.45 Tagesschau	15.55 Tagesschau
14.50 Tagesschau	16.00 Tagesschau
14.55 Tagesschau	16.05 Tagesschau
15.00 Tagesschau	16.10 Tagesschau
15.05 Tagesschau	16.15 Tagesschau
15.10 Tagesschau	16.20 Tagesschau
15.15 Tagesschau	16.25 Tagesschau
15.20 Tagesschau	16.30 Tagesschau
15.25 Tagesschau	16.35 Tagesschau
15.30 Tagesschau	16.40 Tagesschau
15.35 Tagesschau	16.45 Tagesschau
15.40 Tagesschau	16.50 Tagesschau
15.45 Tagesschau	16.55 Tagesschau
15.50 Tagesschau	17.00 Tagesschau
15.55 Tagesschau	17.05 Tagesschau
16.00 Tagesschau	17.10 Tagesschau
16.05 Tagesschau	17.15 Tagesschau
16.10 Tagesschau	17.20 Tagesschau
16.15 Tagesschau	17.25 Tagesschau
16.20 Tagesschau	17.30 Tagesschau
16.25 Tagesschau	17.35 Tagesschau
16.30 Tagesschau	17.40 Tagesschau
16.35 Tagesschau	17.45 Tagesschau
16.40 Tagesschau	17.50 Tagesschau
16.45 Tagesschau	17.55 Tagesschau
16.50 Tagesschau	18.00 Tagesschau
16.55 Tagesschau	18.05 Tagesschau
17.00 Tagesschau	18.10 Tagesschau
17.05 Tagesschau	18.15 Tagesschau
17.10 Tagesschau	18.20 Tagesschau
17.15 Tagesschau	18.25 Tagesschau
17.20 Tagesschau	18.30 Tagesschau
17.25 Tagesschau	18.35 Tagesschau
17.30 Tagesschau	18.40 Tagesschau
17.35 Tagesschau	18.45 Tagesschau
17.40 Tagesschau	18.50 Tagesschau
17.45 Tagesschau	18.55 Tagesschau
17.50 Tagesschau	19.00 Tagesschau
17.55 Tagesschau	19.05 Tagesschau
18.00 Tagesschau	19.10 Tagesschau
18.05 Tagesschau	19.15 Tagesschau
18.10 Tagesschau	19.20 Tagesschau
18.15 Tagesschau	19.25 Tagesschau
18.20 Tagesschau	19.30 Tagesschau
18.25 Tagesschau	19.35 Tagesschau
18.30 Tagesschau	19.40 Tagesschau
18.35 Tagesschau	19.45 Tagesschau
18.40 Tagesschau	19.50 Tagesschau
18.45 Tagesschau	19.55 Tagesschau
18.50 Tagesschau	20.00 Tagesschau
18.55 Tagesschau	20.05 Tagesschau
19.00 Tagesschau	20.10 Tagesschau
19.05 Tagesschau	20.15 Tagesschau
19.10 Tagesschau	20.20 Tagesschau
19.15 Tagesschau	20.25 Tagesschau
19.20 Tagesschau	20.30 Tagesschau
19.25 Tagesschau	20.35 Tagesschau
19.30 Tagesschau	20.40 Tagesschau
19.35 Tagesschau	20.45 Tagesschau
19.40 Tagesschau	20.50 Tagesschau
19.45 Tagesschau	20.55 Tagesschau
19.50 Tagesschau	21.00 Tagesschau
19.55 Tagesschau	21.05 Tagesschau
20.00 Tagesschau	21.10 Tagesschau
20.05 Tagesschau	21.15 Tagesschau
20.10 Tagesschau	21.20 Tagesschau
20.15 Tagesschau	21.25 Tagesschau
20.20 Tagesschau	21.30 Tagesschau
20.25 Tagesschau	21.35 Tagesschau
20.30 Tagesschau	21.40 Tagesschau
20.35 Tagesschau	21.45 Tagesschau
20.40 Tagesschau	21.50 Tagesschau
20.45 Tagesschau	21.55 Tagesschau
20.50 Tagesschau	22.00 Tagesschau
20.55 Tagesschau	22.05 Tagesschau
21.00 Tagesschau	22.10 Tagesschau
21.05 Tagesschau	22.15 Tagesschau
21.10 Tagesschau	22.20 Tagesschau
21.15 Tagesschau	22.25 Tagesschau
21.20 Tagesschau	22.30 Tagesschau
21.25 Tagesschau	22.35 Tagesschau
21.30 Tagesschau	22.40 Tagesschau
21.35 Tagesschau	22.45 Tagesschau
21.40 Tagesschau	22.50 Tagesschau
21.45 Tagesschau	22.55 Tagesschau
21.50 Tagesschau	23.00 Tagesschau
21.55 Tagesschau	23.05 Tagesschau
22.00 Tagesschau	23.10 Tagesschau
22.05 Tagesschau	23.15 Tagesschau
22.10 Tagesschau	23.20 Tagesschau
22.15 Tagesschau	23.25 Tagesschau
22.20 Tagesschau	23.30 Tagesschau
22.25 Tagesschau	23.35 Tagesschau
22.30 Tagesschau	23.40 Tagesschau
22.35 Tagesschau	23.45 Tagesschau
22.40 Tagesschau	23.50 Tagesschau

Säuselnde Probleme

mar-Luther hat uns nichts mehr zu sagen. Und Schiller auch nicht. Denn beide konnten kein richtiges Deutsch. So lesen wir beispielsweise in den Sprüchen Salomons: „Sei nicht unter den Säufern und Schlemmern.“ Oder in „Wallensteins Lager“: „Ei, das muß immer saufen und fressen.“ Wer versteht solche Sätze heute überhaupt noch?

Mag man auch akzeptieren, daß diese Ausdrucksweise vor langer Zeit einmal dem allgemeinen Sprachgebrauch entsprach, heute ist sie veraltet. Heute würde der weise Salomon gewiß sagen: „Sei nicht unter denen mit Alkohol- und Gewichtsproblemen.“ Und der Trompeter würde in seinen abfälligen Bemerkungen über den Bauern vom „Alkoholmißbrauch“ und von mangelndem „Kalorienbewußtsein“ sprechen. Denn die grobe Diktion der Lutherzeit ist uns inzwischen völlig fremd, und auch das Klassische entspricht nicht unserem Zeitgefühl im Umgang mit Mitmenschen.

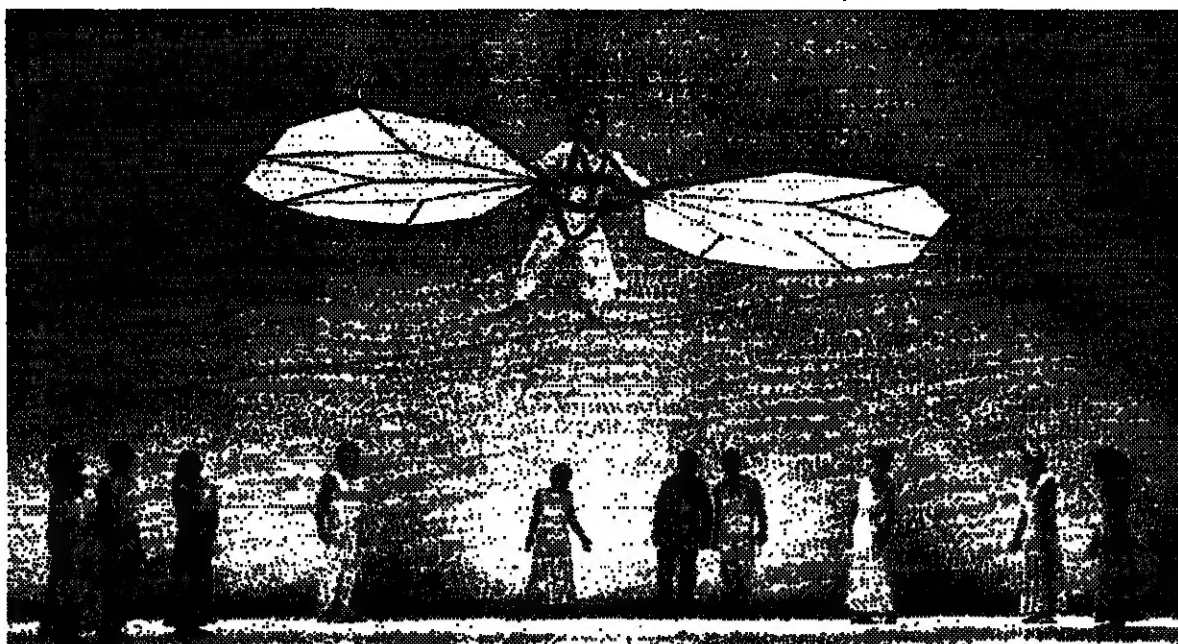
Das lehnen uns jedenfalls tagtäglich Rundfunk und Fernsehen. Wer wird da von einem Fernsehstar sagen, daß er saufe? Wer wird einem Jazzmusiker vorwerfen, daß er sich mit Drogen und Rauschgiften ruiniert hätte? Wer wird einem Entertainer vorhalten, daß er zu fett geworden sei, um noch auf der Bildschirm zu passen? Natürlich nie.

Statt dessen wird von „Alkoholproblemen“, „Drogenproblemen“ und „Gewichtsproblemen“ gesprochen. Und wer zitiert, hört daraus: Das ist alles nicht so schlimm, das ist keine Sucht, der nur ein Schwächling nicht zu widerstehen vermag, sondern das ist ein „Problem“, für das andere – die Gesellschaft vor allem – und nicht er selbst verantwortlich sind.

Oder: Am Anfang war das Wort, am Ende die Phrase.

Die Phantasie kann Kopf und Kragen kosten – Kritische Anmerkungen zu neuen Tendenzen der gegenwärtigen Choreographie

Kopfüber rollt der Puck in den Sommertraum



Aussätze zum Höhenflug? Szene aus „Papierflieger – Papierflügel“, dem neuesten Stück von Krisztina Horváth, Chefin des Freiburger Tanztheaters. FOTO: KLAUS FROHLICH

Spitze und versucht auch ohne Stützenflügel die tänzerische Trägheit zu überwinden. Isadora Duncan taucht auf. Loie Fuller flattert über die Bühne von Monika Ziehe. Und über das seidene Segel der Humphreys-Duncan schwebt am Ende gar ein Feuerball.

Es gibt viel zu sehen in Freiburg. Denn Krisztina Horváth hat ihre kindliche Lust am Material, selbst wenn es sich wie hier in Luft auflöst, noch nicht verloren. Sie legt ihrer Phantasie keine Zügel an, sondern läßt ihr freien Lauf. Das läßt ihre Stücke zwar manchmal etwas zufällig erscheinen, gewinnt ihnen aber eine Leichtigkeit und Lebendigkeit, um die sie viele Kollegen beneiden.

Da hat ein Mann wie Joachim Gester am Mannheimer Nationaltheater schon seine Mühe, überhaupt einen Adressaten seiner Arbeit zu erreichen, obwohl auch sie sich durchaus problemorientiert in einem Stück wie „Erinnerung an frühe Tage“ gibt. So

wohl in seinen „Biographischen Notizen“, wie er den ersten Teil seines abendfüllenden Balletts nennt, als auch in „Elisabeth Regina“ entdeckt er hinter dem schönen Schein, mit dem sich bisweilen ein Leben ziert, die Spuren einer vergangenen Zeit wieder, die kaum verarbeiteten Wundungen aus der Kindheit, frühe Eindrücke und Erlebnisse, die niemals vergehen. Indem Gester diese Erfahrungen bloßstellt, liefert er zumindest einen Erklärungsversuch darüber, warum manche Menschen so geworden sind und nicht anders.

Vielleicht liegt der mangelnde Erfolg seiner „Erinnerung“ einfach daran, daß sein Ballett Papier bleibt. Auch Roberto Trinchero scheitert am Hessischen Staatstheater Wiesbaden letztlich daran, daß er seine guten Absichten nicht in die tänzerische Tat umzusetzen vermag. Er nimmt zwar bei seinem „Mozart“ die musikalische Struktur verschiedener Sinfonien und Klavierstücke des Komponisten

als Grundlage seiner „choreographischen Abstraktionen“, entwirft aber gleichzeitig eine Szenenfolge, in welcher diejenigen, die Mozarts Biographie gut kennen, sicherlich Situationen und Gemütsverfassungen wiedererkennen, die der Persönlichkeit dieses Genies sehr nahe sind (so der Choreograph im Programmheft). Er tut also das eine, ohne das andere zu lassen, entwirft auf der einen Seite eine Szenerie, die bewußt alles in der Schwebe hält, wird aber auf der anderen so konkret, daß gar nicht erst ein Zweifel aufkommt. Daß das nicht gutgehen kann, liegt auf der Hand.

Da hält man sich am Ende doch lieber an die Konvention, wie sie zum Beispiel Germaine Casado am Badischen Staatstheater Karlsruhe bietet. Er täuscht in „Sylvia“ (Léo Delibes) wie in seinem „Sommertraum“ (Felix Mendelssohn) wenigstens kein falschen Ehrgeiz vor, sondern spricht von vornherein von einer „Ästhetisierung“ der Vorlagen. Aber ge-

rade bei seiner Shakespeare-Interpretation erschöpft sich sein Ballett nicht im schönen Schein. Casado hat bisweilen tatsächlich am farbigen Abglanz alles Leben. Er macht aus dem verwirrenden Schauspiel ein Stück Tanz, das sich nicht in einer bloßen Behinderung gefüllt, die Casado als sein eigener Bühnenausstatter besteuert. Hinter aller Attraktion entdeckt er manchmal eine geradezu gefährliche Menschlichkeit. Sowohl in der Beziehung zwischen Lysander und Hermia wie auch in der von Demetrius und Helena dringt er jedenfalls in eine traumatische Tiefe, die den Einzelnen offenbar verändert.

Am vollkommensten ist von allen Abendfüllern der letzten Zeit ohne Zweifel der „Sommertraum“ von Heinz Spoerli in Basel geraten. Er ist aus einem Guß. Wie eine einzige Bewegung gewinnt seine Choreographie immer überraschende Gestalt. Ohne Verknüpfung entsteht eine Szene aus der anderen. Auf das Entree des Herrscherpaars folgen die Bühnenhandwerker, die beim geräuschvollen Umbau erst die Regiebücher entdecken, die sie zum Spiel von Pyramus und Thisbe animieren. Hermia und Lysander flüchten beseitigt in ihr Liebesexil, das Heinz Ballett mit silbrigen Stangen begrenzt. Wie von ungefähr rollt Puck (sensationell: Martin Schlöper) kopfüber herein, und mit ihm nimmt das ganze Geisterreich von der Bühne Besitz. Oberon (Weit Carls) erscheint wie auf Wolken, und mit ihm taucht Titania (Gilda Bustillo) auf, die sich hier nicht einen beliebigen Jungen krallt, sondern einen echten Liebhaber nimmt.

Das Ballett, vom Basler Ensemble mit einer stupenden Jugendlichkeit realisiert, engt den Spielraum und damit die Phantasie des Zuschauers nie. Der Zuschauer hat immer die Wahl: Er kann sich rückhaltlos einem Tanzraum hingeben, wie ihn Puck inszeniert. Er kann sich aber auch ganz nüchtern auf das Stück einlassen und es auf seine Kunstfertigkeit hin untersuchen. HARTMUT REGITZ

Deutsche Erstaufführung in Aachen: „Ein Sommertag“ von Slawomir Mrozek

Eine Dame zwischen Wohl und Wehe

Sie sind ein glücklicher Mensch“, sagt einer. „Wohl“ heißt er, und er müßte etwas von Glück verstehen. Was er auch anfängt, es gelingt ihm auf Anhieb. Der es den Satz zuwirft und er benachteiligt, heißt „Wehe“, und der hat von sich gar nicht den Eindruck, sehr glücklich zu sein: Er kann nämlich anstellen, was immer er will, es geht regelmäßig daneben. Die Frauen laufen ihm kommentarlos davon, nie war es ihm vergönnt, schwimmen zu können. Er ist nicht einmal imstande, den Strick zu befestigen, an dem er sich aufhängen will.

So beginnt „Ein Sommertag“, das jüngste Stück des polnischen Dramatikers Slawomir Mrozek, der seit Jahren in Paris lebt. Am kleinen Grenzlandtheater in Aachen wurde es, von Intendant Karl-Heinz Walther im ausgemacht hübschen Bühnenbild von Charles Copenhagen inszeniert, erstmals in Deutschland vorgestellt.

Wohl und Wehe treffen sich an einem abgelegenen Plätzchen – weil man „Selbstmord“ nur in der Einsamkeit verüben soll. Zu diesem Zweck hat sich nämlich auch Herr Wohl hier begeben, und es erweist sich, daß er nicht im geringsten, daß Herr Wehe da mit seinem Strick hantiert; er greift nicht ein und sagt kein Wort. Wenn sich jeder Wunsch unverzüglich erfüllt, sagt Wohl später, sei das die Hölle: Es gebe kein Ziel mehr, wenn man jedes sogleich erreicht. So leide er am Leben überhaupt, während Wehe mit seinem persönlichen Leben hadere.

Die beiden hätten sich tatsächlich

umgebracht, wenn nicht – wie das Leben so spielt – eine ausgemacht schöne Frau vorübergekommen wäre. Eine Dame, die zudem durch den abgegriffenen Trick eines fülligen Tuches mittelalt, daß sie unwirksam sein möchte. Und was keiner erwartet: Die Dame bevorzugt den Underdog.

Aber das ist wirklich ein Unglück. Denn der glaubt jetzt festest an seine Fähigkeiten, nur probiert er sie nicht auf dem Felde der Liebe aus, sondern im Wasser. Man trifft sich am Strand, er vertraut seinen Schwimmkünsten – und tritt nicht wieder auf. Alles kommt, wie es kommen mußte. Zu den tragischen Folgen des Herrn Wohl gesellt sich ein weiterer. Aber getrost: „Man kann sich noch fünf Minuten vor seinem Tode umbringen.“ Das ist ein beruhigender Gedanke.

Vorhang. Daraus lassen sich hübsche Dialoge entwickeln, verbale Pingpong-Spiele voll psychologischer Mausefallen und weise verwickelter Philosophie, wie sie Mrozek in seinen polnischen Satiren „Striptease“ und „Die Polizei“ – erst recht in „Tango“ – so meisterlich gemischt hat. Aber da gab es eine Handlung. Zuweilen recht absurd und dadurch überraschend, immer aber so, daß es neben dem Hörens- und Bedenkenswerten auch etwas zu sehen gab.

Das läßt sich von diesem „Sommertag“ leider nicht berichten. So springt sein fast nichtiger Ansatz zu Ende gedacht ist: Eher ist das ein Hörspiel, das die Realisierung auf einer Bühne auch dadurch erschwert,

daß, mit Ausnahme der attraktiven Dame (Ingeborg Meyer hat es deshalb am leichtesten), die Charaktere fehlen.

Zugegeben, der Regisseur gab sich redlich Mühe im Erfinden szenischer Aktionen, mit denen er vor allem die Mißgeschicke des Herrn Wohl möglichst ausführlich darzustellen suchte. Man amüsiert sich darüber. Aber so richtig lebendig wird es dennoch nicht, auch wenn man dem Intrigenspiel des Herrn Wohl nicht uninteressiert zusieht.

Manches geht dabei zu Lasten der beiden Herren, die sich Mrozek zwischen 30 und 40 vorstellte. Das finanziell nicht auf Rosen gebettete Aachener Grenzlandtheater benötigt solche Ensemblekräfte wohl in anderen Produktionen, so daß es Mrozek's Figuren um volle zehn Jahre verjüngt hat. Aber das bekümmert ihnen gar nicht: Ihr Handeln, erst recht ihr Lebensüberdruß verlieren dadurch ziemlich an Glaubwürdigkeit. Jürgen Ross (Wohl) ist zudem nicht der Mann, dem man den allgütigen Erfolgsmenschen abnimmt. Eher gelingt es Marcus Becker, die Verwandlung des Pechvogels Wehe in einen dankbaren Glückspilz nachzuzeichnen, der seinen Erfolg bei der Dame durch seine Bescheidenheit erringt.

Beim Publikum gelang ihm das nicht minder. Dessen Glück geriet dennoch eine Nummer kleiner als das des Herrn Wohl.

HORST ZIERMANN

Nächste Vorstellungen: bis 21. I. und vom 21. I. bis 2. II. täglich, Kartenverbestellungen: 0241 / 32065.

Stuttgart: Mamets „Hangle Meerblick“ und Pinters „Noch einen Letzten“

Die Stimme Gottes aus dem Whisky

Zwei kurze Stücke, eines vom amerikanischen Erfolgsautor David Mamet („Hangle Meerblick“), eines von Harold Pinter („Noch einen Letzten“), deutsche Erstaufführung, beide von Dieter Giesing in Stuttgart inszeniert – ein Abend, aus dem man mit Entsetzen heraustritt. Ein einziges Wortchen hat einen am Schluß um, das Wortchen „war“. „War“ im Sinne von gewesen, nicht mehr vorhanden.

Mamets Stück wurde in Düsseldorf als Sozialklage gegeben, in Stuttgart ist es eine bis zur Komik aufgepeitschte Knochenschmelze des Wettkampfs in einem Team um den besten Platz. Versager in diesem Immobiliengeschäft werden geadelt, ermitteln und gefeuert, und ihr krimineller Gegenspieler erst recht daneben. Der totale Zusammenbruch des alternden Hauptvertragers wirkt in dieser Regiekonzeption allerdings mehr wie die Auflösung eines Vertriebsbüros. Die Spieler: Hans-Michael Rehberg, Friedrich-Karl Praetorius, Hans-Jürgen Gerth, Gerd Böckmann, Michael Mendl, Wolfgang Höper und Klaus Steiger agieren allesamt fabelhaft. Es ist eine kitzelnde Unterhaltung, und der Zuschauer geht nach der Pause mit frohen Erwartungen in das zweite Stück, Pinters Stück.

Und dann geht es Schlag auf Schlag, der Zuschauer reißt die Augen auf, sein Herz krampft sich zusammen. Unerträglich dieses Monolog. Ja, es ist fast nur ein Monolog vor Personen, die nur wenig zu antworten haben. Der Polizeichef (Rehberg) in einer Kaserne redet auf einen verhafteten Intellektuellen (Praetorius) ein,

nennt sich Gottes und des Vaterlands Stimme, gießt sich einen Whisky und dann „noch einen Letzten“, ein, bedeutet die Verwüstung der Welt, den durch seine Soldaten, die bei ihrem schweren Dienst halt manchmal auf die Teppiche pissen, nennt sich Freund des Verhafteten, trinkt einen zweiten „Letzten“, macht obzöne Witze über die ebenfalls verhaftete Ehefrau, beruhigt den Verhafteten über seinen siebenjährigen Sohn, der ebenfalls in der Kaserne gut aufgehoben ist, und schickt den schweigsamen Mann in die Zelle zurück.

Dann steht die Frau (Josefine Platt) vor dem Polizeichef. Die gleiche Methode. Er wirft ihr vor, sie habe ihr Stöhnchen zu einem „kleinen Arschloch“ erhoben, das die hereinströmenden Soldaten getreten und angespuckt habe, fragt sie, wie oft sie in der Kaserne von den Soldaten vergewaltigt worden sei. Auf ihr „Ich weiß nicht“ gibt er ihr eine Ohrfeige: „Und Sie wollen eine zuverlässige Zeugin sein?“

Am Ende erneute Vorführung des Mannes der jetzt einen triftigen Grund hat, nicht viel zu sprechen: er besitzt keine Zunge mehr. Er fragt dennoch mühsam nach seinem Sohn. Und da kommt die knappe, joviale Antwort, er möge sich weiter keine Sorgen um ihn machen, denn er „war“ ein kleines Arschloch. Vorhang.

Nichts handgreiflich Grausames geschieht auf der Bühne, das Entsetzliche wird nur beiläufig von der Stimme Gottes erwähnt. In einem In-

terview teilt Pinter mit, er wolle die Zuschauer informieren über die Foltermethoden „in 90 Ländern der Welt“, diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, auf die Gefahr hin, daß die Zuschauer ihrem geschätzten Pinter nicht mehr folgen, auch auf die Gefahr hin, daß die Zuschauer nicht durchhalten, denn die Schauspielerei der Uraufführung brach bei einer Probe zusammen, und alle drei schafften nur wenige Vorstellungen.

Was er in Zukunft schreiben oder tun wird, weiß Pinter nicht. Das Stück „Noch einen Letzten“ hat er zornig nach einem Gespräch mit zwei zynischen türkischen Mädchen auf einer Party niedergeschrieben, danach hat er dann tatsächlich die Wirklichkeit kennengelernt, nämlich im März 1985. Da hat er zusammen mit Arthur Miller in der Türkei mit rund hundert Gewerkschaftern, Schriftstellern, Friedensbewegten usw. gesprochen, von denen viele bloß wegen ihrer Gesinnung schon einmal verhaftet und auch gefoltert worden waren und meist ohne Anklage und ohne Gerichtsverhandlung beschädigt, teils ganz ruiniert entlassen wurden.

Harold Pinter ist ein wütender Anwalt geworden, obwohl er meint: „Man erreicht nichts.“ Er stand am Ende in Stuttgart mit auf der Bühne und nahm ernst den ersten Beifall entgegen.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Nächste Vorstellungen: 20. I. beide Stücke, 21. I. nur „Hangle Meerblick“ 19.00 Uhr, 21. I. nur „Noch einen Letzten“ 20.00 Uhr, Kartenverbestellungen: 0711 / 20 32 444.

Geistreiche und unterhaltsame Kinokomödie: „Männer“ von Doris Dörrie

Ein Knutschfleck bringt es an den Tag

Gerade will er seiner Frau Paula zum 12. Hochzeitstag ein kostbares Geschenk anlegen, da macht er eine fatale Entdeckung: Den Hals der Angebräuteten ziert ein prachtvoller Knutschfleck. So kommt also die Wahrheit ans Licht: Ausgerechnet Julius, der geniale Verpackungsgestalter, ausgerechnet dieses Prachtstück von Mann hat einen Nebenbuhler. Gewiß, Julius hat seine Sekretärin bisher auch nicht immer nur zum Diktat ins Chefzimmer, doch das war selbstverständlich etwas völlig anderes. Nun waret er also durch das Meer männlichen Selbstmitleids, das beträchtlich anschwellt, als Julius seinen Konkurrenten erblickt: Kein muskulöser Sportsmann, kein millionenschwerer Pascha, kein Hörner aufgesetzter, sondern ein langhaariger Weichling namens Stefan.

Zeigt die Geschichte schon mit dieser intelligenten Eröffnung ihren satirischen Reiz, so sichert sie sich dann mit einem geschickten Taschenspielertrick alle komischen Möglichkeiten. Der gekränkte Julius nämlich verliert theatraleisch Heim und Weib, um sich unter falschem Namen just in

Stefans Wohngemeinschaft einzumieten. Aber Regisseurin Doris Dörrie, die schon mit ihren Filmen „Mitten ins Herz“ und „Im Innern des Wals“ große Hoffnungen geweckt hat, schießt bei ihrem ersten Ausflug auf glatte Komödien-Parkett nicht nach dem billigen Lacherfolg.

Die rasanten Kalauer eines Otto und den überdrehten Slapstick eines Didi Hallervorden sucht man hier vergebens, findet statt dessen eine Komik, hinter der stets Gefahr lauert. Wenn die beiden Gegenspieler in den vordergründig lustigen Clinch gehen, liegen Mord und Totschlag in der Luft. Insbesondere der betrogene Julius gleicht einem schwach gesicherten Stilleit, das bei leisestem Knopfdruck die Klinge blitzt. So birgt jedes Lachen neben Schadenfreude und vermeintlicher Überlegenheit auch Erleichterung darüber, daß die dramatische Energie noch einmal in einem Witz verpufft ist.

Allerdings verläßt sich Frau Dörrie nicht nur auf dieses raffinierte Wechselspiel zwischen Spannung und scherzhafter Erleuchtung. Vielmehr nimmt sie ihre Titelhelden mit fast

wissenschaftlicher Akribie unter die Lupe. Nachdem Julius langsam sein Statusdenken vergessen und Stefan sein kultiviertes Versager-Image abgestreift haben, dürfen beide über das Wesen der Frauen mit jenem bierselligen Tiefen rasonieren, den wohl wirklich nur Männer pflegen. Wie sehr solche wehmütigen Einsichten in letzte Geheimnisse verbinden, weiß offenbar auch die Regisseurin. Jedenfalls führt sie amüsiert vor, wie die beiden Gegner einander immer ähnlicher werden.

Zwar registriert Doris Dörrie mit scharfem Blick die Schwächen des „starken“ Geschlechts, sie ist aber keine verbiesterte Feministin. Stets bleibt die Abrechnung mit den Herren der Schöpfung augenzwinkernd und verschönert. Heiner Lauterbach als strebsamer Julius und Uwe Ochsenknecht als lässig-schlappe Stefan führen Marotten, Wehwechen und Tugenden der Männer so zwerchfellkitzelnd vor, daß eine in der kalten deutschen Lustspiellandschaft rare Sehenswürdigkeit entsteht: die geistvolle und glänzend unterhaltende Kinokomödie. HARTMUT WILMES



Ulrike Kriener und Uwe Ochsenknecht in „Männer“ FOTO: FILMVERLAG DER AUTOREN

Langfristig: Deutsche Wissenschaftler nach Ägypten

Doktoranden im Chanel

In den Jahren von 1980 bis 1985 hat der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) 6474 Stipendien an Ägypten vergeben. Mit dieser Zahl untermauert der ägyptische Minister für Hochschulwesen und wissenschaftliche Forschung, Fathy Mahamad Aly, anlässlich seines noch andauernden Besuchs in Bonn seine Bitte, deutschen Wissenschaftlern in seinem Land wegen der engen kulturellen Verbindungen längerfristige Verträge zu geben. Alys Reise nach Bonn steht nicht nur in Verbindung mit dem geplanten Deutschland-Besuch des ägyptischen Staatspräsidenten, sondern auch mit der Bundesratsdebatte über hochschulpolitische Ziele, in der neue Formen der Programme für ausländische Hochschulen diskutiert werden sollen.

In der Bundesrepublik studieren in jedem Jahr etwa 300 ägyptische Studenten, alles Stipendiaten, die als Voll-Empfänger pro Jahr 20 000 Mark bekommen. Das Schergewicht der Fächer liegt im Agrarbereich und bei der Veterinärmedizin, den Ingenieurwissenschaften und in den Geisteswissenschaften bei der Ausbildung

von Deutsch-Lehrern. In der Förderung liegt Ägypten, so der DAAD, unter den arabischen Staaten bei der Bundesrepublik „ganz oben“.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Frau Professor Roswitha Wisniewski, die als Germanistin mehrere Jahre an der Universität Kairo gelehrt hat, unterstützt die Ausarbeitung neuer Programme, die gerade die langfristige wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern gewährleisten sollen. Es habe sich herausgestellt, so Frau Wisniewski, daß die Entsendung von deutschen Wissenschaftlern im Rahmen von mehrwöchigen Kurzaufenthalten und meist zweijährigen, höchstens fünfjährigen Gastprofessuren keine Kontinuität gewährleisten. Als besonders aussichtsreich gilt daneben das sog. „Chanel-System“, in dessen Rahmen ein ägyptischer und ein deutscher Professor gemeinsam einen Doktoranden betreuen. Für den Aufenthalt in der Bundesrepublik sind zwei Jahre vorgesehen, die Promotion wird in Ägypten abgeschlossen, wobei sich der Deutsche als Gutachter beteiligt. EBERHARD NITSCHKE

JOURNAL

Ustinow dreht Film über Europäisches Parlament

AFF, Straßburg Der britische Regisseur und Schauspieler Peter Ustinow hält sich zur Zeit in Straßburg auf, um einen Film über das Europäische Parlament zu drehen. Der vierstündige Video-Streifen, der für Schulen und Universitäten in Großbritannien sowie den englischsprachigen Ländern bestimmt ist, soll Aufschluß über die Aufgaben und Ziele des Parlaments der EG-Staaten geben.

Malewitsch für das Kupferstichkabinett

DW, Berlin Das Kupferstichkabinett Berlin Staatliche Museen Preußischer Kulturbesitz konnte in seine bereits bedeutsame Sammlung von Werken osteuropäischer Künstler der klassischen Moderne eine Rarität aufnehmen: „Suprematismus“, ein Buch mit 34 Originalgraphiken von Kasimir Malewitsch, gedruckt in Witebsk im Jahr 1929. Malewitsch, als Mitbegründer der konstruktiv-konkreten Kunst eine der Leitgestalten der Moderne, vergewaltigt in diesen Lithographien das ganze Repertoire seines suprematistischen Schaffens. Von Mitte März an sind die Lithographien der Öffentlichkeit im Studiengang des Kupferstichkabinetts zugänglich.

Filmfestival der Nachwuchsregisseure

dpa, Saarbrücken 37 Filme von Nachwuchsregisseuren aus der Bundesrepublik, Österreich, der Schweiz und der „DDR“ werden beim diesjährigen Wettbewerb um den mit 20 000 Mark ausgestatteten Max-Ophüls-Filmpreis der Stadt Saarbrücken von morgen an bis zum 26. Januar vorgestellt. Von den 29 offiziellen Beiträgen erleben 13 ihre Uraufführung, darunter „Va Banque“ von Dietrich Kuster, in dem der hessische Umweltminister Joschka Fischer einen Taxifahrer mitempfiehlt. Eröffnet wird das Festival mit dem Bilderdrama „Die Hälfte des Lebens“ des „DDR“-Regisseurs Hermann Zschoche.

Forschungsinstitut für Niederschlesien

ist, Breslau Noch in diesem Jahr soll in Breslau ein Niederschlesisches Wissenschaftliches Institut gegründet werden. Wie einer der Initiatoren des Institutes, Jozef Popkewicz, erklärte, wird es Forschungen über die Entwicklung in Niederschlesien in der Vergangenheit bis zur Gegenwart unterstützen. Zugleich soll es eine Reihe von jüngeren Wissenschaftlern Gelegenheit geben, sich Arbeiten über Niederschlesien zuwenden. Das Institut will mit wissenschaftlichen Einrichtungen ähnlicher Art in Katowitz und Oppeln zusammenarbeiten.

Karlsruher „Wintermusik“ zum Thema Tonalität

DW, Karlsruhe Die Karlsruher „Wintermusik ‘86“ des „ensemble 13“ unter Manfred Reichert findet vom 28. bis 30. Januar statt und ist dem Thema Tonalität gewidmet. Zur Uraufführung kommt ein neues Werk von Karel Goeyvaerts, weiterhin stehen Stücke von Ives, Janáček, Messiaen, Schostakowitsch, Fekel, Kurt Pärt und Rihm auf dem Programm. Vorträge halten Reinhard Fekel („Tonalität nach ihrer Katastrophe“), Wolfgang Rihm („Tonalität – Klischee, Umwertung, Versuch“), Herman Sabbe („Die Sprache wiedergewonnen“) und Peter Sloterdijk („Kopernikanische Mobilmachung und ptolomäische Abstraktion. Eine Intervention zur Postmoderne-Debatte“).

160 Bilder von Rugendas in Madrid ausgestellt

dpa, Madrid Eine Schau mit 160 Ölbildern des deutschen Malers Johann Moritz Rugendas (1802-1858) ist im Amerika-Haus in Madrid eröffnet worden. Die Sammlung stammt aus dem Ibero-Amerikanischen Institut Preußischer Kulturbesitz in Berlin. Die Exponate, die in den Jahren von 1831 bis 1834 entstanden, zeigen Mexikos Landschaften, Städte und Menschen (bis 22. 2.).

Moskau gründet Zentrum für Rock- und Pop-Musik

J. G. G. Moskau In Moskau wurde jetzt das erste sowjetische Zentrum für U-Musik eröffnet. In diesem Zentrum können die einzelnen Ensembles proben, stehen ihnen kostenloses Klavier, Mischpulte, Elektronika und Aufnahmestudios zur Verfügung. Dem Zentrum haben sich bereits 50 Rock-, Pop- und Jazz-Ensembles angeschlossen. Wie Radio Moskau versichert, haben sich diese ausnahmslos bereit erklärt, einen eigenen (sowjetischen) Stil zu entwickeln, und keine dieser Gruppen, die etwas auf sich hält, westliche Schlager spielen.

